

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 27. Oktober 1967

Tagesordnung

Erste Lesung der Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Personalien

Krankmeldungen (S. 5554)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 5554)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlagen 630 und 641 und eines Berichtes (S. 5554 und 5601)

Verhandlungen

Erste Lesung der Regierungsvorlage (630 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Redner: Dr. Pittermann (S. 5554), Dr. Witthalm (S. 5563), Peter (S. 5570), Dr. Kreisky (S. 5576), Mitterer (S. 5584), Zeillinger (S. 5591), Ulbrich (S. 5598) und Bundeskanzler Dr. Klaus (S. 5601)

Zuweisung (S. 5601)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

- 627: Protokoll Nr. 5 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (S. 5554)
- 635: Tabakmonopolgesetz 1967
- 639: Genfer Protokoll (1967) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen
- 640: Wirksamwerden von Zollzugeständnissen (S. 5554)

Bericht

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen über verstaatlichte Unternehmungen (S. 5554)

Anfragen der Abgeordneten

Mondl, Steininger und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend die beabsichtigte Aufnahme sämtlicher Heeresfahrzeuge und Militärluftfahrzeuge in den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge (375/J)

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Ing. Scheibengraf und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Begutachtungsfrist (376/J)

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Skritek und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Subventionierung der Kammern der gewerblichen Wirtschaft (377/J)

Skritek, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Subventionierung der Kammern der gewerblichen Wirtschaft (378/J)

Fux, Pfeifer, Haas und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Inbetriebnahme des Postamtes Persenbeug (379/J)

Robert Weisz, Kosteletzky und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend ein Pragmatisierungsansuchen im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik (380/J)

Robak, Müller, Babanitz und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Gastschulbeiträge kroatischsprachender Gemeinden im Burgenland (381/J)

Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Subventionspraxis in den letzten fünf Jahren (382/J)

Haberl, Luptowits und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Verteuerung von Schulbüchern (383/J)

Ströer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Subventionierung von außerhalb des Bundesjugendringes stehenden Organisationen (384/J)

Robak, Müller, Babanitz und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Versetzung von Polizeirat Franz Hillinger von Eisenstadt nach Wien (385/J)

Konir und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend ungerechtfertigte Steuervorschreibung und Exekutionsdrohung durch ein Finanzamt (386/J)

Haberl, Troll und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Schwierigkeiten des Österreichischen Bobverbandes (387/J)

Konir und Genossen an den Präsidenten des Nationalrates, betreffend „Vertretung des Parlaments“ durch unbefugte Personen (II-827 d. B.)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw und Genossen (376/A. B. zu 319/J)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 66. Sitzung vom 24. Oktober und der 67. Sitzung vom 25. Oktober 1967 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Preußler und Frau Dr. Stella Klein-Löw.

Eine ergänzende schriftliche Beantwortung der Anfrage 319/J der Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend die Auswirkung des Studienbeihilfengesetzes, wurde den Antragstellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Herta Winkler, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Herta Winkler: Seitens der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Protokoll Nr. 5 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Artikel 22 und 40 der Konvention abgeändert werden (627 der Beilagen);

Bundesgesetz über das Tabakmonopol (Tabakmonopolgesetz 1967) (635 der Beilagen);

Genfer Protokoll (1967) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (639 der Beilagen);

Bundesgesetz über das Wirksamwerden der in der Liste XXXII — Österreich zum Genfer Protokoll (1967) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen enthaltenen Zollzugeständnisse (640 der Beilagen).

Ferner ist der 1. Bericht des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen an den Nationalrat über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten verstaatlichten Unternehmungen eingelangt.

Präsident: Die von der Schriftführerin verlesenen Regierungsvorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage

641 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967

neuerlich abgeändert und ergänzt wird (3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967), weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Den 1. Bericht des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten verstaatlichten Unternehmungen weise ich dem Ausschuß für verstaatlichte Betriebe zu.

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (630 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigen Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. Pittermann (SPÖ): Hohes Haus! Im Zuge des oberösterreichischen Landtagswahlkampfes hat nach Zeitungsmeldungen der Herr Klubobmann Dr. Withalm unter anderem an mich die Frage gerichtet: Was würde jetzt eine SPÖ-Regierung an Stelle einer ÖVP-Regierung tun? Dazu muß ich sagen: Es gibt derzeit keine SPÖ-Regierung (*Abg. Dr. Withalm: Gott sei Dank!*), für die ich eine solche Antwort geben könnte; aber ich kann Ihnen unbeschadet dieser Tatsache sagen: Eine SPÖ-Regierung würde selber wissen, was sie zu tun hat (*Beifall bei der SPÖ*), und nicht von der Opposition Ratschläge verlangen, wie sie es besser machen könne.

Mit einem kurzen Abschnitt in der Budgetrede des Herrn Finanzministers erkläre ich mich einverstanden, nämlich mit seinen Worten, das Budget 1968 sei das unerfreulichste. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Ich möchte an diese Feststellung die eigenen Worte knüpfen: Auch die Regierung, die dieses Budget eingebracht hat, ist die unerfreulichste! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*) Es ist ein Budget der Unaufrichtigkeit, das von vergeblichen Bemühungen der Bundesregierung zeugt, der österreichischen Bevölkerung die Konkursreife der Regierungspolitik noch eine Zeitlang zu verhüllen.

Der Herr Finanzminister hat in dieses Budget bereits Einnahmen eingesetzt, für die das Parlament noch keine Gesetze beschlossen hat, für die dem Präsidenten des Nationalrates noch nicht einmal alle Vorlagen zugekommen sind. Es besteht ja auch für die ÖVP-Fraktion seit dem 22. Oktober kein Zweifel, daß diese Gesetze, die eine Belastung für das österreichi-

DDr. Pittermann

sche Volk bringen, nicht vor dem 1. Jänner 1968, sondern erst später werden in Kraft treten können. Aber dem Nationalrat wird zugemutet, daß er ein solches Budget bereits vor dem 1. Jänner 1968 beschließt.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede unter anderem darauf hingewiesen, daß bei den Verhandlungen auf Ministerebene ein Ausgabenüberhang von 11 Milliarden Schilling zu beseitigen war.

Es war in der vergangenen Zeit ein beliebter Trick Ihrer ÖVP-Propaganda, die früheren sozialistischen Minister der Bundesregierung als die Hauptfordernden und damit als die an der Ausweitung des Staatshaushaltes Hauptschuldigen hinzustellen. Wie sieht es mit der Ausweitung des Staatshaushaltes aus? Ich nehme die Voranschlagsziffern der letzten sechs Jahre der „allein an allem schuldigen“ Koalition. Sie sind vom Budget des Jahres 1960 mit 40,4 Milliarden einschließlich 1965 auf 65,9 Milliarden gestiegen, also um 25,5 Milliarden in sechs Jahren! Ich ziehe die Staatsausgaben nach den drei Voranschlägen der ÖVP-Alleinregierung zum Vergleich heran. Diese sind von 65,9 Milliarden auf 87,4 Milliarden gestiegen, also 21,5 Milliarden Schilling in drei Jahren.

Zur Frage des Alternativbudgets: Es ist für Kenner der Verfassung klar, daß nur die Bundesregierung ermächtigt ist, ein Budget einzubringen, und daß das sonst totale Gesetzesinitiativrecht des Nationalrates an dieser Bestimmung eine Grenze findet, ganz abgesehen davon, daß ja eine Nationalratsfraktion außerstande wäre, die technischen Vorarbeiten zu leisten. Wenn dies der Fall wäre, hätte der Staatssekretär für Verwaltungseinsparung ja ein leichtes Spiel, dann könnte er sämtliche Präsidialabteilungen in den Ministerien mit einem Schlag abbauen und sie durch den kleinen Apparat, der den Parlamentsfraktionen einschließlich der Regierungsparteifraktion zur Verfügung steht, ersetzen.

Wir werden bei den Budgetverhandlungen natürlich Abänderungsvorschläge vorlegen. Wir sind überzeugt: Sie werden so wie bisher keinen einzigen annehmen, Sie werden nicht einmal darüber diskutieren, sondern sich auf Ihre Mehrheit stützen und sagen: Was wir wollen, das geschieht! — Wir sind im voraus davon überzeugt.

Jetzt gleich ein Wort zum Grundsätzlichen: Wenn es in der letzten Enzyklika — Herr Dr. Hauser, jetzt kennen Sie es ja —, „Populorum progressio“, heißt, man dürfe es nicht darauf ankommen lassen, daß der Reichtum der Reichen noch größer werde, indem man die Armut der Armen verewigt und zunehmen läßt, so zeigt das Budget von

der Politik der gegenwärtigen Mehrheitspartei und Ihr Verhalten bei der Annahme des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes, daß es durchaus darauf gerichtet ist, den Reichtum der Reichen größer werden und die Armut der Armen zunehmen zu lassen.

Wir Sozialisten sind für eine Politik, die die Armut beseitigt, auch wenn der Reichtum dadurch kleiner wird. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir wissen, daß es auch auf der anderen Seite des Hauses Frauen und Männer gibt, die einer ähnlichen Politik zustimmen würden, wenn ihre Parteiführung das gestatten würde.

Die Vorverhandlungen um die Fertigstellung des Budgets wurden entsprechend der gegenwärtigen Situation natürlich nicht mehr mit Sozialisten geführt, sondern in einer bündischen Koalition von Interessengemeinschaften der Selbständigen in der Landwirtschaft, in der gewerblichen Wirtschaft und einer Minderheit von Unselbständigen, einer Koalition also, für die man der Einfachheit halber die politische Bezeichnung „ÖVP“ gewählt hat. Ich nehme den Ausgang dieser Verhandlungen, wie er uns in der Gestalt des Budgets jetzt vorliegt, mit der Feststellung vorweg, daß die Vertretung der Unselbständigen, der Arbeiter- und Angestelltenbund, bei diesem innerparteilichen Boxkampf in der letzten Runde durch Aufgabe seiner Forderungen unterlegen ist. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Finanzminister! Sie haben aber die Ausgangsstellung in diesem innerparteilichen Freistilringen zwischen den Bünden zum Gegenstand einer öffentlichen Erklärung gemacht, und Sie sind daher dem Parlament gegenüber verpflichtet, jetzt darüber Auskunft zu geben, jetzt Rede und Antwort zu stehen: Wer waren diese Mitglieder der Bundesregierung, die angesichts dieser Finanzsituation der Republik Österreich den traurigen Mut hatten, Ressortforderungen zu stellen, die das 9,25 Milliarden-Defizit des von der Bundesregierung ja beschlossenen Budgets noch um 2 Milliarden Schilling aufstocken wollten? Sagen Sie, Herr Finanzminister, dem Parlament die volle und uneingeschränkte Wahrheit! Legen Sie bei den Ausschlußberatungen diese Forderungen an das Budget im ursprünglichen Umfang vor, damit sich Parlament und Volk ein Bild von dieser Gesinnung machen können.

Ich habe diesen Budgetvoranschlag als einen Budgetvoranschlag der Unaufrichtigkeit bezeichnet, denn er versucht, dem österreichischen Volk den ganzen Umfang der Pleite in der österreichischen Staatskasse zu verhüllen, der durch die Politik der Regierung Klaus-Schmitz herbeigeführt wurde.

DDr. Pittermann

Dazu muß ich am Beginn dieses Abschnitts einen Rückblick auf das Budget 1967 machen. Der Herr Finanzminister ist ja kein Politiker, sondern er steht als Fachmann turmhoch über dem niederen politischen Fußvolk der Demokratie, das hier in diesem Saal versammelt ist. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Er hat daher das Budget 1967 auf wissenschaftliche Grundlagen gestellt. Es hat zwar schon die Regierungserklärung der Regierung Klaus 1966 auf bevorstehende Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft hingewiesen. Im Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, der vom Herrn Bundeskanzler am 17. Mai dieses Jahres vorgelegt wurde, stellte der Herr Bundeskanzler fest, daß die Wachstumsraten der wichtigsten europäischen Volkswirtschaften im Jahre 1966 zurückgegangen sind. Trotzdem hatte der Herr Finanzminister seinem Einnahmenkonzept im Budget 1967 eine Wachstumsrate von 4 Prozent zugrunde gelegt. Andere Fachleute, zum Beispiel die im Beirat der Paritätischen Kommission, haben schon vorher darauf aufmerksam gemacht, daß für 1967 nur mit einem Wachstum im Rahmen von 1 bis 3 Prozent des Sozialprodukts gerechnet werden kann.

Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede vor einem Jahr hier mit der apodiktischen Sicherheit eines Propheten festgestellt, daß es ein währungspolitisch neutrales Budget sei, das er zusammengestellt hat, daß es keinen größeren Abgang enthält als die Rückzahlung früherer Schulden und daß dieses Budget trotzdem eine wirkungsvolle Injektionsspritze für Investitionen durch dieses währungspolitisch neutrale Defizit von 3,6 Milliarden Schilling sein werde.

Erst im Sommer dieses Jahres ist dem Herrn Finanzminister offenbar bewußt geworden, daß seine fachmännische Schätzung hinsichtlich der Rate des Wirtschaftswachstums und der darauf beruhenden Staatseinnahmen im Jahre 1967 falsch gewesen ist. Offenbar in dieser Stunde, Herr Finanzminister, haben Sie sich des Songs aus der „Dreigroschenoper“ erinnert, der da lautet:

„Ja, mach nur einen Plan

Sei nur ein großes Licht!

Und mach dann noch 'nen zweiten Plan

Gehn tun sie beide nicht.“ (*Heiterkeit.*)

Sie haben nun in dieser Woche der Regierung und, wie jetzt der Herr Präsident verkündet hat, auch dem Parlament eine 3. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1967 zugemittelt, mit der sich ja Ausschuß und Haus noch zu beschäftigen haben werden. Hinter diesem harmlosen Titel verbirgt sich die weniger harmlose Feststellung, daß das Defizit, das angeblich währungspolitisch neutrale

Defizit, im Budget des laufenden Jahres von 3,6 Milliarden Schilling auf 7,5 Milliarden Schilling, also auf mehr als das Doppelte, gestiegen ist. Davon geht allein rund $\frac{1}{4}$ Milliarde wieder als Subvention für den Preisausgleich an die Landwirtschaft, wobei dann auf der Einnahmenseite Mindereinnahmen von 170 Millionen zu Buch stehen.

Bei der Erstellung des Budgets 1967 haben Sie, Herr Finanzminister, auf die Wichtigkeit des Abbaues der Preisstützungen im Budget und auf die Überwälzung auf die Konsumenten besonderen Bedacht genommen. Sie haben erklärt, daß diese Notwendigkeit sogar Preiserhöhungen für die Konsumenten rechtfertigt. Diese Weisheit dauerte nur einen Sommer, denn schon im Budget für 1968 sehen Sie eine Gesamterhöhung des Preisausgleichs um 178 Millionen Schilling auf 2.526 Millionen vor, wobei allein der Milchpreisausgleich um 311 Millionen auf 1.656 Millionen Schilling angestiegen ist.

Damit die Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses nicht glauben, das seien Phantasieziffern, die ich mir aus dem Ärmel gebeutel habe, und weil ich Sie der Mühe entheben will, nachzuschauen, wo das im Bundesfinanzgesetz steht, sage ich Ihnen, daß Sie es auf Seite 106 des Bundesfinanzgesetzes 1968 finden, das Sie ja, so wie wir alle, in der Hand haben.

Und da haben, kann man nur sagen, die Herren Bauernbündler in der ÖVP die Unverfrorenheit, von den Beamten zu verlangen, daß sie durch eine Erhöhung des Pensionsbeitrages auch ein Opfer auf sich nehmen sollen, wie die Landwirtschaft in dem Fall bei einer Erhöhung des Preisausgleichs in der Milchwirtschaft allein um 311 Millionen Schilling. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie werden das schon noch draußen zu vertreten haben. Wir werden die Leute schon rechtzeitig darauf aufmerksam machen. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Der Herr Finanzminister hat immer eine gängige Budgettheorie, nur, Herr Finanzminister, nicht immer die gleiche, sie wechselt jedes Jahr, wie beispielsweise beim Abbau der Preisstützungen 1967 und bei der Erhöhung im Budget 1968. Aber bitte, weder Sie noch der Herr Bundeskanzler müssen fürchten, wenn die Mehrheit des Hauses — woran ich nicht zweifle — ihre bisherige Haltung weiter einnimmt, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Mehrheit des Hauses wird ein Budgetdefizit für 1967 mit einem mehr als doppelt so hohen Defizit genauso schlucken, wie sie das „währungspolitisch neutrale Defizit“ des ersten Budgetentwurfs geschluckt hat.

DDr. Pittermann

Aber eines möchte ich Ihnen sagen, meine Herren: Seien Sie sich doch darüber im klaren, daß Sie mit der Mißachtung des Kontrollrechtes des Parlaments, für das ja die Mehrheitspartei geradezu von entscheidender Bedeutung ist, auch die Kreditwürdigkeit Österreichs und insbesondere dieser Regierung im Ausland wie im Inland ernsthaft gefährden können! Der Herr Finanzminister sagt ja selbst, daß er einen Teil des Defizits durch ausländische Anleihen decken will.

Sie haben in dieser Woche einem Budgetüberschreitungsgesetz zugestimmt, in dem eine Einnahmepost, nämlich Verkauf von deutschem Eigentum, enthalten war, von der auch Sie wußten, daß sie fiktiv ist. Nicht eines von diesen Unternehmungen, für die der Eingang des Kaufpreises schon als Bedeckung eingesetzt ist, ist bis jetzt verkauft worden, ganz abgesehen von dem Formalfehler, daß der Hauptausschuß ja vorher zustimmen muß. Ja glauben Sie denn, meine Herren, daß das dazu angetan ist, die Kreditwürdigkeit Österreichs zu stützen, im Inland wie im Ausland? Ich glaube, Sie sollten sich, gerade weil Sie ja die Hauptverantwortung für die Politik haben, doch darauf besinnen, daß auch eine Mehrheitspartei in einem Parlament nicht nur aus Ministern besteht, sondern auch aus Volksvertretern, die eine große Verantwortung zu tragen haben.

Ich will nicht sagen, daß im Bereich der Mehrheitspartei in Wirtschaftsfragen kein Konzept vorhanden ist. Ganz im Gegenteil. Es gibt viele Konzepte. Sie stimmen nicht immer überein, aber bitte: es gibt Konzepte. Auch der Herr Finanzminister hat ein Konzept. Er hat doch zum Beispiel, als das innerbündische Rangeln um das Budget im vollen Gange war, der Öffentlichkeit gegenüber festgestellt, daß er ein Defizit in der Höhe von mehr als 6 Milliarden Schilling für den in- und ausländischen Kapitalmarkt nicht für tragbar hält und daß er auf keinen Fall bereit ist, darüber hinauszugehen.

Herr Finanzminister, Sie erinnern mich an einen legendären Ausspruch, den man auf Sie bezogen etwa variieren könnte: Hier stehe ich — ich kann eventuell auch anders! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Denn Sie haben ein Eventualbudget vorgelegt, das Sie, wie ich Ihnen hier vor den Damen und Herren des Hauses nachweisen werde, sehr wohl bereits in das Budget einkalkuliert haben; Sie haben ein Eventualbudget vorgelegt, das einen Gesamt-
abgang von 9,25 Milliarden Schilling festlegt. Hohes Haus! Unter Eventualbudget versteht die Finanzwissenschaft — da dürfte ich mit dem Herrn Finanzminister sogar einer Meinung sein — einen Voranschlag, der vom

Parlament beschlossen wird und der unter besonderen Bedingungen automatisch in Kraft tritt, dessen Finanzierung auch bei der Beschlußfassung bereits feststeht. Das haben wir ja wiederholt beschlossen, auch zu Kamitz' Zeiten. Sie nehmen den Namen Eventualbudget für einen Vorschlag der Bundesregierung, von dem Sie selber sagen: Ja, aber wenn es eintreten sollte, muß das Parlament das erst separat beschließen. Sie verwenden hier den fachtechnischen Ausdruck Eventualbudget zur Tarnung der Größe des echten Defizits im Staatshaushalt.

Ich möchte Ihnen zum Beweis für diese Annahme etwas sagen, was vielleicht viele Mitglieder des Hohen Hauses noch nicht feststellen konnten: Sie erklären, das Eventualbudget sei notwendig, um die Investitionen anzukurbeln. Ich werde später noch darauf zurückkommen. Es ist notwendig, Herr Finanzminister, denn für Investitionen und Investitionsförderung sehen Sie im Voranschlag für das Jahr 1968 um 800 Millionen Schilling weniger vor, als im Budget 1967 enthalten war. Die Damen und Herren, die mir nicht glauben, mögen Seite 64 der Erläuternden Bemerkungen aufschlagen. Dort finden Sie, vom Finanzminister angeführt, diese Gegenüberstellung. Von dort habe ich es auch genommen.

Das heißt also: Das sogenannte Eventualbudget ist nicht ein eventuelles Defizit, sondern ein totales Defizit für 1968.

Wenn ich mir nun vorstelle, daß der Herr Finanzminister eine Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1967 vorgelegt hat, die vermutlich in diesem Monat vom Hohen Haus mit Mehrheit beschlossen werden wird und die ein zusätzliches Defizit von 3,9 Milliarden Schilling enthält, dann heißt das, daß Sie für die Aufrechterhaltung des Staatshaushaltes in den nächsten 14 Monaten 3,9 Milliarden Schilling als Rest für 1967 und 9,25 Milliarden Schilling für 1968, insgesamt also 13,15 Milliarden Schilling an Anleihen werden aufnehmen müssen, um das Defizit im Staatshaushalt zu decken.

Sie haben uns Ziffern aus den Vereinigten Staaten, aus Frankreich und aus der Bundesrepublik — also aus der Bundesrepublik ja weniger, da haben Sie mit Recht gesagt, daß sie Gott sei Dank hinter uns zurück ist — darüber genannt, wie hoch dort der Prozentsatz der Staatsschuld ist. Ja, Herr Finanzminister, Sie haben aber dem Hohen Haus nicht gesagt, daß die Republik Österreich im Jahre 1945 mit 0,0 Schilling Staatsschuld begonnen hat. Und Sie haben insbesondere zuletzt unter dem flotten Defizitzweigespann Klaus-Schmitz schon einen ganz schönen

DDr. Pittermann

Schuldengalopp im Staatshaushalt eingeschlagen. Vergleichen Sie nicht unsere Staatsschuld mit der von Staaten, deren Existenz und deren selbstständige Finanzwirtschaft Jahrzehnte oder Jahrhunderte hindurch keine Unterbrechung erfahren hat, wie sie in Österreich durch die Okkupation Adolf Hitlers eingetreten ist.

Ich möchte Ihnen noch folgendes sagen: Auch von uns Sozialisten wird ein vorübergehender Abgang im Staatshaushalt, der dazu dient, eine echte Investitionstätigkeit anzukurbeln, keineswegs als unrichtig hingestellt. Aber: für echte Investitionen, nicht um angestiegene Ausgaben für eine Produktion damit zu decken, von der Sie so wie wir wissen, daß sie in bestimmten Sektoren der Landwirtschaft einfach nicht absetzbar ist.

Dazu kommt noch etwas: Sie wissen, daß im gesamten Investitionshaushalt die Investitionen der öffentlichen Wirtschaft ungefähr ein Fünftel bis ein Viertel ausmachen; der Rest muß aus der Privatwirtschaft kommen. Die Privatwirtschaft wird sich natürlich bei der Erwägung von Investitionen, für die sie ihr Kapital verwenden muß, durch die Wirtschaftspolitik der Regierung bestimmen lassen. Ja, Sie haben schon recht: 1958 hat unter dem damaligen Finanzminister Dr. Kamitz die gemeinsame Regierung ein Spending-Defizit beschlossen. Aber wir waren uns damals sehr wohl dessen bewußt, daß ein solcher Vorgang ernste inflationäre Gefahren in sich birgt, weil ja eine Geldschöpfung vorweggenommen wird, der die Wertschöpfung durch die Produktion erst nach einem längeren Zeitraum nachfolgen kann. Wir haben damals auch erkannt, daß das wichtigste, um solche Gefahren zu vermeiden, ist, eine gewisse Stabilität in der Preispolitik zu sichern.

Ich bringe Ihnen in Erinnerung, daß wir 1959 eine Indexsteigerung von 1,1 Prozent hatten, 1960 eine solche von 1,8 Prozent und 1961 eine Steigerung von 3,6 Prozent. Vergleichen Sie das mit den Indexsteigerungen dieses Jahres und mit denen, die Sie ja auf Grund der Zusatzgesetze zum Budget und aus dem Budget heraus selbst annehmen müssen. Denn der Herr Finanzminister hat ja in seiner Budgetrede offen zugegeben: Das Budget 1968 ist ein Budget der Preiserhöhungen.

Es tut mir leid, Herr Kollege Dr. Withalm, daß Ihr Appell in Linz, die gewerbliche Wirtschaft möge die Mehrbelastungen durch die Umsatzsteuererhöhung und durch die Importabgabenerhöhung nicht auf die Preise überwälzen, so kühl aufgenommen wurde und daß man Ihnen gesagt hat, die gewerbliche Wirtschaft sei außerstande, diese Mehrbelastungen aus ihren Handelsspannen und Gewinnen zu

tragen. Aber wenn man sich die Ankündigung des Herrn Finanzministers in seiner Budgetrede vor Augen hält, in der er von einem Budget der Preiserhöhungen spricht, kann man diese Haltung verständlich finden.

Und noch etwas: Es ist falsch, eine Ankurbelung der Wirtschaft einzig und allein von der Ankurbelung der Investitionen zu erwarten. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat mit Recht festgestellt, daß eine solche Konjunkturbelebung nicht allein aus einer Erhöhung des öffentlichen Investitionsbudgets zu erwarten ist, weil ja der Staat auch auf die notwendigen Mehrinvestitionen der Privatwirtschaft keinen direkten Einfluß nehmen kann. Er hat daher richtigerweise auf die Notwendigkeit der Förderung des Konsums hingewiesen und in diesem Zusammenhang mit vollem Recht jeden Gedanken an einen Lohnstopp als konjunkturföndlich zurückgewiesen. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaftsfraktion haben für diesen gemeinsamen Beschluß des ÖGB-Bundesvorstandes gestimmt. Also auch der Kollege Altenburger und seine Freunde hier im Haus haben ein Konzept innerhalb der ÖVP.

Der Herr Finanzminister und vor allem der Herr Bundeskanzler verwenden für ihre Politik gern den Slogan: Wir machen eine Politik für alle Österreicher. Diese Politik wird von einem immer größeren Teil der österreichischen Bevölkerung als eine Geißel empfunden, als eine Politik nur für Reiche und Wohlhabende, nach dem Beispiel der Erbschafts- und Schenkungssteuersenkung als eine Politik von guten Firmgöds. Aber, meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei, Sie werden die Verantwortung für die Zustimmung nicht auf einzelne Personen abwälzen können. Sie übernehmen mit der Zustimmung zu dieser Politik die volle Mitverantwortung dafür (*Beifall bei der SPÖ*), daß hier eine Politik betrieben wird, die die soziale Ungerechtigkeit in Österreich nicht senkt und mildert, sondern sie durch ungerechte Steuerbelastungen nur noch erhöht.

Nun komme ich zu einigen konkreten Beispielen. Im Jahre 1966 wurde hier von der Mehrheit des Hauses das Paket der sogenannten Wirtschaftsgesetze beschlossen. Der Kollege Mitterer hatte hier einen anderen Ausdruck dafür (*Abg. Kern: Wachstumsgesetze!*), aber bleiben wir bei dem. Es ist uns auf unsere geduldigen Fragen immer gesagt worden: Ja, warten Sie nur, mit 1968 wird das Wachstum eintreten! Nicht einmal der Herr Finanzminister glaubt daran, denn er legt seinem Budget für 1968 ein ähnliches überhöhtes Wachstum von 4 Prozent zugrunde, wie er es für 1967 gemacht hat. Das einzige, was mit 1. Jänner 1968 wirklich gewachsen ist, ist das

DDr. Pittermann

Defizit im Staatshaushalt und die Staatsschulden, die wachsen. (*Abg. Mitterer: Aber 1968 kommt erst! — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Herr Abgeordneter Mitterer, künden Sie uns jetzt schon eine Bundesfinanzgesetznovelle 1968 an, die dann auch eine Verdoppelung des Defizits im September bringt?

Wir haben damals für eines dieser Gesetze gestimmt, nämlich für das Gesetz, durch das die Lebensversicherungsverträge zur Gänze von der Versicherungssteuer befreit wurden, ohne Rücksicht auf ihre Höhe. Da haben wir mitgestimmt. Das sollte mit 1. Jänner 1968 in Kraft treten. In dem Paket, das der Herr Finanzminister bescheiden „Steueränderungsgesetze“ nennt, ist bereits die Aufhebung dieses Gesetzes enthalten, das mit 1. Jänner 1968 hätte in Kraft treten sollen.

Herr Abgeordneter Ing. Sallinger! Ich bin sehr neugierig, welche Rede Sie darüber halten werden, wenn dieses Gesetz hier im Hause eingebracht und — wie ich gar nicht bezweifle — von der ÖVP-Mehrheit auch beschlossen werden wird. Denn Sie beschließen alles, was die Regierung von Ihnen verlangt: die Steuerfreiheit für die Lebensversicherungen im Jahre 1966 und die Aufhebung der Steuerfreiheit für die Lebensversicherungen im Jahre 1967! Aber es scheint mir doch etwas zuviel Dynamik in dieser Beweglichkeit und Drehbarkeit zu liegen. Jedenfalls: Für die Wirtschaft ist ein solches Verhalten der Regierung alles andere als wachstumsfördernd.

Ich bin auch noch aus einem anderen Grunde über das Konzept des Herrn Finanzministers skeptisch. Schauen Sie: Am 6. Juni dieses Jahres — vorgestern haben Sie das mit Ihrer Mehrheit beschlossen — hat der Herr Finanzminister eine Novelle zum Tabaksteuergesetz eingebracht, in der festgestellt wird, daß man die Tabaksteuer für Zigaretten von 58 Prozent auf 60 Prozent erhöhen könne, ohne daß das irgend etwas ausmachen würde. Diese Erhöhung ist in der Handelsspanne drinnen. Er hat dies dann auch in einer Interpellationsbeantwortung hier im Hause wiederholt. — Wissen Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei, daß schon eine weitere Novelle zum Tabaksteuergesetz vorbereitet wird, die bereits zur Begutachtung ausgeschickt wird und mit der die Tabaksteuer für Zigaretten von 60 Prozent auf 62 Prozent erhöht wird? Das ist ein Geniestreich, daß man im Juni noch nicht weiß, was man im Oktober oder November wirklich braucht, daß man im Juni noch glaubt, man kommt mit 2 Prozent aus, im Oktober aber sagt: Nein, ich muß die Tabaksteuer noch um 2 Prozent erhöhen.

Ich muß sagen, Herr Finanzminister: Ich bin sehr skeptisch, ob sich die Auskunft, die

Sie bezüglich der Nichtüberwälzung auf die Zigarettenpreise gegeben haben, auf die in Aussicht stehende neuerliche Erhöhung der Tabaksteuer oder nur auf die frühere bezogen hat.

Nun möchte ich mich noch mit zwei Maßnahmen des Budgets besonders beschäftigen, nämlich mit dem sogenannten — ich beziehe mich hier auf einen Titel des Organs des Arbeiter- und Angestelltenbundes — Beamtenopfer und mit der Frage der Mehrbelastung der ärmsten Konsumenten durch die Margarine- und Kunstfettsteuer. Ursprünglich hat ja der Herr Finanzminister in dem Koalitionsringen innerhalb der ÖVP-Bünde vorgeschlagen, man sollte den mit den Gewerkschaften bereits fix vereinbarten Termin des Inkrafttretens des neuen Gehaltsgesetzes vom 1. Oktober auf den 1. November verschieben und gleichzeitig als Opfer eine Erhöhung des Pensionsbeitrages der Bundesbediensteten um 1 Prozent — total also um 20 Prozent des jetzigen Beitrages — verlangen, wobei ich nochmals in Erinnerung bringen muß, daß es zum Unterschied vom ASVG bei den Pensionen beim Bund keine Höchstbemessungsgrundlage gibt, sondern daß der Pensionsbeitrag von jedem Gehalt zur Gänze eingehoben wird.

Auch der Österreichische Akademikerbund — ich muß sagen, das hat mich sowohl überrascht als auch gefreut — hat sich dem Protest, der von den zuständigen Gewerkschaften, aber auch vom ÖAAB erhoben wurde, angeschlossen. Bekanntlich hat man ja vor den oberösterreichischen Wahlen durch den ÖVP-Obmann der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, den Bundesrat Gasperschitz, und dann auch in einer Aussendung des ÖAAB erklärt: Das ist erledigt, das ist abgetan. Die Erklärung der Regierung, daß man das fallengelassen hat, fehlt mir bis jetzt noch, Herr Finanzminister, denn die ist ja dafür eigentlich zuständig, und ich werde gleich sagen, warum ich so darauf dringe, daß die Erklärung „ja“ oder „nein“ von einer dazu ermächtigten Stelle der Regierung oder der ÖVP kommt.

Aber, wie gesagt, auch der Österreichische Akademikerbund hat sich dem angeschlossen. Er hat sehr richtig gesagt, daß ja bei den Gehältern von 2500 S bis 3000 S monatlich die Lohnsteuersenkung ungefähr 25 S bis 30 S ausmacht, und 1 Prozent Pensionsbeitrags-erhöhung nimmt die Lohnsteuersenkung für die Gruppe der Amtswarte, der Hilfskräfte bei der Post und so weiter wieder weg. Ich habe mich eigentlich sehr gefreut, daß er dies gesagt hat. Jetzt bin ich auf eines neugierig — Herr Kollege Dr. Withalm, Sie sprechen ja nach mir: Jetzt bin ich wirklich auf Ihre Ausführungen zu diesem Punkt neugierig. Wie

DDr. Pittermann

werden Sie dazu Stellung nehmen? Als Obmannstellvertreter des Österreichischen Akademikerbundes dagegen oder als Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, der ja bei diesen Budgetverhandlungen dabei war, für den ursprünglichen Regierungsvorschlag? Es wird ein interessantes Match werden zwischen dem Obmannstellvertreter des Österreichischen Akademikerbundes Dr. Withalm und dem Generalsekretär Dr. Withalm um die Feststellung: Wer ist stärker: ich oder ich, und der Klubobmann Dr. Withalm wird offenbar als Ringrichter fungieren. (*Lebhaftes Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich, Herr Dr. Withalm, tippe: Sieg des Generalsekretärs durch Niederschlag der öffentlich Bediensteten. Bitte, widerlegen Sie mich! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe auch mit großem Interesse den Bericht über die Fraktionssitzung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes am Beginn dieses Monats im Hause gelesen, als der Bericht über das Ergebnis der innerparteilichen Budgetschlacht vorgelegt wurde. Es ist darin festgestellt worden, daß es gelungen ist, die bisherigen Leistungen aufrechtzuhalten, die ja bereits zugesagte Verbesserung bei den Kriegsofferrenten zu bringen und im übrigen alle Leistungskürzungen abzuwehren. Bitte, wir werden ja noch sehen, wie das ist, wenn man die bisherige Bevorschussung des Staatszuschusses an die Pensionsversicherung in eine nachträgliche Verrechnung umwandelt, wie es dann mit der Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit bestellt sein wird. Aber bitte, nehmen wir das zur Kenntnis.

Aber nicht ein Wort steht drinnen von einem Ende des Sozialstopps. Ja sind wir denn schon mit allen Forderungen, die nicht nur wir Sozialisten allein erhoben haben, sondern die auch von dieser Seite (*der Redner weist auf die ÖVP-Bankreihen*) des Hauses erhoben wurden, durch? Was ist denn beispielsweise mit der Frage der Erhöhung der Witwenpensionen von 50 auf 60 Prozent der Pension des Mannes?

In den vergangenen Wochen ist durch die Zeitungen eine Mitteilung gegangen, welcher hohe Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung im Witwenstand lebt und welcher große Anteil davon — fast zwei Drittel — mit einer Pension auskommen muß, die um 1500 S oder darunter liegt. Es wäre Zeit, das endlich durchzuführen. Ich appelliere nochmals an die Abgeordneten Frauen und Männer des Arbeiter- und Angestelltenbundes, hier mitzutun. Es ist ja nicht so, daß kein Geld da ist.

Ich will Ihnen ein einziges Beispiel sagen: Die Importeure ausländischer mineralischer

Brennstoffe genießen für ein Kontingent Befreiung von den Zöllen. Dieses Freikontingent ist vom Herrn Finanzminister von 400.000 t im Jahre 1967 auf 450.000 t für 1968 erhöht worden.

Dabei ist das keine prinzipielle Frage, denn im letzten Budgetentwurf, der der letzten Sitzung der noch gemeinsamen Regierung vorgelegt worden war, hat ja der Herr Finanzminister bereits die Aufhebung dieses Freikontingentes und die damit verbundene Erhöhung der Zolleinnahme eingesetzt. Nur als wir Sozialisten aus der Regierung draußen waren, ist man von diesem Gedanken wieder weggegangen.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, was das bedeutet? Bei 450.000 t Freikontingent ist das pro Tonne eine Zollsenkung von 315 S oder von insgesamt 142 Millionen Schilling jährlich. Ich bitte die Frau Sozialminister, zu überlegen, wie hoch die objektiven Schätzungen für die Kosten einer Erhöhung der Witwenrente von 50 auf 60 Prozent sind. Und das ist nicht eine Einkommensüberwälzung innerhalb der österreichischen Bevölkerung, sondern das ist zu decken, wenn man von den Importeuren der ausländischen Ölgesellschaften dieselben Zölle einhebt, wie man sie von den österreichischen verlangt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Lassen Sie mich einmal Ihnen darstellen, warum ich mich gerade so mit dieser Erhöhung der Margarine- und Kunstfettsteuer beschäftige. Das ist doch ein Nahrungsmittel, auf das ja gerade die weniger bemittelten Schichten des österreichischen Volkes angewiesen sind.

Und jetzt lassen Sie mich einmal hier ein paar Zahlen bringen. Die Durchschnittspension des Arbeiterpensionisten beträgt nach Abzug der von ihm zu zahlenden Krankenversicherungsbeiträge mit 1. Jänner 1968 — also nach Durchführung der 6,4prozentigen Pensionserhöhung — 1406,50 S. Das ist im Durchschnitt das Auskommen für die Familie bei den Arbeiterpensionen. Nun hat er durch die Pensionserhöhung mit 1. Jänner 1968 von 6,4 Prozent nach Abzug der Krankenversicherung eine Erhöhung um 84,60 S bekommen. Das sind also die 6,4 Prozent beim Durchschnitt der Arbeiterpension.

Nun sagt der Herr Finanzminister selbst, es ist ein Budget der Preiserhöhungen. Wir wissen ja Bescheid, welche Preiserhöhungen allein aus den Steueränderungsgesetzen zu erwarten sind. Wir wissen zum Beispiel aber auch, daß sich durch die Änderung des Mietengesetzes — und das konnte ich hier gar nicht hineinnehmen — eine andere Bemessung bei den Betriebskosten durch die Windbruch-

DDr. Pittermann

versicherung und andere Bemessung der Verwaltungsabgabe sicherlich auch Mehrbelastungen ergeben, die gar nicht hereinzunehmen sind.

Aber wir können und müssen leider für das Jahr 1968 mit einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 4 Prozent rechnen. Wie schaut jetzt die Gewinn- und Verlustrechnung im Einkommen des Arbeiterpensionisten aus? Er bekommt 84,60 S mehr mit 1. Jänner 1968, eine 4prozentige Preiserhöhung von dieser Pension macht 56,30 S aus, und es bleiben ihm von der 6,4 Prozent-Rentenerhöhung noch 28,30 S, das ist knapp ein Drittel des Bruttoerhöhungsbetrages.

Jetzt sagen Sie ehrlich, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, vor allem die, die aus dem Arbeiter- und Angestelltenbund kommen: Halten Sie unter diesen Aspekten die Einführung einer Besteuerung von Margarine und Kunstfetten überhaupt noch für sozial diskutierbar, geschweige denn erträglich?

Ich bin mir auch darüber klar, daß es gar nicht um die 50 Millionen Schilling geht, um das Defizit in dem Budget, sondern hier handelt es sich einfach um eine Koalitionsvereinbarung innerhalb der Bünde der ÖVP. Die Herren vom Bauernbund haben verlangt, daß die Kunstfette und die Margarine verteuert werden, damit sich die Pensionisten bei ihrem Einkommen mehr Butter kaufen können. Das ist eine Illusion. Aber sie waren bei den vorigen Verhandlungen, bei den innerparteilichen Verhandlungen um das Budget leider nicht in der Lage, gerade den weniger bemittelten Kreisen der Bevölkerung diese ungerechtfertigte Belastung zu ersparen.

Vielleicht verstehen Sie jetzt, was ich gemeint habe, als ich am Anfang meiner Äußerungen gesagt habe, das ist eine Politik der Regierung, die den Reichtum der Reichen größer werden läßt, aber die Armut der Armen verewigt oder vielleicht noch ansteigen läßt.

Zuallerletzt, meine Damen und Herren — ich bin mir bewußt, daß ich ja auch auf die Redezeit der nachfolgenden Kollegen Rücksicht zu nehmen habe —, möchte ich zum allgemeinen Teil, zum politischen Teil der Budgetdebatte nur zwei Dinge hervorheben:

Einmal das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament.

Trotz aller Rechtsstaatsbeteuerungen hat die Regierung durch den Text der Bundesfinanzgesetze die Rechte des Parlaments mißachtet, vor allem die der Opposition. Sie ist deswegen auch vom Verfassungsgerichtshof verurteilt worden. Die Regierung war auch nicht in der Lage, eine Rangordnung für jene Tätigkeit aufzustellen, die ja leider das Parlament dann be-

wältigen soll. Man hat durch einen Zwang zur hektischen und damit unsachgemäßen Arbeit für die Ministerialbürokratie den Eindruck einer fruchtbringenden Tätigkeit erwecken wollen und das Parlament mit einer Flut von Gesetzen überschüttet, die nicht einmal mechanisch, geschweige denn geistig bewältigt werden können.

Ich muß noch etwas sagen, jetzt an Sie, Herr Bundeskanzler: Sie erwecken bei den Besuchen ausländischer ... (*Bundeskanzler Dr. Klaus sitzt nicht auf der Regierungsbank.*) Ach so, er ist nicht da. Bitte, Herr Staatssekretär Gruber, wenn Sie so lieb wären, übernehmen Sie es, seien Sie so gut. Vielleicht kann ich meinen in der letzten Fernsehsendung gemachten Einsparungsvorschlag dahin gehend abändern, daß man die Staatssekretäre beläßt, aber die Minister wegschickt. (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Bei Besuchen ausländischer Regierungschefs oder auch nur Minister wird das österreichische Parlament als solches glatt ignoriert, das existiert überhaupt nicht. Es werden die Ministerpräsidenten weder dem Präsidenten des Nationalrates hier im Hause vorgestellt, noch werden irgendwelche Gespräche mit den Abgeordneten hier organisiert. Einige Ausgewählte, zu denen auch ich gehöre, kriegen dann vom Herrn Bundeskanzler die huldvolle Einladung, im Frack als republikanisch-höfische Statisterie bei den Empfängen zu erscheinen.

Wer von uns in den Vereinigten Staaten war, weiß, wie diese Regierung bemüht ist, ausländischen Besuchern den direkten persönlichen Kontakt mit Mitgliedern des Repräsentantenhauses wie des Senats zu ermöglichen. Jeder von uns, der in Regierungsfunktion drüben war, kann das bestätigen. Hier scheint es mir nicht nur ein Übersehen im Zuge der Geschäfte zu sein, sondern ich habe den Eindruck, man wünscht bei den ausländischen Besuchern in Österreich den Eindruck hervorzurufen, als hätten wir in Österreich das gleiche Regierungssystem wie in Spanien und in Portugal.

Herr Bundeskanzler! Ich kann zumindest für die Oppositionsfraktion die Versicherung abgeben: Wir werden diese einseitige Darstellung der politischen Struktur Österreichs gegenüber Gästen der Bundesregierung — ich spreche jetzt nicht von Staatsoberhäuptern — nicht mehr schweigend hinnehmen. Ich bedaure nur, daß die Abgeordneten der Mehrheitspartei, die ja innerparteilich die Möglichkeit hätten, das abzustellen, offenbar nicht gewillt sind, ihre in der Verfassung vorgesehenen Funktionen wahrzunehmen. Würde das nämlich geschehen, dann — seien Sie davon

DDr. Pittermann

überzeugt, meine Damen und Herren des Hohen Hauses — wird es uns gelingen, den Grundsatz der Verfassung durchzusetzen, daß die Volksvertretung, das Parlament, die oberste Staatsgewalt ist, und dann werden wir auch imstande sein, von der Regierung und von den ihr unterstehenden Behörden die der Verfassung entsprechende Respektierung der Volksvertretung und ihrer Abgeordneten zu erreichen.

Die Welt befindet sich in einem Zustand der Unsicherheit und Unruhe. Ein kleines Volk wie das österreichische kann über diese Situation nicht glücklich sein. Es darf sich allerdings auch nicht damit begnügen, zuzuschauen und sich und seinen Wählern einzureden: Uns kann nix g'scheh'n! Das ist sehr schön beim Steinklopferhans, aber wir haben andere Verantwortungen. Wir müssen uns auch darauf vorbereiten, daß wir bei einer weiteren Verschlechterung wieder eine Bewährungsprobe bestehen müssen. Daher ist es notwendig, daß man ein Verhältnis zwischen Bundesregierung und Parlament und nicht nur zu einer Fraktion des Parlamentes herstellt, das geeignet ist, diese Bereitschaft, wenn es notwendig ist, wieder aktiv werden zu lassen. Das bisherige Verhalten der Bundesregierung — das möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen — ist nicht geeignet, in einer solchen Notlage eine allgemeine Bereitschaft zu einem gemeinsamen Verhalten herbeizuführen.

Und das allerletzte, Herr Bundeskanzler — Herr Staatssekretär, ist eine, fast möchte ich sagen, persönliche Bemerkung, die sich nur mit diesem Abschnitt der Außenpolitik beschäftigt, mit den Ostreisen des Herrn Bundeskanzlers. Es war mir geradezu ein Vergnügen, in den letzten Fragestunden aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers die gleichen Rechtfertigungserklärungen zu der nun von ihm eingeschlagenen Politik hören zu können, die in den vergangenen Jahren immer wieder von Sozialisten und auch von mir gegenüber den Verleumdungen, die auch vom Herrn Bundeskanzler als Parteiobmann erhoben wurden, gegeben werden mußten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es waren die sozialistischen Regierungsglieder der seinerzeitigen Koalitionsregierung, die als erste erkannten — und nicht nur einer —, daß die Position des neutralen Österreichs ebenso wie seine zentraleuropäische Lage die eheste Wiederaufnahme des traditionellen Handels mit Osteuropa gebieterisch verlangt.

Ich habe mich damals für die verstaatlichte Industrie für diese Wiederaufnahme eingesetzt, dafür, daß die Wege für den Export der österreichischen Industrieproduktion, für den ich formell zuständig war, wieder freigemacht wurden. Es ist gelungen. Es ist

gelingen trotz der offenen Verleumdungen und Verunglimpfungen damals durch die Österreichische Volkspartei und auch die heimliche Sabotage in der Bundesregierung.

Der Herr Bundeskanzler hat bei seinem letzten Besuch in der Sowjetunion das sowjetisch-österreichische Gemeinschaftsstahlwerk von Lipezk bei Moskau besuchen können. Dazu kann ich nur wiederholen: Das war nur möglich, weil ich trotz der sehr gehässig geführten Kampagne nicht nachgegeben habe, bis dieser Vertrag mit der Sowjetunion zustandekam.

Und jetzt frage ich den abwesenden Herrn Bundeskanzler: Wo sind die Ergebnisse seiner Reisen in die osteuropäischen Staaten? Wo sind die Aufträge etwa für ein neues sowjetisch-österreichisches Gemeinschaftsstahlwerk, wo die Aufträge für einen chemischen Konzern wie in Pulavi in Polen oder für die LD-Ausrüstung des größten slowakischen Stahlwerkes in Košice, für einen Beratungsvertrag, den die VÖEST damals mit der tschechoslowakischen Stahlindustrie abschließen konnte, für den Lieferungsvertrag der Österreichischen Stickstoffwerke mit der Volksrepublik Ungarn? Wo sind die Ergebnisse durch Neuaufnahmen von Gemeinschaftsproduktionen zwischen den Unternehmungen der beiden Staaten? Was ich bisher gesehen habe — sagen Sie das bitte, Herr Staatssekretär, dem Herrn Bundeskanzler —, waren Photos vom Badestrand am Schwarzen Meer (*Beifall bei der SPÖ*), wobei ich — ich bin auch kein Unmensch — es mir durchaus vorstellen kann, daß er sich am Schwarzen Meer besonders wohlfühlte. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich möchte hier aber keinen Zweifel daran lassen, daß die Ausführungen, die ich seinerzeit in der ersten Sitzung des Nationalrates als Klubobmann der größten Oppositionspartei hier gemacht habe, voll und ganz weiterhin aufrecht bleiben, nämlich daß sich die Opposition der Sozialistischen Partei Österreichs gegen Regierung und Regierungspolitik richten wird, aber niemals gegen die Republik Österreich, gegen die Demokratie oder gegen das österreichische Volk. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist durch das bisherige Verhalten der sozialistischen Oppositionspartei im Parlament hinreichend erwiesen worden.

Die sozialistische Opposition lehnt dieses Budget der Regierung Klaus-Schmitz ab, weil es nicht, wie Sie immer sagen, dem ganzen österreichischen Volke dient, sondern den Reichtum der Reichen vergrößert und die Armut der Armen zunehmen läßt. (*Lebhafter, anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen meines sehr geschätzten Vorredners, des Herrn Klubobmannes Dr. Pittermann, ergeben sich für mich jetzt zwei Möglichkeiten. Die erste, daß ich mich mit diesen Ausführungen im Detail auseinandersetze, oder daß ich, was meine Absicht war und — ich nehme die Antwort gleich vorweg — nach wie vor ist, grundsätzlich in der ersten Lesung des Budgets 1968 Stellung nehme.

Sie haben Bezug genommen auf eine Frage, die ich anlässlich des oberösterreichischen Wahlkampfes an die Sozialistische Partei beziehungsweise, konkreter gesagt, an den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei gerichtet habe. Ich habe bei den ersten Ausführungen, Herr Kollege Dr. Pittermann, die Sie gehalten haben, das Gefühl gehabt — ich glaube, mich richtig zu erinnern —, daß Sie einiges, was Sie mangels Teilnahme am oberösterreichischen Wahlkampf dort zu sagen nicht Gelegenheit hatten, hier mehr oder weniger an den Mann gebracht haben. *(Zustimmung und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich ganz bewußt jetzt mit dem allgemeinen Teil beschäftigen, Grundsätzliches zur ersten Lesung sagen und nicht in Details gehen. *(Abg. Dr. Kreisky: So ein Glück haben Sie mit Ihrer Teilnahme am oberösterreichischen Wahlkampf nicht gehabt!)* Herr Minister Kreisky! Es wird sich ja zeigen. Wir haben gar nicht ermangelt, zu erklären, daß wir mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Aber die Wahlen in Oberösterreich waren Wahlen, wie sie jedes Jahr in irgendeinem Bundesland stattfinden. Ich messe der Bedeutung der oberösterreichischen Wahlen natürlich einiges zu, aber entscheidend ist, wie wir hier beisammensitzen. Ein 6. März 1966 ... *(Abg. Libal: ... kommt nie wieder!)* Es wird auch sicherlich ein März 1970 sein, Herr Kollege. Seien Sie diesbezüglich unbesorgt, dafür werden wir schon Sorge tragen. *(Abg. Doktor Kreisky: Die Propheten sind ausgestorben!)*

Ich möchte auch nicht zu Fragen Parlament — Regierung Stellung nehmen. Dazu werden sicherlich gerade wir, wenn es zur Behandlung der Gruppe I und der Gruppe II kommt, Stellung nehmen. Es scheint mir auch nicht unbedingt notwendig zu sein, zu Fragen der Außenpolitik oder der Ostreisen, die Sie gemacht haben beziehungsweise die jetzt der Herr Bundeskanzler gemacht hat, Stellung zu nehmen. Dazu wird ja bei Behandlung des Kapitels Äußeres noch reichlich Gelegenheit sein. Ich beschränke mich also bewußt darauf, das zum Ausdruck zu bringen, was ich in der ersten Lesung zu sagen habe, zusätzlich einiger Randbemerkungen, die sich zwangs-

läufig durch das, was Sie, Herr Kollege Dr. Pittermann, gesagt haben, im Zuge meiner Ausführungen ergeben werden.

Wenn ich als Sprecher der Regierungspartei heute zum Bundesvoranschlag 1968 Stellung nehme, bin ich mir durchaus dessen bewußt, daß das Budget im modernen demokratischen Staatswesen der wichtigste Ausdruck des politischen Handlungsprogramms der Regierung ist. Schon durch sein Zahlenwerk und durch seine sachliche Aufgliederung ist es aber auch eine handfeste Unterlage für die Kritik an der Regierungspolitik. Die Demokratie scheut aber die Kritik nicht. Im Gegenteil, sie hält Kritik, gleichgültig, ob sie von den Abgeordneten der Opposition oder durch mehr oder minder parteipolitisch unabhängige Fachleute erfolgt, für unentbehrlich.

Eine korrigierende Funktion im Interesse der Gemeinschaft vermag allerdings nur eine sachliche, auf dem Boden der Realität stehende Kritik zu erfüllen, nicht jedoch eine solche, die die Tatsachen und ihre Zusammenhänge bewußt ignoriert, auch nicht eine der erforderlichen Sachkenntnis entbehrende Besserwissererei. Beide bringen die Demokratie, die doch letzten Endes die Staatsform der ehrlichen Diskussion ist, in Verruf. Das gilt besonders für die Fragen der Wirtschafts- und der Finanzpolitik. Eine seriöse Auseinandersetzung auf diesem für den modernen Staat zentralen Gebiet setzt nicht nur ein umfangreiches Tatsachenwissen und die Kenntnis oft recht komplizierter Funktionszusammenhänge voraus, sie verlangt vielmehr auch die Fähigkeit, zwischen objektivem Sachgehalt und vielfach interessenbedingten Wertungen in bezug auf bestimmte Maßnahmen klar zu unterscheiden, eine momentan gegebene Situation auf ihre tieferliegenden Ursachen zurückzuführen und die möglichen Folgen realistisch einzuschätzen. Das ist der wahre Kern des in letzter Zeit oft verwendeten Wortes von der Versachlichung der Politik.

Meine Damen und Herren! Betrachtet man das Budget unter diesem Aspekt, so muß man sich darüber klar sein, daß der Staatshaushalt heute, wie Paul Senf in seinem Beitrag über das Budget im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften sagt, das „Ergebnis“ — ich zitiere jetzt — „eines sich immer wiederholenden politischen Machtkampfes zwischen den verschiedenen an einer wie auch immer gearteten Vorteilswahrung interessierten Gruppen“, zugleich aber auch „Instrument zur Herbeiführung und Ausdruck des Kompromisses über die zu treffenden beziehungsweise getroffenen endgültigen politischen Entscheidungen“ ist.

Diese Feststellungen des Ordinarius für Finanzwissenschaft an der Universität Saarbrücken,

Dr. Withalm

der zweimal, und zwar von 1954 bis 1955 und dann wieder von 1963 bis 1965, Finanzminister in der Regierung des Saarlandes war, sind keineswegs graue Theorien. Sie haben sich nicht nur bei der Erstellung des Budgets für 1968 bei uns in Österreich, sondern beispielsweise auch in der Bundesrepublik Deutschland, in England oder in Frankreich, also in Ländern mit derzeit ganz verschiedener politischer Konstellation, gerade in den letzten zwei Jahren eindrucksvoll an der Erfahrung bestätigt.

Diese einleitenden Feststellungen, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien, haben keineswegs den Zweck, der Auseinandersetzung mit Ihren Argumenten auszuweichen, sie sind keine salvatorische Klausel, sie sollen vielmehr, nicht zuletzt zur Wahrung der Würde des Hauses, den Rahmen für die Diskussion abstecken und jene Fixpunkte außer Streit stellen, von denen gerade eine harte Auseinandersetzung ausgehen muß, wenn sie einen wirklich brauchbaren Beitrag zur wirtschaftspolitischen Meinungsbildung in der österreichischen Bevölkerung leisten soll.

Ohne das Verständnis und ohne die aktive Mithilfe der Bevölkerung sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die seit geraumer Zeit auf uns zugekommen und nun mit zunehmender Deutlichkeit sichtbar geworden sind, nicht lösbar. Hierbei ist es vollkommen gleichgültig, welche Therapie man für richtig hält. Allerdings nur dann, wenn die speziell von der Sozialistischen Partei Österreichs neuerdings so intensiv geforderte Versachlichung der Wirtschaftspolitik und die verlangte erhöhte Rationalität wirtschaftspolitischer Maßnahmen auch in der eigentlich politischen Auseinandersetzung einen Niederschlag findet, kann man sinnvollerweise jene Neuorientierung und Modernisierung der österreichischen Wirtschaftspolitik erwarten, die unser Land heute dringender braucht denn je.

Das Volk weiß besser, als manche Interessensvertreter es wahrhaben wollen, zwischen echten Neuerungen und bloß neu klingenden Worten zu unterscheiden. Was wir brauchen, ist nicht eine neue Etikettierung ausgefahrener Geleise, sondern eine neue, an der objektiven Wirklichkeit orientierte Sicht der Probleme, mehr Aufrichtigkeit in der Gesinnung, mehr Mut zur Wahrheit und zur Konsequenz. Wir brauchen keine zusätzlichen Planungskollegen, die den Verantwortlichen Verantwortung und Risiko abnehmen sollen, sondern in erhöhter persönlicher Verantwortung besser und auf längere Sicht geplante Entscheidungen und Maßnahmen; das gilt für den Staat genauso wie für die Unternehmungen und für die Verbände.

Versachlichung der Politik bedeutet nicht, daß man irgendwelche gerade die jeweilige Interessenlage stützende Lehrmeinungen oder Statistiken als scheinbar objektives Argument zur Stützung des jeweiligen Gruppeninteresses heranzieht. Sie bedeutet schon gar nicht die Übertragung von Entscheidungsfunktionen auf nicht mit politischer Verantwortung belastete Experten. Das wäre in Wirklichkeit nichts anderes als eine im Grunde recht billige Alibi-Politik. Rationalisierung der Wirtschaftspolitik kann nur bedeuten, daß wir Politiker bereit sein müssen, den politischen Entscheidungsprozeß selbst zu rationalisieren, um die Verantwortung, die das Volk uns übertragen hat, in ihrer ganzen Tragweite besser erkennen zu können, und dann in diesem klaren Bewußtsein, in besserer Kenntnis der Auswirkungen jene Entscheidungen zu treffen, die uns die Verfassung dieses Staates, als dessen Organe wir alle, wie wir hier sitzen, handeln, übertragen hat.

Meine Damen und Herren! Die diesjährige öffentliche Diskussion über das Bundesbudget begann mit der Veröffentlichung der Budgetvorschau 1967 bis 1970 im vergangenen Sommer. Die dabei zutage getretenen Deckungslücken für die Budgets der nächsten drei Jahre waren wahrhaft Grund genug, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, warum es zu dieser Entwicklung gekommen war und wie die zu erwartenden Defizite auf ein tragbares Ausmaß reduziert werden können. Es berührt allerdings sonderbar, wenn das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs am 26. August dieses Jahres im Brustton der Überzeugung verlautete, Ursache dafür sei nicht die Ausgaben-, sondern die Einnahmenentwicklung, eine verfehlte Steuerpolitik, die in den Wachstumsgesetzen ihren unglücklichen Ausdruck gefunden habe.

Ich möchte auf die konjunktur- und wachstumspolitische Bedeutung steuerlicher Anreize für Investitionen hier nicht näher eingehen. Die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ werden vielleicht in der Lage sein, sich darüber von ihrem Gesinnungsfreund Professor Schiller sachgerecht informieren zu lassen. Ich möchte lediglich feststellen, daß eine derart simple monokausale Erklärung schon im Hinblick auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wachstumsgesetze bis jetzt jedenfalls von den Tatsachen her in keiner Weise eine Begründung finden kann. Sie nimmt sich eher als einer jener leider in der Vergangenheit so häufig nicht wirkungslos gebliebenen Appelle an den Neidkomplex aus, der ohne jeden Zweifel ein gerüttelt Maß dazu beigetragen hat, daß sich in unserem Land echtes Leistungsdenken offenbar viel schwerer durchsetzen konnte als in anderen Industriestaaten.

Dr. Withalm

Die Ergebnisse der letzten Meinungsumfrage zur österreichischen Finanzpolitik zeigen eindeutig, daß die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes die Ursachen der Budgetschwierigkeiten sehr wohl dort sucht, wo sie tatsächlich zu suchen sind, nämlich bei den Ausgaben. 69 Prozent der Befragten haben sich dafür ausgesprochen, daß eine Budgetlücke durch Verminderung der Ausgaben zu schließen sei, nur 16 Prozent befürworteten eine Erhöhung der Einnahmen, und lediglich 8 Prozent waren für die Aufnahme von Krediten.

Ich überschätze den Aussagewert solcher Umfragen keineswegs. Ich sehe aber in ihnen doch eine Bestätigung der in zahllosen Gesprächen und Diskussionen gerade mit einfachen Menschen immer wieder gemachten Erfahrung, daß eine verantwortungsbewußte Politik sehr wohl mit dem Verständnis der Bevölkerung dann rechnen kann, wenn sie rechtzeitig und sachlich aufklärt und zielbewußte Maßnahmen setzt, die zwar vorübergehend Opfer verlangen, sich aber im Interesse der Zukunftssicherung als notwendig erweisen.

Jeder, der Zahlen und Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen bereit ist, muß erkennen, daß das progressive Anwachsen der primär ins Gewicht fallenden Staatsausgaben eindeutig die Folgewirkung von Gesetzen ist, die während der Koalitionszeit beschlossen wurden. Selbst auf die Gefahr hin, daß ich mißdeutet werde, stehe ich nicht an, die Dinge beim Namen zu nennen. Es sind die in dem von einem ÖVP-Politiker und ÖVP-Minister geführten Unterrichtsministerium ausgearbeiteten Schulgesetze genauso wie die vom Sozialministerium dem Parlament zugeleiteten Entwürfe zu verschiedenen Sozialgesetzen. Es sind die von 1955 bis 1965, also in der Zeit der Hochkonjunktur, auf das Dreifache angewachsenen Stützungen ebenso wie die rund 20 Prozent betragende Zunahme der Personalstände in der öffentlichen Verwaltung seit dem Abschluß des Staatsvertrages.

Wir haben in der Koalitionszeit zwar durchaus richtig erkannt, daß der Ausbau des Schulwesens und der sozialen Sicherheit vorrangige Aufgaben des modernen Staates sind, wir haben aber offenbar unter dem Eindruck der damaligen internationalen Konjunktur, an der auch Österreich glücklicherweise Anteil nehmen konnte, zu wenig beachtet, daß jede Leistung, auch die vom Staat erbrachte Leistung, einen wirtschaftlichen Preis hat, der in barer Münze bezahlt werden muß. Wir haben zu wenig beachtet, daß Kostenrechnungen zu Gesetzentwürfen nur dann sinnvoll sind, wenn man nicht nur die Ausgaben oder gar nur einzelne Ausgaben einsetzt und dabei über die Bedeckungsseite mehr oder minder

diskret hinwegsieht. Wir haben übersehen, daß staatliche Leistungen letzten Endes nur dann wirklich gesichert sind, wenn die Leistungskraft der Volkswirtschaft ausreicht, sie auch zu finanzieren. Hätten wir in den Jahren der Hochkonjunktur mehr Mut zur nüchternen Rechnung aufgebracht und uns weniger nach den Wünschen, sondern mehr nach den realen wirtschaftlichen Möglichkeiten gerichtet, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach die Situation heute anders, als sie uns nun die letzte Budgetvorschau mit einer Deutlichkeit vor Augen geführt hat, die jedem, der sich der Verantwortung gegenüber der Zukunft dieses unseres Landes bewußt ist, nicht nur Sorge bereiten, sondern ihn auch zur Bereitschaft geradezu zwingen muß, einschneidende praktische Konsequenzen zu ziehen. Ich weiß, daß diese Feststellungen zugleich eine Anklage sind. Meine Damen und Herren! Ich nehme meine eigene Partei von dieser Anklage nicht aus.

Hohes Haus! Diese Feststellungen, die sich durchaus mit der Meinung anerkannter Fachleute auch anderer Couleurs decken — ich erinnere nur an die Ausführungen von Karl Aush in seinem Buch „Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders“ —, wären vollkommen sinnlos, blieben wir in einer Vergangenheitsanalyse stecken. Sie würden sogar zu einer Gefahr für das Vertrauen des Volkes in die Leistungsfähigkeit der demokratischen Staatsform, begännen wir nun in einem demagogischen Schwarzer-Peter-Spiel, jeweils der anderen Partei die ausschließliche Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Es geht um die Konsequenzen, die zu ziehen sind.

Für jeden, der die ihm übertragene politische Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft Österreichs ernst nimmt, kann die zu ziehende Konsequenz nur sein: eine nüchterne Tatbestandsaufnahme, die Befreiung von jedweden Illusionen, sodann eine exakte Berechnung der gegebenen Möglichkeiten und — darauf kommt es schließlich an, und das ist das entscheidende — die zielstrebige Inangriffnahme jener Maßnahmen, die notwendig sind, damit die derzeitige Wirtschaftsflaute überwunden und ein neuerlicher Aufschwung eingeleitet werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vollbeschäftigung und realer Einkommenszuwachs können auf die Dauer nur durch eine stärkere Zunahme der realen Wachstumsrate der österreichischen Volkswirtschaft gesichert werden. Sowohl die Spitzenleistungen unserer sozialen Sicherheit als auch unser ambitioniertes Schulsystem müßten über kurz oder lang wie Kartenhäuser zusammenfallen, wenn es uns nicht gelänge, das Wachstum unserer

5566

Nationalrat XI. GP. — 68. Sitzung — 27. Oktober 1967

Dr. Withalm

Wirtschaft wieder anzukurbeln, höhere Leistungen zu erzielen, und nicht zuletzt die Konkurrenzfähigkeit unserer Produkte auf den internationalen Märkten entscheidend zu verbessern.

Ich bin überzeugt, daß diese Aufgabe ohne jeden Zweifel schwerer sein wird als manche andere, die wir in den abgelaufenen zwei Jahrzehnten zu bewältigen hatten. Meiner Meinung nach kann sie überhaupt nur gemeistert werden, wenn in Österreich in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein nachhaltiger Prozeß des allgemeinen Umdenkens einsetzt. An die Stelle des ständigen Forderns an die anderen muß der Ehrgeiz zu mehr eigener Leistung und zu mehr Eigenverantwortung treten. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin mir völlig darüber klar, daß die Einleitung eines solchen Prozesses für eine Partei, die allein die Regierungsverantwortung trägt und die im Parlament und in der öffentlichen Meinung mit der Kritik einer starken Opposition zu rechnen hat, eine überaus schwierige Aufgabe ist. Sie muß sich ja politisch das Vertrauen der Mehrheit erhalten, wenn ihre Politik bleibende Erfolge zeitigen soll. Hier sage ich mir: Warum sollten wir weniger Mut aufbringen als der britische Premierminister und Labour-Führer Harold Wilson, der auf dem Parteikongreß in Scarborough am 4. Oktober dieses Jahres erklärte: „Es gibt keinen bequemen Weg zum wirtschaftlichen Fortschritt.“ Er schloß damals seine Rede mit den Worten: „Wir wissen“ — so sagte Wilson —, „wie tief diese Opfer in das Leben unseres Volkes eingreifen. Wir sind entschlossen, mit Ihrer Unterstützung dafür Sorge zu tragen, daß diese Opfer nicht vergeblich sein werden.“ Das sagte Wilson am 4. Oktober dieses Jahres.

Meine Damen und Herren! Ob die Wirtschaftspolitik Wilsons im einzelnen richtig ist, ist eine Frage, die hier nicht zur Diskussion steht. Wohl aber können wir an ihm sehen, welche Konsequenzen auch politischer Art eine Regierungspartei zu ziehen bereit sein muß, wenn sie ein Land in eine gesicherte wirtschaftliche Zukunft führen will.

Soweit bisher bekannt wurde, wird es im englischen Budget für 1968 nicht nur zu einer Reduktion der Verteidigungsausgaben, sondern auch zu einer einschneidenden Revision bei den Sozialleistungen kommen. Es ist keineswegs verwunderlich, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ in diesem Zusammenhang berichten konnte, daß innerhalb des Labour-Kabinetts um die einzelnen Budgetpositionen — was ich durchaus verstehen kann — bereits vor einigen Monaten ein intensives Tauziehen eingesetzt hat, das auch in die Öffentlichkeit getragen wurde. Umso bedeutungsvoller scheint

es mir, daß in diesem Zusammenhang mit besonderer Betonung festgehalten werden kann, daß es im österreichischen Budget für 1968 keine Kürzung von Sozialleistungen geben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch der sozialdemokratische Wirtschaftsminister in der Bundesrepublik Deutschland, Professor Schiller, hat sich bekanntlich anläßlich der Erstellung des Budgets 1968 zur Stunde der Wahrheit bekannt und ganz im selben Sinn wie Finanzminister Strauß erklärt, bei der Überwindung der Rezession in der kulturellen und strukturellen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft werde es ohne schmerzliche Verzicht und Belastungen auf allen Seiten nicht abgehen. Aus den Zeitungen ist Ihnen sicherlich bekannt, daß das deutsche Budget für 1968 Ausgabenkürzungen in der Höhe von 5,3 Milliarden D-Mark und Einnahmensteigerungen in der Höhe von 1,5 Milliarden D-Mark vorsieht. Von den Ausgabenkürzungen, also 5,3 Milliarden D-Mark, sind die Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung und zum Mutterschaftsgeld sowie die Kindergeldzahlungen ebenso betroffen wie die Kriegsofferrenten, die Wohnbauförderung, die Subventionen an die Landwirtschaft und an die gewerbliche Wirtschaft.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns darüber klar werden, daß Österreich heute kein Sonderfall mehr sein kann. Seine Probleme haben zwar vielleicht ihre besonderen Relationen und Dimensionen, sie sind aber gerade wegen des allmählichen Hineinwachsens in den Status eines modernen Industriestaates in den abgelaufenen zwei Jahrzehnten heute mehr als je zuvor Probleme eines kleinen, hochentwickelten Industriestaates, dessen struktureller Anpassungsprozeß eher noch am Anfang steht und dessen wirtschaftlicher Fortschritt wegen der notwendigen außenwirtschaftlichen Verflechtung stark von der Entwicklung anderer Volkswirtschaften, mit denen es in Konkurrenz mit andern Ländern einen intensiven Güter- und Leistungsaustausch aufrechterhalten muß, abhängig ist. Wir können uns eine Abschirmung durch Handelsschranken und ähnliche Wettbewerbsbehinderungen heute keinesfalls mehr leisten. Im übrigen hat uns, glaube ich, die Geschichte der Ersten Republik gelehrt, daß ein solcher Weg die Schwierigkeiten nicht mindern, sondern nur vermehren würde. Ich darf Ihnen hier erklären: Eine Wirtschaftspolitik nach dem Muster der dreißiger Jahre steht für die Österreichische Volkspartei außerhalb jeder Diskussion. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei und die von ihr getragene Bundesregierung waren sich bei der Erstellung dieses Budgets von

Dr. Withalm

Anfang an darüber im klaren, daß diesmal allen Gruppen der Bevölkerung Opfer zugemutet werden müssen. Nur eine echte Abkehr von der „Gefälligkeitsdemokratie“ kann jene strukturellen Änderungen in die Wege leiten, ohne die nicht nur die Budgets der kommenden Jahre zu einer echten Krise der Staatsfinanzen führen müßten, sondern auch die Entwicklung unserer Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit in Gefahr käme.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns die Aufgabe nicht leicht gemacht, obwohl Wahlen in drei großen Städten und in einem Bundesland vor der Tür standen. Hätten wir parteipolitische Überlegungen in den Vordergrund gestellt, hätten wir durch eine bedenkenlose Hinaufsetzung des Defizits, wozu sogar manche Wirtschaftsfachleute raten zu müssen glaubten, wirklich ein Schwindelbudget erstellt, so wären uns wahrscheinlich manche Stimmeneinbußen erspart geblieben. Dann hätte Abgeordneter Dr. Kreisky, der diesen Budgetvoranschlag bereits zu einem Zeitpunkt als „Schwindelbudget“ bezeichnete, als weder sein Umfang noch sein Inhalt endgültig feststanden, recht behalten. Wieso er aber ohne Kenntnis der Budgetunterlagen sich ein derart schwerwiegendes Urteil bilden konnte, bleibt mir, wenn ich annehme, daß der Vorsitzende der großen Oppositionspartei in diesem Lande zumindest in wirtschaftspolitischen Zentralfragen seine Stellungnahme erst nach sorgfältiger Prüfung des objektiven Sachverhaltes abgibt, einfach unerfindlich. (*Ruf bei der ÖVP: Hellscher!*)

Der Herr Finanzminister hat am Montag in seiner Budgetrede das Budget 1968 treffend charakterisiert. Es ist das sachlich schwierigste Budget seit 1945. Diese Charakteristik deckt sich inhaltlich mit der des bekannten Wirtschaftspublizisten Horst Knapp, der im allgemeinen der Regierungspolitik gegenüber sehr kritisch eingestellt ist. Knapp meinte, der Voranschlag für 1968 hätte auch weit schlechter ausfallen können. Alles in allem, so sagte Knapp, sei er ein leidlicher, ein passabler Kompromiß.

Auch ich gebe unumwunden zu, daß das Budget 1968 keineswegs ein Ideal ist. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Ja wo gibt es denn überhaupt in der Politik Idealösungen? Vor allem gibt es sie dann nicht, wenn es darum geht, mit demokratischen Methoden Interessengruppen unter Inkaufnahme vorübergehender Nachteile zu einem grundlegenden Umdenken zu bewegen. Gerade das war aber diesmal notwendig. Immerhin konnte dank dem Verständnis der Bauernschaft eine Neuordnung der agrarischen Marktordnung in die Wege geleitet werden, die eine

bessere Anpassung der Produktion an den Bedarf erwarten läßt. Jeder Realist wird sich darüber klar sein, daß solche Umstellungen nicht von heute auf morgen erfolgen können. Ein Anfang ist aber immerhin gemacht. Das mußte selbst der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ bescheinigen.

Herr Kollege Dr. Pittermann, ich bin nicht verantwortlich für Ihre Ausführungen, aber ich glaube, daß die Bauernschaft Österreichs doch mit großem Interesse Ihre Ausführungen, was die „Unverfrorenheit mancher Bauernvertreter“ anlangt, zur Kenntnis nehmen wird. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Sicher auch die öffentlich Bediensteten!*)

Ein weiterer Schritt — damit komme ich schon zum öffentlichen Dienst, Herr Kollege Dr. Pittermann —, der gleichfalls als wichtiger Anfang zu einer strukturellen Sanierung der Staatsfinanzen gewertet werden muß, ist die keineswegs selbstverständliche Tatsache, daß trotz der Erhöhung des Unterrichtspersonals um 1346 Dienstposten der Gesamtdienstpostenplan um 620 vermindert werden konnte. Auch hier werden weitere Maßnahmen folgen müssen. Die Rationalisierung der Verwaltung ist heute in allen hochentwickelten Staaten ein schwieriges Problem, das bisher noch nirgends zufriedenstellend gelöst werden konnte. Wenn wir uns trotz der bevorstehenden Personalvertretungswahlen entschlossen haben, diesen Schritt zu tun (*Abg. Dr. Pittermann: Sie tun ihn also, Herr Withalm?*), so deshalb, weil wir überzeugt sind, daß die Forderung nach einem rationelleren Einsatz, die Reduktion des Personalstandes — davon spreche ich, wenn Sie aufgepaßt haben, Herr Kollege; — daß trotz erhöhtem Unterrichtspersonal, 620 Posten eingespart werden konnten (*Abg. Dr. Pittermann: Gut, ich wollte nur das eine Prozent wissen!*) —, nicht nur in den Unternehmungen, sondern auch in der staatlichen Administration verwirklicht werden muß, wenn die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft auf die Dauer gesteigert werden soll. Wir konnten uns zu diesem Schritt umso eher entschließen, weil wir bei dem hohen Berufsethos, das die österreichische Beamenschaft und den gesamten öffentlichen Dienst schon immer ausgezeichnet hat, nicht nur mit dem Verständnis, sondern mit einer aktiven Mitarbeit des öffentlichen Dienstes rechnen zu können glauben, wenn es um eine echte Rationalisierung der staatlichen Verwaltung geht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Pittermann! Wenn Ihnen die Frage — ich habe Ihnen dies vorhin angesehen — ein gewisses Kopfzerbrechen verursacht haben sollte — ich bin sehr froh, daß Sie so für mich denken beziehungsweise

Dr. Withalm

gewisse Sorge haben —, wer in Withalm der Stärkere bleiben wird, der Obmannstellvertreter des Akademikerbundes, der Klubobmann oder der Generalsekretär, dann seien Sie diesbezüglich unbesorgt: Ich werde das in mir zur Zufriedenheit aller drei bestens auszutragen versuchen. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Aber wann?)* Sehr bald! Sie wissen ja: Das Budget — darüber haben wir vorgestern gesprochen — soll ja in absehbarer Zeit verabschiedet sein.

Aber in dem Zusammenhang komme ich doch auf ein ernsteres Thema zu sprechen. Daß nämlich in diesem Zusammenhang auch von Streikdrohungen die Rede war, veranlaßt mich, unsere Stellungnahme zum Streikproblem eindeutig klarzustellen. Wir anerkennen als demokratische Partei selbstverständlich das demokratische Recht der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, berechnete wirtschaftliche Forderungen im äußersten Fall auch mit Hilfe eines Streiks durchzusetzen, und zwar ohne jeden inneren Vorbehalt. Darüber gibt es bei uns überhaupt keine Diskussion. Wir glauben allerdings, daß sich eine verantwortungsbewußte Gewerkschaftsführung bei Lohnforderungen auch und gerade im Interesse ihrer Mitglieder sehr genau überlegen muß, ob nicht im speziellen Fall die Grenze des von den Unternehmungen Tragbaren überschritten wird. Ein Zusammenbruch von Betrieben, meine Damen und Herren, gefährdet nicht nur deren Eigentümer, sondern auch die wirtschaftliche Existenz der dort beschäftigten Arbeitnehmer und ihrer Familien. Dasselbe gilt, vielleicht unter Umständen fürs erste nicht unmittelbar spürbar, wenn durch überhöhte Lohnforderungen die notwendigen Investitionen und die preisliche Konkurrenzfähigkeit der Produkte gefährdet werden. Hier haben die Kollektivvertragsparteien als Sozialpartner im demokratischen Staatswesen eine schwere Verantwortung übertragen bekommen. Ihr richtiger Gebrauch oder Mißbrauch entscheidet weitgehend nicht nur über Erfolg und Mißerfolg der staatlichen Wirtschaftspolitik, sondern auch über die künftige Entwicklung der Volkswirtschaft einschließlich ihrer Behauptung in der Konkurrenz der internationalen Märkte. Selbstverständlich müssen auch die Unternehmer ihren Teil dazu beitragen — das ist zumindest eine Teilantwort auf das, Herr Kollege Dr. Pittermann, was Sie zuvor in dieser Beziehung bemerkt haben —, indem sie sich dem Wettbewerb tatsächlich auch stellen, statt vom Staat zu verlangen, er solle sie vor der Konkurrenz schützen. Das sage ich mit aller Deutlichkeit und besonders nachdrücklich. Wenn in der heutigen Zeit

Einsicht von der einen Seite verlangt wird, kann die andere Seite selbstverständlich nicht ausgenommen bleiben. Die staatliche Wirtschaftspolitik hat primär das Interesse aller Konsumenten zu wahren, nicht das einzelner Gruppen.

Ich weiß sehr wohl, daß diese Maxime in Österreich in der Vergangenheit oft zuwenig ernst genommen wurde. Ich sehe darin einen entscheidenden Grund für die in letzter Zeit offenbar gewordenen Strukturschwächen unserer Wirtschaft, die während der Hochkonjunktur nur überdeckt gewesen sind. Jetzt aber verlangen sie umso mehr eine Bereinigung.

Die Bundesregierung hat Staatssekretär Professor Dr. Koren mit der Erstellung eines umfassenden Berichtes zu diesem Problem beauftragt. Nachdem dieser Bericht seit einiger Zeit vorliegt, haben nun die Beratungen über die notwendigen Sanierungsmaßnahmen begonnen, bei denen wir auch mit der aktiven Mitarbeit der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und der Unternehmer sowie der Bauern rechnen.

Daß wir von der politischen Opposition keine Hilfe erwarten dürfen, wie uns Abgeordneter Probst für das Budget 1968 und sicherlich auch die folgenden Budgets ausdrücklich bescheinigt hat, verstehen wir durchaus. Was wir, was das österreichische Volk vor allem von der Opposition aber sehr wohl erwarten müssen, ist, daß sie entsprechend den Ankündigungen des Abgeordneten Dr. Kreisky — das war im April dieses Jahres — bessere Alternativen vorschlägt und die Sachlichkeit — auch das sagte Dr. Kreisky damals — in den Vordergrund rückt; nicht uns zuliebe — das wäre von der Opposition zuviel verlangt —, sondern im Interesse des gesamten Volkes, dem auch die Opposition verpflichtet ist. Was wir ferner von ihr, von der Opposition — das gilt für beide Parteien — erwarten, ja was wir von ihr verlangen müssen, ist, daß sie uns bei der Durchführung der volkswirtschaftlich notwendigen Maßnahmen nicht aus rein parteitaktischen Gründen behindert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang muß ich leider, veranlaßt durch das Fernsehinterview des Abgeordneten Ulbrich am 10. Oktober, auch ein eindeutiges Wort zum politischen Streik sagen. Sosehr wir den Streik — das sagte ich eben — als wirtschaftliches Kampfmittel bejahen, so eindeutig lehnen wir als Demokraten den politischen Streik ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der politische Streik richtet sich nicht gegen den Sozialpartner, er richtet sich letzten Endes gegen das österreichische Volk und gegen das von ihm gewählte Parla-

Dr. Withalm

ment. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Welchen Streik meinen Sie?*) Den politischen Streik. Herr Minister Czettel, ich nehme an, Sie haben das Fernsehinterview, das Ulbrich damals gegeben hat, gehört und haben auch den Schlußsatz mitbekommen, in dem er gesagt hat: Letzten Endes ist es das Ziel dieses dann eventuell auszurufenden Streiks, die Regierung zum Sturz zu bringen. (*Abg. Benya: Zu verhindern, daß ihnen etwas weggenommen wird!*) Herr Präsident Benya, Sie werden nicht behaupten, daß das ein Streik ist, der dazu dienen soll, wirtschaftliche Forderungen der Arbeitnehmer durchzusetzen. (*Abg. Benya: Jawohl!*) Ich kann mir, wenn ich ein Beispiel für einen politischen Streik bringen soll, kein typischeres Beispiel als das, das damals im Fernsehen angezogen wurde, vorstellen. (*Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!*) Der politische Streik richtet sich also gegen das österreichische Volk.

Ich habe hier mit großem Interesse die heutige nochmalige Versicherung des Klubobmanns der Sozialistischen Partei Dr. Pittermann gehört, als er sagte: Ich wiederhole hier von diesem Pult aus das, was ich anläßlich der Debatte zur Regierungserklärung gesagt habe: Wir sind eine Opposition gegen die Regierungspartei — natürlich, wir leben in einer parlamentarischen Demokratie —, wir sind Opposition gegen die Regierung, aber nie gegen das österreichische Volk!

Wenn wir uns also über diese wesentliche, grundsätzliche Frage klar sind, daß der politische Streik bei uns nichts zu suchen hat, wäre das, glaube ich, immerhin schon ein sehr, sehr großer Fortschritt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß die Sozialistische Partei auch über ihre Erfolge bei den letzten Landtagswahlen das nicht vergessen hat. Sollte sie es vergessen haben, so würden es ihr — davon bin ich vollkommen überzeugt — die Wähler sehr bald in Erinnerung rufen. Das Volk würde den politischen Streik speziell in einer Situation, die eine zielbewußte Beseitigung der konjunkturellen und strukturellen Schwächen unserer Volkswirtschaft unter Mitarbeit aller positiven Kräfte des ganzen Landes dringend verlangt, als das betrachten, was er offenkundig wäre, nämlich als eindeutige Sabotage und damit als Opposition gegen die Republik und gegen die Demokratie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen, die ganz bewußt deshalb weniger auf Einzelheiten dieses Budgets eingegangen sind, weil ich der Meinung bin, daß man es nicht isoliert betrachten darf. Dem Budget 1968 wird man

nur dann gerecht, wenn man es im Zusammenhang mit den großen Problemen sieht, die derzeit unsere Wirtschaft zu bewältigen hat, um aus dem gegenwärtigen Wellental heraus die Kraft zu einem neuen Aufschwung zu finden. Nur ein dauerhafter Aufschwung unserer gesamten Volkswirtschaft, so darf ich abschließend nochmals mit allem Nachdruck betonen, kann die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Verbesserung der Einkommen sowohl für die aktiv Tätigen, wie auch für die Empfänger von Transfereinkommen wirklich gewährleisten. Jedes andere Rezept ist entweder Illusion oder demagogische Irreführung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wir können uns ebensowenig wie andere Länder darauf verlassen, daß dieser Aufschwung womöglich ganz von selbst kommt. Er kann nur durch erhöhte Leistungen, rationellere Arbeitsmethoden, eine stärker an den realen Gegebenheiten und Möglichkeiten orientierte Problemschau sowie durch mehr Anpassungsfähigkeit an den wirtschaftlichen und geistigen Wandlungsprozeß unserer Zeit in allen Bereichen des wirtschaftlichen und politischen Lebens herbeigeführt werden.

Für das Budget 1968, zu dem wir uns voll bekennen und für das wir, Herr Kollege Dr. Pittermann, selbstverständlich die Verantwortung übernehmen — die wird nicht abgewälzt werden, meinetwegen auf den Finanzminister, auf den Bundeskanzler, nein! —, für dieses Budget übernimmt die Regierungspartei zur Gänze die Verantwortung. Wie könnte es anders sein?

Das Budget 1968 war der sicherlich sehr schwierige, aber gerade deshalb, glaube ich, auch erfolgversprechende Versuch der Regierungspartei, den seit langem notwendigen Prozeß eines allgemeinen Umdenkens einzuleiten. So vor allem sehen wir das Budget 1968. Damit ist dieses Budget nicht die Sanierung eines Zustandes, der der Sanierung dringend bedarf, sondern nur der erste, allerdings bedeutungsvolle und entscheidende Schritt zur Einleitung einer dringend notwendigen Sanierung. Ich bin überzeugt, daß das österreichische Volk vor diesen Notwendigkeiten trotz mancher demagogischer Störfeuer die Augen nicht verschließt, sondern im Gegenteil letzten Endes zur aktiven Mitarbeit bereit sein wird, sofern es die Überzeugung gewinnt, daß der nun beschrittene Weg in eine vielleicht nüchternere, aber auch bessere Zukunft zielbewußt und konsequent weitergegangen wird. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind trotz der Schwierigkeiten, die vorübergehend unpopuläre Maßnahmen für eine Regierungspartei mit sich bringen, und trotz der bitteren Erfahrungen, die wir gerade in den letzten Wochen machen mußten, mit aller Kraft ent-

Dr. Withalm

schlossen, diesen als richtig erkannten Weg im Interesse der Zukunft unseres Landes zielbewußt und konsequent weiterzugehen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Dazu bleiben uns in dieser Legislaturperiode noch über zwei Jahre Zeit. Meine Damen und Herren! Wir werden diese Zeit zu nützen wissen. (*Lebhafter langanhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach einer ein- und einhalbjährigen Tätigkeit der Einparteienregierung der Österreichischen Volkspartei wäre es naheliegend, den „Leistungsbericht“ dieses Kabinetts jenen Versprechungen gegenüberzustellen, die die ÖVP in ihrem Wahlprogramm 1967 gemacht hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie sind nachtragend, Herr Kollege!*) Sicher nicht, Herr Dr. Pittermann. Man würde es sich zu leicht machen, wollte man die Wahlversprechen der Österreichischen Volkspartei zur Richtschnur für die Beurteilung des Haushaltsplanes 1968 machen. Ich folge daher der Einladung des Klubobmannes der ÖVP Dr. Withalm und gehe auf jenen ernsten und sachlichen Ton ein, den er in seiner Stellungnahme zum Haushaltsplan 1968 angeschlagen hat.

Ich habe kaum jemals zuvor eine so harte Selbsterkenntnis aus dem Munde eines Sprechers der Regierungspartei zur Kenntnis erhalten, wie sie heute der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei Dr. Withalm mit den Worten: „In der Zeit der Konjunktur hätte man mehr Mut zur Nüchternheit aufbringen müssen“, zum Ausdruck gebracht hat. Aus diesen Worten klingt Selbsterkenntnis.

Nun ergibt sich für dieses Hohe Haus die Frage, ob die Bundesregierung entschlossen ist, aus dieser Selbsterkenntnis des ÖVP-Klubobmannes die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Ich pflichte dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm bei, wenn er heute eine sehr nüchterne Tatbestandsaufnahme vorgenommen hat. Aber Selbstanklagen, wie die eben von der Österreichischen Volkspartei vorgenommene, reichen nicht aus, um den Weg Österreichs in jene Richtung zu bringen, die notwendig ist, um die derzeit vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Ich will auch nicht in den Fehler verfallen, diesen Haushaltsplan 1968 losgelöst von den wirtschaftlichen Zusammenhängen zu beurteilen. Ich folge auch hier der Einladung des ÖVP-Klubobmannes und versuche, die Budgetkritik in die größeren staatlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge einzuordnen. Ich pflichte Dr. Withalm auch darin bei, wenn er

feststellte, daß weniger Parteipolitik und mehr wirtschafts- und sozialpolitisches Denken die Entscheidungen in Zukunft bestimmen sollten.

Herr Dr. Withalm! Weniger Parteipolitik heißt doch unter anderem auch: weniger Parteiegoismus und weniger Machtpolitik der derzeitigen Mehrheitspartei. Ihren Worten müssen die Taten der Regierungspartei folgen, dann schaffen Sie die in diesem Hohen Hause noch fehlende Gesprächsgrundlage für alle Fraktionen. Das Vaterland befindet sich in einer Situation, die uns alle verpflichtet, mit größtem Ernst und Verantwortungsbeußtsein zur derzeitigen Lage des Staates Stellung zu nehmen. Es wäre zu einfach, wollte man sich — so wie es Dr. Pittermann tat — auf die Polemik beschränken und alles in die Kategorien Arm und Reich einteilen. So leicht macht sich die freiheitliche Fraktion die Stellungnahme zu jenen unerfreulichen Dingen nicht, die im Zusammenhang mit dem Bundeshaushaltsplan 1968 festgehalten werden müssen.

Finanzminister Dr. Schmitz erklärte in seiner Budgetrede, daß der Haushaltsplan 1968 der unerfreulichste mit Ausnahme der Alternativen ist, die man hätte finden können. Glauben Sie nicht, Herr Dr. Schmitz, daß es mit zu den Pflichten der Regierung und im besonderen des Finanzministers gehört, nicht Unerfreuliches, sondern Erfreuliches dem Hohen Haus vorzulegen? Wenn Sie aber der Meinung sind, daß Sie heuer nur unerfreuliche Dinge dem Haus zu heuer breiten haben, dann wäre Ihnen als dem Verantwortlichen für die Finanzpolitik ein gerüttelt Maß an Selbsterkenntnis mindestens so gut angestanden wie dem Klubobmann der Österreichischen Volkspartei. Sie sind bei Ihrer Budgetrede, Herr Minister, zu leicht, zu rasch und meines Erachtens auch etwas zu leichtfertig über jene Stellungnahme hinweggegangen, die Sie am 17. Oktober 1966 zur Leitschnur und zur Grundlage Ihres finanzpolitischen Handelns gemacht haben; die aber leider durch Ihre Budgetrede 1968 in ihrem wesentlichen Inhalt überholt ist, weil sie sich als nicht richtig erwiesen hat.

Sie erklärten am 17. Oktober 1966 unter anderem: „Das Wachstumsbudget 1967 wird die Verwirklichung eines längerfristigen Budgetkonzepts erleichtern. Mit den neuen Einnahmen, die im Zusammenhang mit den Budgets 1966 und 1967 geschaffen wurden, ... wurde auch die Grundlage für eine erfolgreiche Budgetpolitik der kommenden Jahre gelegt.“ Ich wage die Behauptung, daß sich diese Prophezeiung, Herr Minister, nicht erfüllt hat und daß Sie 1968 mit Ihrer Budgetpolitik wesentlich tiefer stehen werden, als Sie 1967 stehen.

Peter

Umsomehr bedauern wir, daß Sie jenen Bedenken und Argumenten, die die Freiheitlichen vor einem Jahr dargelegt haben, so wenig Bedeutung beigemessen haben. Sie haben diese Zweifel und Bedenken der freiheitlichen Fraktion seinerzeit mit einer Handbewegung abgetan. Diese ernsthaften Zweifel wurden von der ÖVP-Regierung ignoriert und in den Wind geschlagen. Die Folgen hat nunmehr nicht die ÖVP-Regierung, sondern die gesamte Bevölkerung unseres Landes zu tragen.

Sie erklärten auch, Herr Minister, daß das Budget 1967 geldwertneutral sein wird und die österreichische Volkswirtschaft daraus starke Wachstumsimpulse erhalten wird. Sie erklärten weiter, daß der Haushaltsplan 1967 das Wirtschaftswachstum kräftig fördern werde. Nun müssen aber selbst Sie zugeben, daß das Wachstum des heurigen Jahres die 2-Prozent-Grenze kaum überschreiten wird.

Herr Minister! Haben Sie das vor einem Jahr wirklich nicht gewußt? Haben Sie das vor einem Jahr wirklich nicht vorausgesehen? — Dann waren Sie ein schlechter Finanzminister. Oder Sie wußten es, Herr Minister, dann waren Sie dem Parlament und dem gesamten Volk gegenüber ein unaufrichtiger Finanzminister. Es würde uns Freiheitliche überaus interessieren, zu welcher der beiden Beurteilungen Sie sich letzten Endes bekennen. Nicht nur der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei muß in dieser Stunde Farbe bekennen. Ihnen als dem Hauptverantwortlichen für die Finanzen des Staates steht diese Pflicht in gleicher Weise zu.

Sie erklärten vor einem Jahr weiter, Herr Finanzminister, daß der Bundesvoranschlag für 1967 kapitalmarktschonend erstellt wurde. Wir Freiheitlichen warfen Ihnen damals vor, daß es ein den Kapitalmarkt und die Wirtschaft belastender Haushaltsvoranschlag ist, den Sie seinerzeit dem Nationalrat unterbreitet haben. Ja, Herr Minister, Sie gehen sogar noch einen Schritt weiter und erklären, daß auch Ihr Haushaltsplan 1968 kapitalmarktschonend sein wird. Ich stelle heute neuerdings die Behauptung auf und bin neugierig, ob sie durch die Entwicklung widerlegt werden wird, daß der Bund den Kapitalmarkt 1968 noch mehr belasten wird, als er das 1967 bereits getan hat. Je mehr der Staat den Kapitalmarkt belastet, umsomehr verdrängt er die Wirtschaft. So erschwert es der Staat der Wirtschaft, ihre Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Ich gehe nicht so weit wie der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Dr. Kreisky und unterstelle Ihnen nicht, daß der Haushaltsplan 1968 ein Schwindelbudget darstellen

würde. Ich muß aber doch bei Wahrnehmung der gebotenen Verantwortung Ihnen heute neuerlich unterstellen, daß Sie nach meiner Überzeugung auf dem besten Wege sind, sich über die Entwicklung des Jahres 1968 so zu irren, wie das 1967 der Fall gewesen ist.

Seien Sie bitte nicht ungehalten, wenn ich Ihrer Finanzpolitik den Vorwurf mache, daß sie sich von der sachlich nicht fundierten Improvisation zum unübersichtlichen Zufallsprodukt bewegt, das Wirtschaft und Konsumenten ob seiner Konzeptlosigkeit immer neue Lasten auferlegt.

Die Lage aus der Sicht der Bundesregierung, dargestellt durch den Herrn Staatssekretär Professor Dr. Koren, scheint eine ganz andere zu sein als jene, die uns der Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei heute dargelegt hat. Herr Professor Dr. Koren sprach jüngst von einer „konjunkturellen Dämpfungsphase“ als der Pendelbewegung des stürmischen Wirtschaftsanstieges der Nachkriegszeit. Staatssekretär Dr. Koren vertrat die Meinung, daß solche Pendelbewegungen im Spielraum wirtschaftlicher Anpassungsvorgänge im marktwirtschaftlichen System notwendig und nicht vermeidbar wären. Die derzeitige Schwäche unserer Wirtschaft unterscheidet sich nach Auffassung des Herrn Staatssekretärs Dr. Koren in ihren wirtschaftlichen Daten kaum von früheren Schwächeperioden.

Wenn die Bundesregierung darstellt, wir befänden uns nur in einer „Dämpfungsphase“, in einer augenblicklichen, nicht allzu ernst zu nehmenden Schwäche, dann bitte ich Sie, meine Herren Bundesminister, mir zu begründen und zu erläutern, warum Sie angesichts dieser bescheidenen Schwächephase unserer Wirtschaft so weit gehen und Opfer vom gesamten Volk verlangen. Ich vertrete die Auffassung, daß die von der Bundesregierung vertretene „Opfertheorie“ im Gegensatz zu jener Beurteilung der wirtschaftlichen Situation steht, wie sie Herr Professor Dr. Koren dargestellt hat.

Nun entschließt sich die ÖVP-Regierung, mit dem Bundeshaushaltsplan 1968 dem gesamten Volke, allen Staatsbürgern neue Lasten aufzuerlegen. Die Wettbewerbsbedingungen der Wirtschaft werden in Frage gestellt, nicht verbessert, sondern womöglich noch verschlechtert. Wir Freiheitlichen vermissen ebenso ein konjunkturgerechtes Verhalten der Finanz- und Budgetpolitik. Wir bedauern, daß sich die Bundesregierung nach wie vor zu keiner antizyklischen Budgetpolitik entschließen kann und daß sie sich weiterhin in der Einbahnstraße der Ausgabenvergrößerungen bewegt.

Peter

Dieses Debakel hat die freiheitliche Fraktion bei den Budgetvorberatungen für 1967 vorausgesagt. Die Bundesregierung wollte diese Voraussetzungen nicht wahrhaben. Sie hat kraft ihrer Stärke alle Bedenken, alle Mahnungen und alle Appelle in den Wind geschlagen. Nun steht sie vor der Situation, daß der Bundeshaushaltsplan 1968 mit seinen Konsequenzen das Ende des Kabinetts Klaus II einleitet. Österreich steht vor einer dringend notwendigen Regierungsumbildung, die die Republik genauso notwendig braucht wie die Österreichische Volkspartei. *(Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)*

Ich bedaure namens der freiheitlichen Fraktion, daß die in den letzten Wochen erschienenen Stellungnahmen des Staatssekretärs Dr. Koren die überaus ernsten Strukturprobleme unserer Wirtschaft in einem eigenartigen Licht erscheinen lassen. Er setzt die Strukturprobleme in Zeitungsartikeln unter Anführungszeichen und erweckt den Eindruck, daß die Strukturproblematik mehr und mehr zu einem Modewort unserer Zeit würde, ohne letzten Endes eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Bewältigung der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten darzustellen.

Verfolgen wir jenes Konzept, das den Namen „Koren-Plan“ trägt, in seiner Entwicklung und beurteilen wir, zu welchen Konsequenzen der Herr Staatssekretär bisher gelangt ist, so zeigt sich folgende Entwicklung:

Im August 1967 wurde dieses „Konzept“ groß angekündigt. Am 12. September dieses Jahres hat das wirtschaftliche Ministerkomitee das „Koren-Konzept“ in die sogenannte „erste Lesung“ genommen, wie wir Presseaussendungen entnehmen konnten. Diese „erste Lesung“ des „Koren-Konzeptes“ war nicht einmal dem Ministerrat, sondern einem Ministerkomitee vorbehalten. Von einer Beurteilung und Behandlung dieses „Koren-Konzeptes“ im Nationalrat ist nach wie vor nicht die Rede.

Dann ging dieser Plan noch unter der Bezeichnung „Koren-Studie“ an den wirtschaftspolitischen Koordinationsausschuß der Österreichischen Volkspartei. Dort wurden Ergänzungswünsche zum Ausdruck gebracht. Problemkreise wie Kapitalmarkt, Arbeitsmarkt, Raumordnung und Agrarpolitik sollten zusätzlich behandelt werden. In der weiteren Folge erfolgte eine „Koordinierung“ der Auffassungen zwischen dem Staatssekretär Dr. Koren und dem früheren Staatssekretär Dr. Taus.

Am 22. September dieses Jahres trat jener Augenblick ein, seit dem man im „Koordinationskomitee“ der Österreichischen

Volkspartei nicht mehr weitergekommen ist. Damals wurde an den Regierungschef und an den Klubobmann der Österreichischen Volkspartei die Bitte gerichtet, bei der „Koordination“ des „Koren-Konzeptes“ behilflich zu sein. Dieses „Koren-Konzept“ ist nunmehr über die „Koren-Studie“ zum „Koren-Arbeitspapier“ durch alle Instanzen der Österreichischen Volkspartei gegangen, ohne daß wir am heutigen Tage bei der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1968 im Nationalrat in der Lage wären, Ihre Vorschläge, Herr Staatssekretär, zu kennen und Withalm zu folgen, um sie auch in die Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage mit einzubeziehen.

Folgenden Vorwurf muß ich gegenüber der Österreichischen Volkspartei aufrechterhalten: daß sie sich immer auf Detailkonzepte beschränkt, ohne jemals den Willen zu haben, dem Nationalrat ihr Gesamtkonzept vorzulegen. Nun soll das „Koren-Kind“ nach der gescheiterten Koordination „synchronisiert“ werden. Wie lang das wieder dauern wird, vermag niemand zu sagen. Wir Freiheitlichen sehen uns genötigt, den Vorwurf zu erheben, daß es sich bis zur Stunde um eine wirtschaftspolitische Fehlgeburt der ÖVP handelt, über die man kein Urteil abgeben kann.

Wie lange, Herr Staatssekretär, muß das Parlament auf Ihre Studie, Ihren Plan, Ihr Konzept, oder wie sie das Kind nennen, noch warten, um beurteilen zu können, wie die ÖVP-Regierung die Strukturschwächen Österreichs bewältigen zu können glaubt?

Ich bitte die Herren der Bundesregierung, auch zu berücksichtigen, daß diese „Koren-Studie“ keine Angelegenheit der Österreichischen Volkspartei ist, sondern als eine Sache der österreichischen Bundesregierung erklärt worden ist. Als solche hat sie Anspruch, vom Parlament zur Kenntnis genommen zu werden. Wir Freiheitlichen sind entschlossen, uns sehr eingehend mit diesem Arbeitspapier auseinanderzusetzen. Wir fordern die Regierung auf, die „Koren-Studie“ noch während der Budgetdebatte dem Nationalrat zur Verfügung zu stellen.

Das Finanzkonzept des Bundesministers Schmitz stützt sich darauf, daß das 2prozentige Wirtschaftswachstum des Jahres 1967 im Jahre 1968 durch ein 3prozentiges, im Jahre 1969 durch ein 5,5prozentiges und im Jahre 1970 durch ein 4prozentiges Wirtschaftswachstum ersetzt werden soll.

Gestatten Sie mir, Herr Bundesminister, daß ich einige jener Voraussetzungen aufzeige, die für die Erreichung dieser Wachstumsziffern nach den Angaben des Wirtschaftsforschungsinstitutes verwirklicht werden müssen. Als eine der ersten Voraussetzungen für

Peter

die Verwirklichung dieses Wachstumsprogramms ist die Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebes notwendig. Sind Sie nun bereit, zu erklären, daß mit der Erhöhung der Umsatzsteuer und der Ausgleichsteuer im Jahre 1968 tatsächlich eine Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebes erreicht wird, oder bekennen Sie sich zu dem, was Sie vor einigen Tagen in Ihrer Budgetrede erklärten, daß Preiserhöhungen und damit auch Lohnforderungen im Gefolge der Umsatzsteuererhöhung auftreten werden? Um diese Wachstumsziffern zu gewährleisten, ist es auch notwendig, die Investitionsrate anzuheben. Wodurch, Herr Bundesminister, soll sie angehoben werden, wenn Sie durch Ihre Finanzpolitik den Kapitalmarkt durch die öffentliche Hand wieder weitgehend belasten und die Wirtschaft vom Kapitalmarkt verdrängen?

Sie vertreten die Auffassung, in dieser Situation sei es die Pflicht des Staates, Schulden zu machen, um dadurch die Wirtschaft anzukurbeln. Herr Bundesminister! Wem fällt denn die Funktion des „Schuldenmachens“ — unter Anführungszeichen — wirklich zu? Dem Staat? Nein! Der Wirtschaft! Sie muß Kapital in ihre Betriebsstätten investieren, um durch Rationalisierung beziehungsweise Modernisierung konkurrenz- und leistungsfähig zu bleiben. Der Staat vernachlässigt seit Jahren eine Pflicht. Ihm obliegt die Pflicht, eine risikofreudige und verantwortungsbewußte Wirtschaft zu unterstützen und ihr Beginnen nicht durch eine gefährliche Finanzpolitik in Frage zu stellen. Wodurch zu unterstützen? Dadurch, daß eben der Staat in Zeiten der Konjunktur jene Rücklagen schafft, die die Wirtschaft in die Lage versetzen, das Risiko der Investitionen auf sich zu nehmen.

Nun steht die Wirtschaft vor einer ungeheuer schwierigen Situation. Ihre Steuergesetzgebung, Herr Dr. Schmitz, und die vorangegangener Regierungen verhindern und beeinträchtigen die Eigenkapitalbildung. Daher ist die Wirtschaft auf einen überaus teuren Kapitalmarkt angewiesen. Sie muß ein ungeheuer großes Risiko eingehen und weiß nicht, ob die Tilgung des Kapitals in der Form möglich ist, wie sie es sich vorstellt. Einer stark verschuldeten Wirtschaft steht ein noch mehr verschuldeter Staat gegenüber, der jetzt über keine Rücklagen verfügt, um die Konjunkturerholung zu beleben. Und das ist eines jener Versäumnisse, das Generalsekretär Withalm heute so eindringlich dargestellt hat und für das wir Freiheitlichen sehr wohl die Österreichische Volkspartei wegen ihres Verhaltens in der Vergangenheit verantwortlich machen.

Aber wir Freiheitlichen denken nicht daran, es dem Abgeordneten Dr. Pittermann so

leicht zu machen, wie er es heute versuchte. Daß derzeit in Österreich keine finanziellen Rücklagen des Staates vorhanden sind, um in der derzeitigen Konjunkturerholung eingesetzt zu werden, das ist die Schuld vorangegangener Koalitionsregierungen in den abgelaufenen 22 Jahren! (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Kern, zur SPÖ: Das ist noch deutlicher als Withalm! — Abg. Weikhart: Die Schützenhilfe ist klar und deutlich!*)

In diesem Zusammenhang trägt für die Versäumnisse der Vergangenheit die sozialistische Fraktion dieses Hauses die gleiche Schuld und Verantwortung wie die Österreichische Volkspartei. So billig kann man es sich als einstmaliger Vizekanzler dieser Republik nicht machen, wie es heute Dr. Pittermann getan hat, will er noch ernst genommen werden.

Um das vorhin skizzierte Wirtschaftswachstum von 1968 bis 1970 zu erreichen, ist es auch notwendig, eine verstärkte Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die geänderten Marktbedingungen vorzunehmen. Die Verstärkung der industriellen Dynamik ist im Budget 1968 ebenfalls nicht berücksichtigt. Herr Staatssekretär Dr. Koren verweist ebenfalls auf diese Notwendigkeit, vermag aber die Antwort auf die Frage des Wie nicht zu geben.

Wann und wie gedenkt die Österreichische Volkspartei die Exportdiskriminierung zu beseitigen? Wann wird endlich von der Regierung jene einheitliche EWG-Politik betrieben, die Österreich so dringend notwendig hat? Es wird von der Regierung immer betont, daß das Wirtschaftswachstum in anderen europäischen Ländern noch niedriger ist als in Österreich. Ich habe aber von keiner Seite der Bundesregierung gehört, daß das Wachstum in Italien heuer eine Rate von 7 Prozent erreichen wird, weil sich dieses Land als einer der größten Nutznießer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erwiesen hat.

Die Qualität dieses Haushaltsplanes wird durch eine Reihe anderer Mißstände gekennzeichnet. Der Konjunkturrückschlag hat die Strukturschwächen unserer Wirtschaft bloßgelegt. Das Fehlen echter Fortschritte in den EWG-Verhandlungen ist ein weiterer Grund für unseren wirtschaftlichen Rückschlag.

Die ungemein prekäre Lage der Staatsfinanzen wird nicht dadurch bewältigt, daß wir mehr und mehr jene EWG-Exportmärkte einbüßen, die bisher die größten Gewinne eingebracht haben.

Österreich ist einer der wenigen Binnenstaaten dieser Erde mit großen Transportnachteilen. Diese Nachteile müssen bei der Bewältigung wirtschaftlicher Fragen berücksichtigt werden.

Peter

Verschiedene Strukturschwächen unserer Wirtschaft sind auch in Standortfragen begründet. Viele periphere Teile unserer Republik wurden in den letzten 20 Jahren wegen fehlender Arbeitsplätze entvölkert, anstatt daß in die Grenzbereiche zeitgerecht Industrien verlagert oder dort errichtet worden wären, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auf all diese Fragen erwarten wir Freiheitlichen von dieser Bundesregierung endlich eine Antwort, ehe wir zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen können.

Bis jetzt hat sich die Regierung Klaus II als ein „Kabinett der Konzeptlosigkeit“ erwiesen: kein Strukturkonzept, kein Finanzkonzept, kein Energiekonzept, keine Verwaltungsreform, keine Reform der verstaatlichten Industrie, dafür aber eine kopflose Steuerpolitik! Der Herr Finanzminister hätte wissen müssen, daß er, wenn er im Juni dieses Jahres eine Lohn- und Einkommensteuersenkung beantragt, die einen Einnahmefall von 3 Milliarden Schilling nach sich zieht, dann wenige Monate später genötigt sein wird, indirekte Steuern in einem empfindlichen Ausmaß zu erhöhen.

Herr Minister! Welche Steuererhöhungen nehmen Sie vor? Solche, die alle Österreicher, ob gut oder weniger gut situiert, nicht einmal, sondern mehrmals treffen! Sie wissen sehr gut, daß die österreichische Umsatzsteuer eine Mehrphasensteuer und daher in ihrem Grundgehalt unmoralisch ist. Diese Umsatzsteuer, die in Österreich auf ein und denselben Kopf bei jedem Erzeugnis mehrmals umgelegt wird, wird in der Schweiz als Einphasenumsatzsteuer eingehoben. Die ÖVP verstand es nicht, in Zeiten der Konjunktur und der wirtschaftlichen Blüte sich rechtzeitig auf eine erträgliche Umsatzsteuerform einzustellen. Jetzt entschließt sich die ÖVP-Regierung dazu, den Griff in die Tasche der Familie Österreicher zu machen. Mit der viertelprozentigen Umsatzsteuererhöhung erwarten Sie für das nächste Jahr einen Steuermehreingang von 900 Millionen Schilling. Ich konnte dem Herrn Bundeskanzler in seiner Fernsehdarstellung nicht folgen, als er erklärte, bei 100 S mache diese viertelprozentige Umsatzsteuererhöhung ja nur 25 Groschen aus. Der Herr Bundeskanzler weiß sehr genau, daß auf ein und denselben Ware, auf ein und demselben Produkt und auf ein und demselben Erzeugnis in Österreich die Umsatzsteuer nicht einmal, sondern mehrmals liegt. Es sind für den sozial Schwachen jeweils mehrere Male 25 Groschen bei 100 S. Das, Herr Bundeskanzler, tut den weniger gut situierten Kreisen unseres Volkes überaus weh.

Wir stehen einige Wochen nach dem Schul-

anfang. Prüfen wir die Umsatzsteuer nur am Schulbuch, am Lesebuch, am Rechenbuch. Sehen wir vorerst davon ab, daß die Unterrichtsverwaltung nicht in der Lage ist, die Schulbuchfrage befriedigend zu regeln. Das Kind, das vor zwei Jahren eingetreten ist, kann die Schulbücher nicht mehr an die nachfolgenden Geschwister weitergeben, weil inzwischen neue herausgekommen sind. Wie oft liegt auf einem Schulbuch die Umsatzsteuer? Mehrere Male! Beim Schlägern des Holzes beginnt es, bei der Papiererzeugung haben wir sie wieder. Beim Druck des Buches ist die Belastung neuerdings da, und beim Verkauf des Buches durch den Buchhandel trifft diese Steuer dann die Familie Österreicher noch einmal.

In der Schweiz, Herr Bundesminister, ist das Buch von jeder Umsatzbesteuerung ausgenommen! Der Buchhandel rennt Ihnen seit geraumer Zeit die Türen ein und bittet Sie, das Buch von dieser unmoralischen Besteuerung auszunehmen. Aber Sie, Herr Doktor Schmitz, erklären, das Buch sei eine Ware wie jede andere.

Herr Minister! Orientieren Sie sich in der Schweiz über den Wert des Buches! Dort ist jedes Buch umsatzsteuerfrei, weil der Staat sagt: Auf der einen Seite ist das Buch ein Bildungsbehelf, auf der anderen Seite ist das Buch ein Unterhaltungsmittel für das ganze Volk, und darum ist das Buch umsatzsteuerfrei!

Herr Minister! Sie haben nicht das Recht, zu erklären: Das Buch ist eine Ware wie jede andere. Sie haben die Pflicht, diese Argumente nachhaltiger, sachlicher und aufgeschlossener zu prüfen, als Sie das in der Vergangenheit getan haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Regierung verlangt von der Opposition immer wieder die Alternative zum Budget. Es gibt in klassischen Demokratien wohl ein Schattenkabinett. Es gibt aber in keiner klassischen Demokratie ein „Schattenbudget“, weil nicht einmal die Opposition in England in der Lage ist, über die Unterlagen, die Einzelheiten und den Beamtenapparat zu verfügen, um ein „Schattenbudget“ zu erstellen.

Herr Minister! Machen Sie sich doch die Aufgabe nicht so leicht, wie Sie es diesmal wieder versucht haben! Die Abwandlung des Churchill-Wortes: „Das Budget 1968 ist das unerfreulichste — mit Ausnahme aller Alternativen, die man hätte finden können“, ist die Bankrotterklärung des Finanzministers Dr. Schmitz. *(Abg. Robak: Und der ÖVP mit!)* Natürlich, auch einer Einparteienregierung, die zu überlegen haben wird, wie sie ihrer eigenen Krise steuert, um aus ihr herauszukommen.

Peter

Herr Minister! Ich empfehle Ihnen, ein weiteres Churchill-Wort zu überdenken. Der englische Premierminister sagte einmal: „Ein Politiker kann alle drei Jahre seine Grundsätze ändern.“ Bei Ihnen heißt dieses Wort abgewandelt: „Ein Finanzminister Schmitz kann alle drei Monate seine Grundsätze ändern.“

Mit einer derartigen Finanzpolitik ist unserem Staate und seiner Wirtschaft nicht gedient. Minister Dr. Schmitz neigt zu einer unübersichtlichen Zahlenjongliererei und entartet mehr und mehr in ein professorales „Lehrgerede“, das auf einem fragwürdigen finanzpolitischen Grund steht.

Sie, Herr Minister, haben es weiterhin für notwendig befunden, zu erklären, die Umsatzsteuer nehme auf soziale Belange dadurch Rücksicht, daß Grundnahrungsmittel nur mit rund einem Drittel der Umsatzsteuer belastet sind. Aber unweigerlich wird darüber hinaus die Umsatzsteuerverhöhung nach Ihrer eigenen Auffassung zu Preissteigerungen führen. Diese Preissteigerungen wieder werden Lohnforderungen zur Folge haben, von denen die Wirtschaft nicht weiß, wie sie sie in dieser Situation erfüllen soll.

Wo, Herr Minister, bleibt Ihre Einsparungsalternative? Sie verlangen von den Oppositionsfractionen diese Einsparungsalternative, ohne sie selbst in gebührender Form dem Nationalrat vorlegen und zur Kenntnis bringen zu können. Wir pflichten Ihnen bei, daß nur das gemeinsam und gerecht auf alle Staatsbürger verteilt werden kann, was im Rahmen des gesamten Wirtschaftsprozesses auch gemeinsam erarbeitet wird.

Wir lehnen als freiheitliche Fraktion eine Lizitationspolitik ab, weil sie nur ins Verderben führen und die Arbeitsplätze gefährden würde. Aber Sie, Herr Minister, müssen wissen, daß die Preissteigerungen, die Ihr Budget 1968 vom Zaune bricht, auch eine Verminderung der Konsumkraft zur Folge haben werden. Die Verminderung der Konsumkraft aber bedeutet in der weiteren Folge auch die Verminderung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Die Wirtschaft muß jedoch in Ordnung sein, sollen auch die Löhne und die Gehälter gesichert sein. Daher besteht unser aller Pflicht auch darin, den Grundsatz anzuerkennen, daß es für die Wirtschaft kein Verbrechen, sondern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, gewinnbringend zu arbeiten.

Wir Freiheitlichen sind daher der Meinung, daß wir alle, ob Opposition oder Regierung, die Verpflichtung haben, alles in unserer Kraft Stehende zu unternehmen,

um die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs zu steuern. Aber, Herr Bundesminister, hören Sie endlich mit Ihren Legenden auf, wie Sie sie am 19. Juli 1967 durch den Pressedienst der Österreichischen Volkspartei haben absetzen lassen. „Das Defizit 1968 kann 6 Milliarden nicht überschreiten“, haben Sie apodiktisch erklärt. Warten wir ab, wie hoch die Milliarden-summe sein wird, die der Haushaltsplan 1968 letzten Endes als Defizit ausweisen wird. Mehr Vorsicht, Herr Minister! Mit der „grünen Wimpel-Aktion“ haben Sie ohnehin schon aufgehört. Das letzte Mal haben Sie sie beim Rieder Volksfest angewandt. Seit dieser Zeit ist Funkstille mit dem „grünen Wimpel“. Sie gehören ins Parlament und nicht auf Volksfeste. Stellen Sie sich der Auseinandersetzung mit den Oppositionsfractionen, dann werden wir uns wesentlich leichter tun und eher eine gemeinsame Gesprächsgrundlage finden können.

Ich möchte Sie aber auch bitten, Herr Minister, den Finanzfachleuten unseres Landes in der Einschätzung und Beurteilung der Dinge mehr Glauben zu schenken, als Sie es bisher getan haben. Fachleute haben Ihnen eindringlich vor Augen geführt, daß der inländische Kapitalmarkt auf dem Anleiheweg im nächsten Jahr nicht in dem Ausmaß belastbar ist, wie Sie es annehmen. Sie gehen trotzdem weiter, als die Finanzfachleute es Ihnen geraten haben. Sie laufen daher Gefahr, daß Sie 1968 zu einem noch größeren Defizit gelangen, als Sie bisher angegeben haben.

Ich vermisse in Ihrem Haushaltsplan 1968 die dringend gebotenen mittelfristigen Entwicklungsgrundsätze. Sie legen die Einsparungsalternativen nicht vor. Wir Freiheitlichen vermissen das Konzept für die Verwaltungsreform. Ebenso enthält der Haushaltsplan 1968 keine Maßnahme zur Erlangung der Europareife der österreichischen Wirtschaft und keine Maßnahmen zur Lösung des Integrationsproblems. Die Budgetrede gibt keine Antwort auf die Frage, ob die Bundesregierung am bisherigen Integrationsziel festhält oder es zu ändern beabsichtigt. Herr Minister, denken Sie endlich daran: Sie blockieren den Kapitalmarkt für die Wirtschaft auch im Jahre 1968 in einem Ausmaß, das nicht mehr vertretbar ist. Sie erschweren mit der Blockierung des Kapitalmarktes der Wirtschaft Investitionen. Solange die Bundesregierung an dem Begriff einer derzeitigen wirtschaftlichen Schwäche Österreichs festhält, hat sie kein Recht, von allen Schichten des Volkes Opfer zu verlangen. Opfer können in Zeiten der Ausnahme, in Zeiten des Notstandes, aber unter gar keinen Umständen

Peter

in Zeiten einer „Dämpfungs- und Schwächungsphase“ der Wirtschaft — wie Staatssekretär Dr. Koren es ausdrückte — verlangt werden.

Da all diese Einwände und Bedenken gegen den Haushaltsplan von der österreichischen Bundesregierung nicht berücksichtigt worden sind, sind wir Freiheitlichen nicht in der Lage, dem Bundesfinanzgesetz 1968 die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kreisky** (SPÖ): Hohes Haus! Es wäre wahrlich nicht schwer, heute hier eine Rede, getränkt von Ironie und Schadenfreude, zu halten, und man könnte auch — die Versuchung ist groß — die Budgetrede des gegenwärtigen Finanzministers mit den Budgetreden seiner Vorgänger, die ja der gleichen Partei angehört haben, auf ihren Gehalt prüfen, auf das prüfen, was in diesen Reden an profunden wirtschaftlichen Überlegungen enthalten ist. Ich glaube, daß ein solcher Vergleich für den gegenwärtigen Finanzminister nicht sehr gut ausfallen würde. Ich möchte mich aber nur auf die Feststellung beschränken, daß sehr viele in diesem Hohen Haus den Eindruck hatten, daß wir unlängst die schwächste Budgetrede gehört haben, die überhaupt in der Zweiten Republik gehalten wurde. Aber als solche war sie durchaus adäquat dem Budget, das uns vorliegt.

Übrigens hat der Herr Finanzminister mit seinem etwas apokryphen Churchill-Zitat wahrscheinlich im Drang der Geschäfte vergessen, daß Churchill auch eine Zeitlang Finanzminister gewesen ist. Wir bemühen ja heute den ehemaligen britischen Premierminister ziemlich viel, aber der Herr Finanzminister hat damit begonnen und damit geendet.

Churchill hat am 11. April 1927 eine Rede gehalten, und sofern der Herr Finanzminister ein Stammbuch hat oder vielleicht die gnädige Frau, bin ich gern bereit, folgende Sätze Churchills hineinzuschreiben: „Es gibt zwei Möglichkeiten, eine gigantische Schuldenlast über kommende Jahrzehnte und künftige Generationen zu verteilen. Es gibt die eine Art, die gesund und richtig ist, und die andere Art, die falsch und unheilbringend ist: die falsche Art besteht darin, es zu unterlassen, in jeder Weise für die Amortisierung dieser Schuld vorzugehen, die Schuldenlast durch weitere Anleihen zu erschweren, von der Hand in den Mund von Jahr zu Jahr dahinzuleben und mit Ludwig XVI. auszurufen: „Hinter mir die Sintflut!“ *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Die Situation ist sehr ernst, und eine große Partei wie die Sozialistische darf es sich in dieser Situation bei allem Recht zu scharfer Kritik nicht leicht machen. Damit komme ich zu der Frage der Alternative, die der Finanzminister, aber auch der Herr Abgeordnete Dr. Withalm bei jeder Gelegenheit verlangt.

In einem der grundlegendsten Werke über das Budget, das auch diesen Titel trägt, das bei Mohr in Tübingen im Jahre 1949 herausgekommen ist und von Kurt Heinig stammt, heißt es:

„A. Budgetaufstellung; legislativ oder exekutiv?“

Die Budgetaufstellung, richtiger die Herstellung des Voranschlages ..., gilt in der Finanzwissenschaft seit Jahrzehnten als eine Angelegenheit der Exekutive, also der Regierung im engeren und der Verwaltung im weiteren Sinne. Man sagte schon um die Jahrhundertwende, sie sei materiell unbestritten „ein Akt der Verwaltung“.

Sie werden also, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, nicht darüber hinwegkommen, daß Ihre Regierung das Budget zu machen und auch zu verantworten hat und daß es das unveräußerliche Recht der Opposition ist, dieses Budget zu kritisieren.

Jetzt noch etwas. Ich selber habe 13 Jahre der Bundesregierung angehört und weiß aus eigener Erfahrung, daß sich Hunderte unserer bestqualifizierten Beamten jedes Jahr monatelang mit der Ausarbeitung des Budgets beschäftigen. Innerhalb jedes Ressorts und zwischen den Ressorts werden die kompliziertesten Vorbereitungsarbeiten getroffen, bis endlich die Minister mit diesen Fragen befaßt werden, dann die Minister untereinander, bis schließlich das Budget dem Haus vorgelegt wird. Es setzt sich aus tausenden Posten zusammen; ich glaube, unser Budget aus nahezu 10.000 Posten. Es gibt bei jedem dieser Posten Abwägungsfragen, die bis ins Detail gehen.

Jetzt frage ich Sie: Wie sollte denn die Opposition überhaupt in der Lage sein, ein Alternativbudget mit Einzelheiten oder unter Bedachtnahme auf die Einzelheiten aufzustellen? Es ist eine Illusion, zu glauben, daß man in der Ausgabenpolitik nur bei den Milliardenbeträgen sparen kann; man muß eben bei den 100.000 S beginnen. Wenn die Opposition ein Alternativbudget erstellen sollte, dann müßten wir zu einer ganz neuen Form der Verwaltung kommen, nämlich dazu, daß die Opposition Organe in der Verwaltung hat, die ab ovo bei den Budgetverhandlungen der Regierung beteiligt sind. Gewiß: Es gibt Abgeordnete, die an Sachkenntnis und Spezial-

Dr. Kreisky

wissen den Funktionären der Verwaltung durchaus ebenbürtig sind, aber dennoch kann sich das alles nur bei den großen und entscheidenden Fragen manifestieren.

Wie sollten wir zum Beispiel beurteilen, welche Verträge der Direktor der Staatsoper mit italienischen Sängern abgeschlossen hat? Durch einen Zufall erfahre ich unlängst, daß der Direktor der Staatsoper Verträge in der Regel mündlich vereinbart und daß es dann mit den italienischen Sängern Streit darüber gibt, ob auch eine Generalprobe als Aufführung zu werten und dementsprechend mit 40.000 S oder 50.000 S pro Aufführung zu honorieren ist. Wie sollten wir denn überhaupt diese Einzelheiten beurteilen können, da wir doch gar nicht wissen, was sich abgespielt hat? Dabei bin ich persönlich der Meinung, daß wir im Hinblick auf eine ausgewogenere Kulturpolitik des Guten zuviel tun und daß das unter anderem dazu geführt hat, daß die ausländischen Sänger herein- und die inländischen Wissenschaftler hinausgehen. Nebenbei gesagt: Aus den Briefen des Kaisers Franz Joseph an die Frau Schrott geht hervor, daß er mit den Hoftheatern viel sparsamer gewesen ist als unsere Republik. Aber das nur ganz nebenbei. (*Abg. Zeillinger: Kaiser hätten wir ja noch einen, aber Schrott haben wir keine! — Heiterkeit. — Rufe: Was hat er gesagt?*) Ich habe das leider nicht gehört. (*Abg. Zeillinger: Kaiser hätten wir ja noch einen, aber Schrott haben wir keine mehr! — Lebhaftes Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren von der Mehrheit! Sie verlangen von uns ein Alternativbudget in der Hoffnung, daß dann über dieses diskutiert wird und nicht über das Budget, an dessen Folgen das österreichische Volk im nächsten Jahr zu tragen haben wird. Sie sind die Regierung, Sie haben die Verantwortung zu tragen, und die werden wir Ihnen nicht abnehmen können, sosehr Sie diese Verantwortung abschieben wollen! (*Abg. Dr. Withalm: Ich glaube, Sie wären ganz gern dabei gewesen!*) Lieber Herr Dr. Withalm! Weil Sie davon nicht wegkommen (*Abg. Dr. Withalm: Ich schon! Sie wollten ja nicht, Ihre Partei!*), erinnern Sie sich, daß ich Ihnen einmal gesagt habe: Es werden schwerere Zeiten kommen, und dann werden Sie uns dringend brauchen, seien Sie nicht so übermütig! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Wann haben Sie das gesagt?*) Das sagte ich in einer unserer Unterredungen, als ich den letzten Versuch machte, diese Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Sie müßten doch wenigstens so viel Verständnis haben, sagte ich weiter, daß, wenn sich die kleinere Partei mit Ihnen, also mit der Volkspartei, über ein

Budget einigt, die Koalition wenigstens für die Dauer dieses Budgetjahres zusammenbleiben soll. Das haben Sie abgelehnt, und damit sind die Verhandlungen definitiv gescheitert. (*Abg. Dr. Withalm: Es waren schon andere Gründe!*) Ich will nicht indiskret sein und nicht die Namen all derer auf Ihrer Seite nennen, denen das heute bitter leid tut.

Herr Dr. Withalm! Weil ich schon mit Ihnen direkt in Kontakt gekommen bin, möchte ich noch folgendes sagen: Sie haben es sich wieder ein bißchen leicht gemacht (*Abg. Dr. Withalm: Wieso „wieder“?*), obwohl Sie doch sonst mit Leidenschaft zitieren. (*Abg. Dr. Withalm: Wieso „wieder“?*) Ich werde es Ihnen gleich sagen. Sie haben behauptet, ich hätte das zu erwartende Budget als ein „Schwindelbudget“ bezeichnet. Nein, mit den Kraftausdrücken bin ich viel vorsichtiger! Ich habe den Kraftausdrücken, die ich in der öffentlichen Debatte verwendet habe, immer hinzugefügt, wo ich sie gelesen habe, und zwar in den in der Regel Ihnen nahestehenden Zeitungen. Von dem „Debakel, das auf die Bundesregierung zukommt“, habe ich in der Zeitung der Bundeswirtschaftskammer oder der der Bundeswirtschaftskammer nahestehenden Zeitung gelesen. (*Rufe bei der SPÖ: Mussil!*) Von der „Mißwirtschaft in der Agrarwirtschaft“ habe ich in einem Blatt gelesen, das einem hervorragenden Funktionär Ihrer Partei sehr, sehr nahesteht. So könnte ich jetzt eine halbe Stunde zitieren, woher wir uns alle diese Epitheta ornantia für dieses Budget geholt haben. (*Abg. Doktor Withalm: Und was haben Sie in St. Pölten gesagt?*) Was ich in St. Pölten gesagt habe, das werde ich Ihnen eben jetzt sagen. Das ist eben das, worauf ich zu sprechen komme. (*Abg. Dr. Withalm: „Schwindelbudget“!*) Nein. (*Abg. Dr. Withalm: Dann hat es die „Arbeiter-Zeitung“ falsch wiedergegeben!*) Sie hat es nicht falsch wiedergegeben. (*Abg. Dr. Withalm: Es scheint nicht zu klappen zwischen der „Arbeiter-Zeitung“ und Ihnen!*) Warum lassen Sie mich denn nicht reden? (*Abg. Dr. Withalm: Sehr gern! — Abg. Weikhart: Nicht nervös werden, Herr Withalm, nur die Ruhe!* — *Abg. Dr. Withalm: Sie können mir alles nachsagen, aber das wirklich nicht, daß ich nervös werde!*)

Herr Dr. Withalm! Ich habe auf Grund der Informationen aus den Zeitungen von einem Budget gesprochen, bei dem die Gefahr besteht, daß man mit fiktiven Einnahmen und Ausgaben kommt — und das wird sich noch herausstellen —, von einem Budget, das sogar in den Kreisen der ÖVP — ja: provozieren Sie mich nicht zu sehr! — gesprächsweise als „Schwindelbudget“ bezeichnet wird. Das habe

Dr. Kreisky

ich gesagt. (*Abg. Dr. Withalm: Aha! Also doch!*) Ich selbst habe von einem Budget mit fiktiven Einnahmen- und Ausgabenziffern gesprochen. Sie werden in weiterer Folge noch sehen, daß ich darin nicht unrecht habe; aber das Wort „Schwindelbudget“ habe ich unter Bezugnahme auf Äußerungen von Herren, die der Regierungspartei nahestehen, gebraucht. (*Abg. Dr. Withalm: Also hat die „Arbeiter-Zeitung“ Sie wieder vergewaltigt!*) Nein, das glaube ich nicht. Ich habe das sehr deutlich gesagt. Da sitzen 74 Zeugen für das, was ich damals in St. Pölten gesagt habe. (*Abg. Dr. Withalm: 73! — Abg. Glaser: Waren alle dort?*) 73 Zeugen? Ich bin vorläufig immerhin auch ein Zeuge! Noch bin ich kein Angeklagter! (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Herr Notar, das stimmt! — Abg. Dr. Withalm: Wenn ich etwas zu beurkunden habe, bin ich genau!*)

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede festgestellt, daß die Schwierigkeiten, mit denen er sich konfrontiert sieht, darauf zurückzuführen sind, daß der Konjunkturrückgang in den meisten westlichen Industriestaaten sich nun auch in Österreich spürbar ausgewirkt hat. Er stellte in seiner Rede weiter fest, daß diese Konjunkturverflachung dazu geführt hat, daß die Staatseinnahmen weit hinter den Schätzungen zurückgeblieben sind. Da muß ich den Herrn Finanzminister allerdings fragen, warum er dann die Warnungen, die von allen Seiten schon vor längerer Zeit ausgesprochen wurden, von denen man in der Weltpresse und insbesondere in der deutschen Presse vor mehr als anderthalb Jahren lesen konnte, so einfach in den Wind geschlagen hat.

Gestatten Sie mir nun, aus meiner vorjährigen Budgetrede ein paar Sätze zu zitieren. Ich selbst habe damals am 28. November 1966 gesagt: „Die Regierung gibt auch in diesem Budget keine Antwort auf die Frage, wie wir morgen leben und wirtschaften werden, obwohl das die wirkliche Schicksalsfrage der Menschen unseres Landes ist. Sie reden von Wachstumspolitik, und Sie haben — wie es der bekannte amerikanische Nationalökonom und Berater des ermordeten Präsidenten Kennedy, Paul Samuelson, einmal ausgedrückt hat — bestenfalls Steuerschlupflöcher geschaffen, die die Investitionsneigungen in vager und unkontrollierbarer Form anregen sollen. Von echter Wachstumspolitik aber gibt es in diesem Budget nichts zu sehen.“

Der Herr Finanzminister selber muß zugeben, daß von einem echten Wachstum in dem Sinn, wie wir es gewöhnt waren, nicht viel festzustellen ist. Ich schloß meine Rede im vorigen Jahr mit den Worten:

„Wir lehnen dieses Budget ab, nicht weil es von einer Regierung kommt, der wir nicht mehr angehören, sondern weil es einem Geist entspringt, der mit den Erfordernissen der modernen Wirtschaft und der modernen Zeit nicht in Einklang steht. Weil es vor allem keine Antwort gibt auf die Frage, wie es in Österreich morgen aussehen wird ...“

Die Bundesregierung und insbesondere der Finanzminister haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ich habe immer wieder gewarnt, so deutlich gewarnt, daß mir der Herr Bundeskanzler noch im April in einer Rundfunkansprache — er besitzt ja ein Monopol auf Rundfunkansprachen — folgendes entgegengehalten hat: „Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei wiederholt fast täglich die Behauptung, die Regierung unternehme nichts gegen die, wie er sich auszudrücken pflegt, Krise der österreichischen Wirtschaft ... Von einer Krise, wie sie uns hier propagandistisch vorgestellt wird, kann keine Rede sein.“

Ich habe damals schon und später gesagt, daß das Wort „Krise“ an sich von mir nicht gebraucht wurde, sondern ich sprach von ersten Warnungssignalen und Krisenerscheinungen.

Ich könnte Ihnen jetzt hier eine lange Liste vorlesen über Kurzarbeit in österreichischen Betrieben, über Entlassungen in österreichischen Betrieben, die sich gerade in den letzten Monaten in den meisten Branchen ergeben haben.

Wie verträgt sich übrigens die Behauptung des Herrn Finanzministers von seinem währungsgerechten Budget mit den Feststellungen des Herrn Professor Koren, der ja das nationalökonomische Gewissen der Regierung ist und in seinem Bericht davon spricht, daß die Inflationsrate des österreichischen Schillings, also unserer Währung, konjunkturwidrig hoch ist? Sie haben selber diese Feststellung im Bericht Ihres Staatssekretärs lesen können.

Der Finanzminister behauptet, daß in diesem Budget auf Grund der Konjunktursituation des Jahres 1968 eine Fortsetzung des Investitionsstoßes von 1967 erforderlich wäre. Dazu ist zu sagen, daß es sich hier wieder um eine Reihe von Leerformeln handelt, die den Tatsachen nicht gerecht werden.

Wenn man sich nämlich anschaut, wie groß der Investitionsanteil am Gesamtbudget in den letzten Jahren gewesen ist, so zeigt sich, daß wir zum Beispiel in einem Jahr, das auch eine Andeutung eines wirtschaftlichen Umschwunges feststellen ließ, im Jahre 1961, infolge des angelaufenen großen Investitionsprogramms der Bundesregierung, dessen Initiator in erster Linie der damalige Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner war, einen

Dr. Kreisky

Anteil von 22,3 Prozent an den Gesamteinnahmen gehabt haben, während er jetzt nur 15,2 Prozent beträgt. Diese Investitionsrate lag also um 50 Prozent über der von heute.

So wichtig es ist, daß vom Budget neue Konjunkturimpulse ausgehen, so wenig erfüllt dieses Budget diese Anforderungen. Diese vorgesehenen Investitionsaufgaben dienen nur dem allernotwendigsten Anschaffungsbedarf. Statt daß wir richtig erkennen, was heute notwendig ist, helfen wir uns mit einer Politik, von der Churchill sagt, daß sie ein Laborieren von einem Tag auf den anderen ist.

Wie hat denn die Wirtschaftsgeschichte der Zweiten Republik in entscheidenden Phasen ausgesehen? In der ersten Phase waren wir befaßt mit dem Wegräumen des Schutts, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Versorgung der entgüterten Wirtschaft mit den wichtigsten Waren. In der zweiten Phase, nach dem Erfolg der Sozialistischen Partei bei den Wahlen des Jahres 1953, kam es zur Verwirklichung des großen Investitionsprogramms, das zum Ausbau der Energiereserven, zur Verbesserung und Modernisierung unseres Transportwesens und zur Schaffung einer echten Infrastruktur durch den Ausbau der Grundstoffindustrie geführt hat. Dann kam die Zeit der großen Prosperität. Da sind auch die schwächeren Betriebe bei uns noch zum Zug gekommen, weil die Weltmärkte nach Waren hungerten.

Jetzt aber, da wieder rauhere Winde in der Weltwirtschaft wehen, jetzt merken wir die Strukturschwächen unserer Wirtschaft, und jetzt wäre es notwendig, ein neues strukturelles Programm nicht nur abzufassen, sondern auch zu verwirklichen. Nichts dergleichen hat die Regierung bis jetzt getan, obwohl wir sie seit eineinhalb Jahren immer wieder auffordern, sich ein diesbezügliches Konzept zurechtzulegen.

Professor Koren! Es tut mir leid, ich habe Ihren Bericht, obwohl er bisher, glaube ich, vertraulich war, doch zu Gesicht bekommen, ohne daß ich mich unerlaubter Methoden bedient hätte. Es gibt immer freundliche Leute, die einen fragen, ob man etwas Interessantes lesen will. *(Heiterkeit.)* So habe ich diese Gelegenheit gehabt. Professor Koren spricht in seinem Bericht davon, daß unsere Industrieinvestitionen eine katastrophale Entwicklung durchgemacht haben und daß sie im Jahre 1967 das Niveau des Jahres 1961 nicht erreicht haben. Sie sehen also, es wäre sehr notwendig, dringend notwendig, mehr zu tun und vor allem: endlich ein Programm zu haben. Wir haben ja nicht einmal ein Inventar der Strukturprobleme, die es in der österreichischen Wirtschaft gibt. Nicht

einmal das hat diese Regierung in den letzten anderthalb Jahren zustande gebracht. *(Abg. Lola Solar: Und vorher?)*

Ich habe schon davon gesprochen, vorher hatten wir das große Investitionsprogramm, Frau Kollegin, das sich über zehn Jahre erstreckt hat, das zu einer echten wirtschaftlichen Aufrüstung Österreichs geführt und die Infrastruktur eines Industriestaates geschaffen hat. Jetzt muß man die Struktur unserer Wirtschaft prüfen und entsprechend reformieren. *(Abg. Dr. Withalm: Das ist unter Kamitz gemacht worden!)* Ja, das war in der Koalitionsregierung. Das war die Elektrifizierung der Bundesbahnen, der Ausbau der großen Kraftwerke in Kaprun, an der Donau und anderenorts. Damals war ich in der Regierung, und Sie auch, und Sie wissen, wie schwer es uns damals der ÖVP-Finanzminister Kamitz gemacht hat, das alles durchzusetzen. Aber da wir 1953 stärker geworden sind und die Entscheidung zu unseren Gunsten ausgefallen ist, konnten wir an die Verwirklichung dieses Investitionsprogramms schreiten. *(Abg. Dr. Withalm: Das war damals unter Kamitz schon vor 1953!)* Er hat es nicht gemacht, er war Finanzminister und hat als solcher die Einnahmen des Staates verwaltet. Ich will allerdings nicht bestreiten, daß Finanzminister Kamitz mehr Verständnis für diese Fragen gehabt hat als der gegenwärtige Finanzminister. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Wir haben in diesem Jahr vor ein paar Monaten eine Steuerreform durchgeführt, die am Anfang so konzipiert war, daß für sehr viele der kleinen Steuerzahler sehr wenig darin war und daß es erst der massiven Intervention des Gewerkschaftsbundes und seines Präsidenten bedurfte, dieses Steuerreformprogramm einigermaßen gerechter zu machen. Das war vor ein paar Monaten.

Ich erklärte vor ein paar Monaten, es bestehe die große Gefahr, daß man sich auf Umwegen das Geld von den Steuerzahlern — Herr Dr. Withalm, Sie haben sich damals so geärgert über mich — wieder holen werde. Sie meinten damals, das wäre eine jener Demagogien, deren ich mich bediene, seitdem ich Parteivorsitzender bin. Als ich diese Behauptung aufstellte, hat man erklärt: Das ist nicht wahr, daran kann nicht gedacht werden. Heute brauche ich dazu wohl nicht besondere Bemerkungen zu machen und auch nicht mehr zu replizieren, denn der Herr Finanzminister hat das für mich besorgt. Ein großer Teil der Steuerreform wird also wirkungslos gemacht werden durch die neuen Steuern.

Aber jetzt kommt das geradezu Unfaßbare: Sie setzen mit diesem neuen Budget und den

Dr. Kreisky

Belastungen, die dieses neue Budget bringt, die Politik fort, mit der Sie Ihre Regierungstätigkeit, Herr Bundeskanzler, begonnen haben. Wir haben sie sehr hart als eine Politik des Klassenkampfes von oben gekennzeichnet. Wenn man eine so harte Formulierung prägt, dann darf man sich nicht davor drücken, sie auch zu begründen.

Nach dem, was ich so in Erfahrung bringen konnte, besteht die Lohnsteuerpflicht in Österreich für zirka 4 Millionen, genauer gesagt für 3,9 Millionen Menschen. Allerdings gibt es unter diesen 3,9 Millionen Menschen 900.000, die ein Einkommen beziehen, das so niedrig ist, daß sie keine direkten Steuern zu bezahlen haben. Bei der Einkommensteuer schauen die Ziffern so aus, daß es zirka 250.000 bis 300.000 gibt, die in Betracht kommen. Aber auch unter den Einkommensteuerveranlagten gibt es 40.000, die so wenig verdienen, daß sie als Steuerquelle nicht in Betracht kommen.

Von über 4 Millionen Steuerpflichtigen kann 1 Million, also ein Viertel, zur Steuerentrichtung gar nicht herangezogen werden. Sie haben also von der Senkung oder von der Steuerreform nichts. Aber die neuen Steuern, die der Herr Finanzminister angekündigt hat, die werden sie bezahlen müssen. Wenn das keine Umverteilung des Einkommens ist, dann weiß ich nicht, was das dann ist. Sie belasten also Menschen mit den neuen Steuern, die bisher keine Steuern gezahlt haben, die nichts von der Steuerreform haben. Aber Sie lassen sie nun für die Schwierigkeiten, in das Sie das Budget gebracht hat, ihre Opfer bringen.

Hohes Haus! Man sprach und spricht immer wieder in Österreich von der prekären Kapitalmarktsituation. Die letzten Maßnahmen der Nationalbank zeigen, daß man von dort aus jedenfalls versucht, der prekären Situation zu Leibe zu rücken. Die Regierung nimmt den Kapitalmarkt allzusehr in Anspruch. Wieder darf ich mich auf den Bericht des Herrn Professors Koren berufen, der da sagt, daß die Defizite dieser Größenordnung die Kreditversorgung der Wirtschaft lähmen müßten. Letztlich, meine Damen und Herren, entscheiden die Investitionen über die Entwicklung des Volkseinkommens, wobei ihnen ein Multiplikatoreffekt in positivem und negativem Sinn zukommt. Die Kreditpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung ist ein permanenter Störungsfaktor unserer Volkswirtschaft, und ich möchte das nun beweisen.

Unsere Finanzschuld betrug per 31. Dezember 1965 28,3 Milliarden Schilling. Die voraussichtliche Entwicklung für 1967: die Neuverschuldung laut Bundesvoranschlag 3,8 Milliarden, Neuverschuldung laut Nachträgen

3,5 Milliarden; sie wird also zirka 7,3 Milliarden Schilling betragen. Die voraussichtliche Entwicklung 1968: Defizit ohne Eventualbudget 6,9 Milliarden. Das heißt, in 20 Jahren der Koalitionsregierung, von denen die ersten paar Jahre nicht in Betracht kommen, weil die Lage des Staates so war, daß man sich nichts ausborgen konnte, haben wir eine Finanzschuld von 28,3 Milliarden zusammenbekommen, wobei zu sagen ist, daß für dieses Geld Kraftwerke gebaut, die Bundesbahnen elektrifiziert wurden, kurz, die Infrastruktur unseres Staates finanziert wurde. Der Zuwachs auf Grund der ÖVP-Budgets von 1966 — und jetzt nehme ich die Vorschau des Finanzministers zu Hilfe — bis 1970 wird zwischen 21 und 26 Milliarden betragen. (*Abg. Dr. Witthalm: Sie nehmen allerdings brutto für netto, Herr Minister Kreisky! Das gehört dazu!*) Ich komme auf die Tilgungsfrage noch zu reden. — Das heißt, wir belasten unseren Kapitalmarkt in einer durchaus ungebührlichen Weise und nehmen der Wirtschaft die Möglichkeit, sich ausreichend auf diesem Kapitalmarkt zu versorgen.

Man sagt uns, wir sollen uns nicht so aufregen, es werden sowieso 2 bis 2½ Milliarden im Ausland aufgenommen werden. Ich persönlich glaube, daß es sehr fraglich ist, ob es bei der heutigen Geldknappheit überhaupt möglich sein wird, einen solchen Betrag auf den internationalen Kapitalmärkten zu bekommen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf verweisen, daß der Herr Finanzminister in der Kapitalmarktpflege der österreichischen Anleihen im Ausland offenbar nichts tut, denn die vorletzte Verbundanleihe ist unmittelbar nach ihrer Emission unter den Begebungskurs gesunken, und die Folge davon war, daß die letzte Verbundanleihe nicht mehr so leicht placiert werden konnte.

Ich bin auch überzeugt davon, daß uns diese Art der Finanzpolitik auf den internationalen Märkten kein sehr hohes Ansehen verschaffen wird und daß es schon aus diesem Grunde geboten wäre, mit größerer Vorsicht zu Werke zu gehen.

Dazu kommt, daß es mit der äußeren Staatsschuld auch nicht sehr einfach ist, denn für die Zurückzahlung und für den Zinsendienst äußerer Staatsschulden müssen ja Waren, Güter und Dienstleistungen an das Ausland erbracht werden, die der heimischen Wirtschaft verlorengehen.

Wir Sozialisten sind uns im klaren darüber — Sie haben eine ruhige und nüchterne Beurteilung der budgetären Situation verlangt —, daß ein großes strukturpolitisches Programm allein aus den regulären Einnahmen des Staa-

Dr. Kreisky

tes nicht gedeckt werden kann. Wir erheben auch gar keine Einwände gegen eine Finanzierung ertragreicher Investitionen durch die Aufnahme von Krediten. Dieses Kriterium zeigt aber, daß sehr wesentlich zwischen den Zwecken der Kreditaufnahme unterschieden werden muß. Für ein strukturpolitisches Programm, wie es etwa der Präsident des Gewerkschaftsbundes anläßlich des Kongresses des Gewerkschaftsbundes verlangt hat, als er von der Notwendigkeit einer zweiten Industrialisierungswelle sprach, scheinen Kreditaufnahmen gerechtfertigt zu sein. Abzulehnen ist hingegen, daß die laufende Gebarung des Budgets aus Krediten finanziert wird.

Wie wenig diese Regierung sich um die strukturpolitischen Probleme kümmert, geht auch daraus hervor, daß es im Bestellungswesen des Staates eine richtiggehende Anarchie gibt. Es gibt keine Spur einer klugen Vorplanung des staatlichen Bestellungswesens, obwohl das beim größten Wirtschaftssubjekt des Landes doch eine essentielle Voraussetzung wäre.

Mir ist neulich der „Informationsdienst der Katholischen Sozialakademie Österreichs“ in die Hand gekommen. Dort steht: „Die österreichische Bauwirtschaft geht einem ungewissen Winter entgegen. Wohl besteht derzeit noch Vollbeschäftigung, die Auftragslage hat sich zum Teil aber so verschlechtert, daß in den Wintermonaten mit einem weitaus größeren Abbau als in den vorhergegangenen Jahren zu rechnen ist.“ Und dann werden die Gründe hierfür angegeben.

Ich war unlängst in einem Betrieb in Niederösterreich, in dem tausend Arbeiter beschäftigt sind. Der private Eigentümer dieses Betriebes hat mir gesagt, daß er leider gezwungen ist, die Belegschaft einzuschränken, weil weniger Wohnungen gebaut werden und er daher in seiner Auftragsituation große Schwierigkeiten habe. Er meinte: Während in anderen Staaten, wenn eine solche Situation eintritt, der Staat eingreift und mehr Wohnungen baut, um den Rückgang der privaten Bautätigkeit aufzuhalten, wird bei uns weniger Geld zur Verfügung gestellt. — Es waren nämlich im Jahre 1966 für das Jahr 1967 noch 1,6 Milliarden Schilling für die Wohnbauförderung vorgesehen, im Jahre 1968 wird es nur rund 700 Millionen Schilling geben. — Übrigens eine Illustration der Propagandamethoden der Österreichischen Volkspartei. Noch hängen die Plakate: „Mehr Wohnungen, weniger Steuern.“ Von den Steuern haben wir schon geredet, und zu den „Mehr Wohnungen“ habe ich ja einige Ziffern genannt.

Ich möchte mich, weil das zu den Regeln der Budgetdebatte, auch der Generaldebatte, gehört, noch mit einigen Fragen der allgemeinen

Politik beschäftigen, nachdem ich festgestellt habe, daß dieses Budget konjunkturdämpfend, preiserhöhend und wachstumshemmend wirkt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ganz kurz über Fragen der Außenpolitik sprechen, wobei ich schon weiß, daß sich für jemand, der 13 Jahre in der Außenpolitik tätig war, eine gewisse Zurückhaltung empfiehlt. Dennoch fühle ich mich verpflichtet, ein paar Bemerkungen dazu zu machen.

Ich kann mir beim besten Willen nicht erklären, was für einen Sinn es haben soll, von vornherein in aller Öffentlichkeit immer wieder zu erklären, daß eine internationale Verankerung eventueller Südtirolvereinbarungen von den Italienern nicht zu bekommen ist. Ich verstehe nicht, wie man sich auf diese Art in seiner Verhandlungsposition so schwächen kann. Das festzustellen wäre doch — ich wiederhole es — Sache der Italiener. Und dann muß man es ihnen noch immer nicht glauben! Aber wenn der österreichische Außenminister das bei jeder sich bietenden Gelegenheit erklärt — was sollen ihm denn dann die Italiener sagen, wenn er die internationale Verankerung verlangt? Ich habe das Gefühl, daß man hier nicht richtig vorgeht, daß man sich hier einer Methode bedient, die uns keine gute Verhandlungsposition bringen kann.

Was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft betrifft, so habe ich schon längst von den möglichen Alternativlösungen gesprochen, die man wenigstens probieren muß. Man darf natürlich nicht erwarten, daß uns die EWG-Kommission eine solche Lösung auf dem Präsentierteller bringt, ich glaube aber, daß es hoch an der Zeit wäre, jetzt, wo man sieht, daß es auf die Art, wie wir es bisher probiert haben, nicht geht, es eben auf eine andere Art zu versuchen, um eine Übergangslösung zu finden.

Der Herr Vizekanzler, der leider nicht hier ist, hat mir einmal erwidert, daß mein Vorschlag, ein Interimsvertrag auf Grund des GATT — ich habe darüber schon im Haus gesprochen —, deshalb unrealistisch wäre, weil er den vorhergehenden Abschluß eines Zollunions- oder Freihandelszonenvertrags erfordere. Das ist von A bis Z unrichtig. In den GATT-Bestimmungen heißt es lediglich, daß die Vertragspartner eines solchen Vorvertrages einen Plan oder ein Programm für eine spätere Lösung haben müssen; hätte man einen Vertrag gemeint, dann hätte man es in die GATT-Artikel hineingeschrieben. Es ist also keine Rede von einem umfassenden Vertrag, aus dem sich dann der Vorvertrag sozusagen als ein Derivatvertrag ergeben könnte. Das ist nicht richtig.

Dr. Kreisky

Und nun ein Wort zur Ostpolitik. Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hat vorhin schon sehr eindrucksvoll dargelegt, mit wie ungleichem Maße Sie, meine Damen und Herren von der Volkspartei, messen; aber das mag Ihr gutes Recht sein. Erwarten Sie von mir nicht, daß ich etwa gegen eine vernünftige Normalisierungspolitik gegenüber unseren kommunistischen Nachbarstaaten wäre. Ich gehöre mit zu den Autoren einer solchen Politik, und ich bekenne mich auch heute noch dazu. Ich glaube aber, daß die Normalisierung dieser Beziehungen vor Jahren hergestellt wurde und daß es die Aufgabe der österreichischen Außenpolitik wäre, diese normalisierten Beziehungen auf eine ordentliche Art zu administrieren.

Ich bin der Meinung, daß die Bundesregierung schlecht beraten ist, wenn sie sich in einem Augenblick, in dem ein Außenminister des Westens dem anderen die Türklinke der kommunistischen Außenministerien in die Hand gibt, um jeden Preis da hineindrängen will. Es wäre richtiger, wenn wir diese Beziehungen, die nun einmal da sind und gut funktionieren, auf eine saubere Art administrierten und uns hier einer gewissen Zurückhaltung befleißigten, umso mehr, als uns diese Politik ja nichts Wesentliches bringt.

Ich bin der Auffassung, daß wir in den letzten Jahren ein bißchen an Ansehen in der Welt verloren haben, und ich führe das auf den Umstand zurück, daß bei uns in Österreich ungefähr sieben Leute in der Außenpolitik mitmischen. Ich kann Ihnen dieses Argument nicht ersparen; ich habe es schon vor längerer Zeit hier gebraucht. Damals war es eine Voraussage, heute ist es eine Tatsache. Auf der einen Seite haben wir den Herrn Bundeskanzler mit seiner Charmeoﬀensive bei den kommunistischen Staaten (*Heiterkeit bei der SPÖ*), dann haben wir den Herrn Vizekanzler Dr. Bock, der in der Außenhandelspolitik tätig ist — ich sagte schon, daß ich der Meinung bin, daß er dort fehl am Platze ist —, wir haben den Herrn Bundesminister außer Dienst Doktor Gruber, höre ich, der auch in Amerika mit solchen Fragen befaßt war — wogegen ich an und für sich nichts habe, denn er versteht wirklich etwas von diesen Dingen. Weiter haben wir den Herrn Generalsekretär Dr. Withalm. Er war in Rom. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.*) Ich kam von Tunis und habe Sie vom Fenster des Empfangsalons aus damals gesehen — das konnte dann nicht mehr verheimlicht werden. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie haben dort auch Außenpolitik mit einem zwar limitierten Erfolg gemacht, aber immerhin. Weiterhin haben

wir den Herrn Staatssekretär Dr. Bobleter. Und seit neuestem haben wir den Generalintendanten im Rundfunk; der hat auch Außenpolitik auf eigene Faust gemacht. Ja was bleibt denn dann eigentlich noch für den Außenminister zu tun übrig? (*Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Nun möchte ich mich ganz kurz mit Fragen der Landesverteidigung beschäftigen und wiederholen, daß wir Sozialisten in diesem Staate, so wie wir für eine gemeinsame Außenpolitik eintreten, so wie wir jederzeit bereit sind, über die Voraussetzungen einer gemeinsamen Außenpolitik auch als Oppositionspartei mit der Regierung zu reden, natürlich auch für eine gemeinsame Landesverteidigungspolitik sind. Wir glauben nicht, daß man dieser gemeinsamen Landesverteidigungspolitik einen großen Dienst erweist, wenn man sich ununterbrochen um die Verpolitisierung im Bundesheer bemüht. Wir glauben nicht, daß man der gemeinsamen Landesverteidigungspolitik einen großen Dienst leistet, wenn man ununterbrochen zeigt, daß man die Armee als Sache einer Partei betrachtet.

So möchte ich ein Wort an die Offiziere unserer Armee richten. Sie wissen selber am besten, daß die Soldaten dieser Armee zum allergrößten Teil aus den Reihen der jungen Arbeiter und Angestellten kommen. Sie wissen selbst am besten um die politischen Sympathien der großen Mehrheit der Soldaten. Sie verstehen daher aus ihrer eigenen beruflichen Situation heraus am besten, daß wir eine Landesverteidigungspolitik brauchen, die von jeglichem politischen Einfluß freigehalten wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich kann nur davor warnen, diese Grundsätze zu mißachten. Wir haben in der Vergangenheit allzu böse Erfahrungen mit der Mißachtung dieser Prinzipien gemacht. Wir bieten Ihnen aufs neue unsere Bereitschaft an, uns mit Ihnen über eine gemeinsame Landesverteidigungspolitik zu verständigen, nur müssen die minimalen Erfordernisse für ein solches Einvernehmen hergestellt werden, und wir dürfen nicht ununterbrochen hören, wie Offiziere und Unteroffiziere im Bundesheer benachteiligt sind, wenn sie sich zur Sozialistischen Partei bekennen.

Ich möchte diese Gelegenheit auch dazu benützen, um schließlich auf ein Ereignis zu sprechen zu kommen, das im höchsten Maße alarmierend ist. Die Sozialistische Partei hat unlängst eine Zeitung hergestellt, die sie als Postwurfsendung verteilt hat und für deren Inhalt die Sozialistische Partei verantwortlich ist. Ich habe im Namen der Partei einem im „Vorwärts“-Verlag angestellten Redakteur den Auftrag gegeben, dieses Blatt zu um-

Dr. Kreisky

brechen. Er hätte sich einem solchen Auftrag gar nicht entziehen können. Er ist ein Angestellter des Verlages und hat diesen Auftrag auszuführen gehabt. Dieser Redakteur — es handelt sich um Dr. Heinz Brantl — ist kurzerhand vom Generalintendanten des Rundfunks hinausgeworfen worden, obwohl er ein freier Mitarbeiter des Rundfunks war.

So möchte ich von dieser Stelle aus ein Wort an die Presse richten. Ich warne vor diesen Methoden! Man soll solchen Bestrebungen in ihren Anfängen wehren. Denn wohin kommen wir mit der Pressefreiheit, wenn Journalisten, die für das Fernsehen freiwillig arbeiten — was, nebenbei gesagt, für sie eine wesentliche materielle Zubuße bedeutet —, fürchten müssen, dann, wenn sie irgendwo oder irgendwann einmal etwas gegen den Rundfunk schreiben oder etwas, was geschrieben wurde, umbrechen, um diese Betätigung und um die Einnahmen aus dieser Betätigung gebracht zu werden? Das, meine Damen und Herren, ist eine Einschränkung der Pressefreiheit durch eine öffentliche Einrichtung unseres Staates, gegen die wir auf das entschiedenste protestieren müssen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Das ist ein Mißbrauch einer Funktion in so gröblicher Weise, daß ich Ihnen heute schon sagen kann, daß wir uns dagegen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln wehren werden. Ich überlege auch, ob wir auf diesen Fall nicht auch das Internationale Presseinstitut neben allen hiefür zuständigen österreichischen Institutionen aufmerksam machen sollen. Wir werden uns das von einem Mann, der sich selber als heimatloser Richter bezeichnet hat, nicht gefallen lassen, auch dann nicht, wenn er bei jeder sich bietenden Gelegenheit droht, daß er mit mir schon fertig werden wird. (*Abg. Czettel: Und der den Herrn Bundeskanzler zum Freund hat!*) Ich lasse mir das nicht gefallen, und wir werden uns das nicht gefallen lassen von einem Mann, der sich als heimatloser Richter bezeichnet, weil er offenbar mit seinen Ansichten bei keiner der Parteien auf der rechten Seite des Hauses eine politische Heimat finden kann. Das ist nicht möglich, meine Damen und Herren! Es ist undenkbar, daß man mit solchen Methoden auf Journalisten Pressionen ausübt. (*Abg. Dr. Kleiner: Das ist ein Mißbrauch des Rundfunkgesetzes!*)

Ich möchte über die Presse noch etwas sagen, nicht deshalb, weil ich eine gute Presse haben will, denn ich weiß ganz genau, daß man sich das nicht aussuchen kann, und ich kenne sehr genau die Situation in der österreichischen Presse überhaupt. Die Presse

hat in den letzten Jahren deshalb eine besondere Bedeutung erlangt, weil sie das einzige Gegengewicht gegen die Verflachung und Kommerzialisierung der politischen Propaganda ist. Was wird denn aus der Politik, meine Damen und Herren, wenn es geschickten Werbemanagern möglich ist, die Methoden des „Weißen Riesen“ in die Politik einzuführen? Uns Leute als weiße Riesen zu präsentieren, die in Wirklichkeit weiße Zwerge sind? (*Ruf bei der SPÖ: Schwarze Zwerge!*) Was wird denn aus der Politik, wenn wir nicht diese öffentliche Meinung hätten, die die Presse repräsentiert, in einer Zeit, in der dem Rundfunk und der Television eine solche Bedeutung zukommt? Das hat doch alles seine vielen wichtigen Aspekte, die wir mit großem Ernst zu prüfen haben. Deshalb müssen wir uns ganz besonders um die Pressefreiheit bemühen, auch dann, wenn sie uns gelegentlich unbequem ist.

Es ist vorgestern so viel über die kulturellen Aufgaben unseres Staates gesprochen worden, daß ich mir heute nähere Ausführungen ersparen kann. Ich möchte nur noch eine der Binsenwahrheiten der modernen Nationalökonomie hier abschließend wiedergeben. Zu diesen Binsenwahrheiten gehört, daß die wesentlichste Wachstumsförderung der Wirtschaft darin besteht, daß man der Wissenschaft und der Forschung ganz besondere Förderung angedeihen läßt. Der Reichtum eines Landes und eines Volkes besteht nicht nur in dem, was in seiner Erde steckt, nicht nur in der Masse der Maschinen, die aufgestellt sind, sondern er besteht in sehr hohem Maße in dem, was wir in die Menschen investieren. Hier bedarf es, so glauben wir, einer totalen Umstrukturierung unserer gesamten Kulturpolitik. Aber darüber ist ausführlich gesprochen worden.

Ich verspreche Ihnen schon heute, daß wir im gegebenen Zeitpunkt auch hier eine klare Alternative präsentieren werden, dann, wenn die österreichischen Staatsbürger die Möglichkeit haben, eine Alternative zu wählen, nämlich diese Regierung durch eine andere zu ersetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir Sozialisten sind der Meinung, daß wir es mit der schlechtesten Regierung der Zweiten Republik zu tun haben. Ich weiß, daß Sie das sehr erbost. Aber schneller, als sogar wir es erwartet haben, hat sich die Kenntnis dieser Tatsache unter allen Schichten der Bevölkerung verbreitet. Wenn auch richtig ist, was der Herr Nationalrat Probst unlängst im Fernsehen gesagt hat, daß es sich bei den Wahlen dieses Herbstes nicht um die politische Zusammensetzung des National-

5584

Nationalrat XI. GP. — 68. Sitzung — 27. Oktober 1967

Dr. Kreisky

rates gehandelt hat, und wenn es auch selbstverständlich ist, daß wir mit dem Nationalrat rechnen, wie er ist, und diese Zusammensetzung nach wie vor zur Kenntnis nehmen, so können Sie beim besten Willen doch nicht leugnen, daß diese Wahlen einen bestimmten Einfluß auf das politische Klima unseres Landes ausüben. Diese Wahlen sind gewiß keine Wahlen zum österreichischen Nationalrat, aber sie haben eine sehr nützliche Funktion, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, sie erinnern die ÖVP-Regierung an ihre politische Sterblichkeit. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächster Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mitterer das Wort.

Abgeordneter **Mitterer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe bis fast vor kurzem den Eindruck gehabt, daß die Reden, die wir gestern in einem anderen, in dem alten Saal gehört haben, einen sehr nützlichen Eindruck hinterlassen haben, nämlich hinsichtlich Fairneß, Toleranz, Respekt vor der Meinung des anderen und ähnlichem mehr. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als Ihre Frau Abgeordnete Jochmann ihre Abschiedsrede gehalten hat, die ich nicht vergessen habe. Wenn man Herrn Dr. Kreisky kennt, seit er nicht mehr der Regierung angehört, dann muß ich sagen, daß er heute fast schon freundlich gesinnt war, denn sonst sind wir ja andere Töne gewöhnt, insbesondere wenn es um die Kritik an der Regierung und an einzelnen Personen geht. Er spricht also einem Minister jede Fähigkeit ab, er sagt, daß die Regierung sterblich sei. Das ist unbestritten, alle sind sterblich. *(Abg. Hartl: Auch die SPÖ!)* Ich muß aber feststellen, daß sich die Debatte bisher doch auf einem guten Niveau gehalten hat. Ich glaube, daß es der Spezialdebatte anheimgestellt sein soll, dann über die Details zu sprechen, daß wir aber hier vorwiegend über Grundsätze reden.

Wir stellen fest, daß die Entwicklung in diesem Budget auch dann, wenn die Konjunktur nicht rückläufig gewesen wäre, sehr zu großer Besorgnis Anlaß gegeben hätte. In dem Konjunkturtaumel der letzten Jahrzehnte haben wir alle — ich nehme niemanden aus — wesentlich leichter Beschlüsse gefaßt, mit einer gewissen Dynamik nach verschiedenen Richtungen, was zum Beispiel die Schulen und gewisse Sozialgesetze anlangt und anderes mehr. Nun müssen wir feststellen, daß die Dynamik der Ausgaben bleibt, ja sogar noch weiter wächst, daß aber die Dynamik der Einnahmen fehlt, daß die Ausgaben mit großem Elan wachsen, die Einnahmen es aber leider nicht tun.

Ich glaube, daß diese stürmische Entwicklung der Konjunktur dazu geführt hat, daß wir manche Entschlüsse nicht gefaßt hätten, wenn man das Ende dieser dynamischen Konstruktion genauer überprüft hätte. Die Konjunktur — das wurde heute schon gesagt — überdeckt manche Schwächen, manche Strukturschwächen und andere Schwächen.

Sicherlich war der Wähler schockiert, als er nun, aufgeschreckt aus seinem Wohlstandsdanken, plötzlich gesehen hat, wohin wir alle mit dieser allzu großen Nachgiebigkeit — alle, nicht nur die Koalitionsregierung, auch nachher, aber im wesentlichen die Koalitionsregierung, also beide Teile — gekommen sind. Das sind harte Tatsachen.

Der Herr Bundespräsident hat gestern — das ist sehr erfreulich gewesen — darauf hingewiesen, daß die Konjunkturentwicklung und die Wirtschaftsentwicklung insbesondere in Europa weltweit rückläufig ist und daß wir uns selbstverständlich von dieser Entwicklung nicht trennen können, daß es also durchaus kein österreichischer Trend für sich sei.

Herr Außenminister a. D. Dr. Kreisky, ich muß Sie leider in einer Sache berichtigen. Ich tue das sonst nicht gern, denn das schaut so aus, als ob wir ununterbrochen gegenseitig Richtigstellungen treffen. Sie haben behauptet, Sie hätten das nie so gesagt, wie es Dr. Witthalm vorgebracht hat. Vielleicht ist es so, seit Herr Kreuzer in der „Arbeiter-Zeitung“ nichts mehr gilt, daß „Blau“ mit dem Rot vertauscht worden ist. Jedenfalls möchte ich eine Feststellung treffen: Hier steht — ich stelle Ihnen dann die Nummer zur Verfügung, falls Sie sie nicht gelesen haben sollten —: „Wir müssen damit rechnen, daß die ÖVP zu einem Scheinbudget oder, wie es von ihren eigenen Leuten genannt wird, zu einem Schwindelbudget mit frisierten Einnahmen und fiktiven Ausgaben Zuflucht nimmt.“ „Dies erklärte SPÖ-Vorsitzender Dr. Kreisky ...“ *(Abg. Dr. Kreisky: Das sage ich auch heute!)* Nein! Sie haben Quellen zitiert. Jetzt sagen Sie: Wie es von gewissen Leuten genannt wird. — Ja so leicht kann man es sich doch nicht machen, daß man sagt: Wie ich höre, ist der und jener nicht korrekt!, und wenn man den Betreffenden dann stellt, dann sagt man: Ich habe es ja nur gehört, es war ja keine Behauptung von mir. — Ich glaube, hier muß man schon sehr vorsichtig sein. Wenn man das Wort „Schwindelbudget“ gebraucht, müßte man den Quellennachweis sehr deutlich haben. *(Abg. Dr. Kreisky: Wir haben ihn, seien Sie nicht so unvorsichtig!)* Ja, bitte, es wird sehr schön sein, wenn Sie ihn nennen.

Nun möchte ich zu dem eigentlichen Thema wieder zurückkehren. Es sind das einige

Mitterer

Punkte, die bei der Debatte auch heute schon aufgeleuchtet haben, und einige, die sicher noch kommen werden. Es waren jene Teile von Märchen und Legenden, die hier klargestellt werden sollen.

Man hat zu den Wachstumsgesetzen gesagt, sie seien nicht wirksam, und außerdem kosten sie den Staat einige Milliarden. Darf ich dazu nochmals feststellen, meine Damen und Herren, daß diese Wachstumsgesetze noch gar nicht wirksam sein können, weil sie ja erst ab 1968 zu 95 Prozent Geltung haben werden. Es ist also gar nicht möglich, daß sie schon heuer wirken. Wir haben sie nur beschlossen mit Datum 1. Jänner 1968. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kreisky.)* Ich komme gleich darauf zurück; nur ein bißchen Geduld, wir haben Ihnen ja auch zugehört.

Nun hat man gesagt: Es werden auch die Einnahmen sehr zurückgehen, es ist also nichts damit zu holen. Darf ich folgendes ganz eindeutig feststellen: Entweder haben die Wachstumsgesetze einen wirtschaftlichen Erfolg, sie werden also ausgenützt, die Investitionen werden getätigt und damit auch die Steuerleistung um das verkürzt, was man hier absetzen kann, dann wird den Staat ein Fiskalausfall treffen. Aber dann werden auch Investitionen sein. Bekanntlich lösen ja Investitionen immer wieder einen Wirtschaftsvorgang aus. Oder aber die Wachstumsgesetze werden nicht zum Erfolg führen — auch das kann sein, niemand ist ein Prophet, vielleicht sehen Sie besser, aber ich glaube, man soll das der Entwicklung anheimstellen —, dann werden sie auch keinen Ausfall auslösen. Es kann also nur entweder das eine oder das andere stimmen, beides aber nicht.

Zur Lohn- und Einkommensteuersenkung. Man ist doch — ich glaube, das wird doch in der ganzen Welt so praktiziert, es ist durchaus keine österreichische Sondererscheinung — in Zeiten einer weltweiten Geldverdünnung dazu übergegangen, immer wieder Lohn- und Einkommensteuersenkungen vorzunehmen, um die jeweiligen Einkommen dem gesunkenen Geldwert wieder anzupassen. Es ist also praktisch nichts anderes als, man könnte auch sagen, eine Dynamisierung der Progressionsliste. Wenn ich von dem Punkt „mitarbeitende Ehegattin“ und „Alleinvertiener-Freibetrag“ Abstand nehme oder das ausklammere, so war das nichts anderes als eine Anpassung an die innere Geldwertverdünnung.

Jetzt aber möchte ich etwas fragen, meine Damen und Herren — bei Ihnen sind nur mehr sehr wenige da, aber einige sind es noch —: Wer hat denn die Vorziehung dieser Einkommen- und Lohnsteuersenkung verlangt, und zwar mit Sommer 1967 verlangt? Und das

als *Conditio sine qua non* für die Frage der Lohnforderungen gestellt? Ich frage Sie das. Sie wissen es ganz genau: es war die Gewerkschaft, die absolut die Vorziehung der Lohn- und Einkommensteuer verlangt hat.

Man kann also heute nicht sagen: Wozu haben wir sie heute gemacht? Sie bringt dem einzelnen nichts. Ja wenn wir keine Steuern zahlen, dann bringt sie auch nichts. Das war immer so, daß Steuersenkungen nur dem etwas bringen, der Steuern zahlt. Dem, der keine bezahlt, können sie auch nichts bringen. Jedenfalls wurde diese Vorziehung ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich komme auf die Frage der indirekten Steuern noch rechtzeitig zurück, dessen können Sie versichert sein! — Jedenfalls hat diese Steuersenkung allen denen etwas gebracht, die Steuer zahlen, und jedenfalls wurde von der Gewerkschaft noch eine viel stärkere Vorziehung gefordert. Ich möchte auch das in aller Klarheit feststellen, um irgendwelchen Legendenbildungen entgegenzuwirken.

Man fragt: Was bringt es dem einzelnen? Ich betone nochmals, wir haben ja solche Beispiele genügend exerziert. Wenn Sie der Meinung waren, daß die Steuersenkung schlecht war, dann muß ich mich wundern, daß Sie ihr zugestimmt haben. Wenn Sie aber der Meinung sind, daß sie richtig war, daß natürlich gewisse Vorschläge immer auseinanderklaffen, dann hätten Sie ja nicht zustimmen müssen, es ist ja hier niemand gezwungen worden. *(Abg. Dr. Kreisky: Wir reden ja von den neuen Steuern!)* Ja, von den Steuern! *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Doktor Kreisky.)* Nein, nein! Ich komme schon auf sie, Herr Kollege Dr. Kreisky. Sie haben auch bezüglich der Einkommensteuer Bemerkungen gemacht, und auf diese habe ich jetzt repliziert. Alles nach der Reihe. Sie kommen schon noch dran.

Was die Frage der Staatsschuld anlangt, so ist 1958 der Nettoanstieg der Staatsschuld — meine Damen und Herren, ich glaube, das soll man sehr deutlich aussprechen — um 4,6 Milliarden Schilling erfolgt. Das war 1958 bei rund dem halben Umfang des heutigen Budgets. Im Jahre 1960 war die Staatsverschuldung rund 13,8 Prozent des Bruttonationalprodukts, und 1967 — das kann nur um einige Zehntel variieren — wird sie wahrscheinlich 12,3 Prozent des Bruttonationalprodukts sein. Sie ist also bei uns — mit Ausnahme der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland — wesentlich niedriger als in allen anderen Ländern. Auch das ist eine ganz klare Feststellung.

Man hat immer wieder gesagt, es gebe doch einige Länder, die man besser vergleichen könne. Nehmen Sie Schweden mit einer

Mitterer

Staatsverschuldung von 19 Prozent; so könnte man x-beliebig fortsetzen. Ich betone, es sind nur zwei Länder, wo dies nicht zutrifft.

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, Sie haben die jährliche Tilgungsrate bei der Staatsverschuldung überhaupt nicht in Rechnung gestellt. Sie haben nämlich die jährliche Tilgungsrate bei Ihrer kompletten Aufstellung übersehen, nehme ich an, und Sie haben daher nicht berücksichtigt, daß Sie etwa 7 Milliarden und nicht, wie Sie ausgerechnet haben, 20 Milliarden ausmachen wird. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kreisky.*) Ja, Sie haben gesagt, in einigen Jahren wird sie, da die Koalitionsregierung so viele Schulden gemacht hat, ungefähr auf 20 Milliarden ansteigen. (*Abg. Dr. Kreisky: Die Tilgung und die Zinsen belasten ja zusätzlich das Budget!*) Ja, das weiß ich, aber trotzdem wird sie eben 7 Milliarden ausmachen und nicht 20; Sie haben offenbar die Rückzahlungen und Degression der Zinsen zu berechnen vergessen; was kein Vorwurf sein soll, ich stelle es nur fest.

Nun zur Frage der direkten und indirekten Steuern. Der direkte Steueranteil betrug 1967 43 Prozent und wird 1968 auf Grund der Steuergesetzgebung auf 40 Prozent zurückgehen. Ich darf deutlich feststellen, daß diese Relation — diese 40 Prozent — dann auch so sein wird, wie sie bis 1960 Geltung gehabt hat. Es ist also durchaus keine Relationsverschiebung in der Frage der direkten und indirekten Besteuerung eingetreten.

In der Televisionsdiskussion, wo unter anderem Herr Dr. Veselsky von der Arbeiterkammer und Herr Professor Dr. Andrae teilgenommen haben, hat Letztgenannter, ein sehr bekannter Wissenschaftler, der durchaus gewöhnt ist, seine Meinung zu sagen, und damit auch gar nicht hinter dem Berg hält, eindeutig klargelegt — und das ist von x Wissenschaftlern bestätigt worden, Sie können sich selbst mit ihnen unterhalten, sie werden es Ihnen beweisen —, daß die Theorie über die direkte und indirekte Steuerpolitik längst überholt ist. Ich darf nur daran erinnern — es ist sicher nicht maßgebend für uns, aber doch ein typisches Beispiel —, daß in zwei Ländern, in sozialistisch geführten Ländern, seit Jahren sozialistisch verwalteten Ländern, nämlich in Dänemark und in Schweden, ein sehr hoher indirekter Steuersatz, nämlich die Umsatzsteuer, Geltung hat, und in Dänemark wurde dieser Satz erst vor kurzem drastisch erhöht.

Man kann auch hier nicht sagen, daß es sich um eine falsche Politik handelt, weil sie sich international heute durchaus bewährt hat und weil die Argumentation, die einmal gegolten hat bezüglich direkter und indirekter

Steuern, zweifellos heute nicht mehr jene Geltung hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Professor Erhard sagt auch, daß es falsch ist! — Ruf bei der SPÖ: Eine familienfeindliche Politik!*) Aber, Herr Vizekanzler, ich kann Ihnen aber genauso viele Politiker zitieren, die dafür beziehungsweise dagegen sind. Es ist jedenfalls auf keinen Fall richtig, apodiktisch zu sagen: Die Politik der indirekten Steuern ist falsch und die der direkten ist richtig, oder umgekehrt. Es ist aber von Ihnen sehr apodiktisch gesagt worden: Wenn das keine Ungerechtigkeit ist, daß die indirekte Steuer (*Abg. Dr. Kreisky: Neue Belastungen, habe ich gesagt!*), die Umsatzsteuer, erhöht wird, und die aus der Steuersenkung nichts bekommen haben — ich muß mir das Protokoll holen ... (*Abg. Dr. Kreisky: Das sind neue Belastungen!*) Neue Belastungen haben wir bekanntlich nur bei der Umsatzsteuer gemacht. Es gibt nur eine Belastung, und die heißt Umsatzsteuer. So weit kann man doch diese Konklusion führen.

Ein sehr bekannter Wirtschaftspublizist hat von den nationalökonomischen Pubertätszeiten geschrieben, in denen sich offenbar noch manche befinden, wenn sie solche Äußerungen wiedergeben, wie wir sie bezüglich der indirekten Steuerpolitik von Herrn Dr. Veselsky im Fernsehen gehört haben. Ich zitiere hier einen Publizisten, und zwar mit Namen — nicht „Einer hat gesagt“ —, es ist Horst Knapp. Er hat weiter gesagt: „Ein Teil der Zuhörer befindet sich noch im finstersten Mittelalter der volkswirtschaftlichen Erkenntnisse ...“ Sie haben es ja sicher gelesen, Sie haben ihn aber kürzlich selbst zitiert, einer Ihrer Redner, und daher erlaube ich mir das auch.

Nun sagen Sie: Es ist kein konjunkturgerechtes Budget. — Das war ja der Sukkus Ihrer Ausführungen. Sie haben es so dargelegt und dann die Konklusion gezogen. Es ist zweifellos richtig, daß bei einer Rezession das Prinzip des „deficit spending“ nach dem Keyneschen System richtig ist, daß man aber bei einem Aufstieg der Konjunktur wiederum Überschüsse erzielen sollte.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, niemand hier im Hause wird der Illusion nachjagen, die ein Wirtschaftspublizist mit Recht eine „Schimäre“ genannt hat, nämlich daß es in der Zeit der aufsteigenden Konjunktur irgendeinem Finanzminister in diesem Hause möglich gewesen wäre, Ersparungen zu machen, weil sofort für ein Vielfaches der möglichen Ersparnisumme wieder Forderungen präsentiert würden. Ich glaube also, daß das leider nicht geht. (*Abg. Dr. Pittermann: Ein gewisser Slavik hat das zustandegebracht!*)

Mitterer

Ich freue mich, daß Sie heute denselben Dr. Kamitz, dem Sie damals, ich weiß nicht, was alles nachgesagt haben, in guter Erinnerung haben, ihm ein sehr gutes Zeugnis ausstellen. Ich unterschreibe dieses Zeugnis: Er war ein hervorragender, ausgezeichnete Finanzminister. Nur wir, meine Damen und Herren, haben das immer gesagt: Sie sagen es jetzt, nachdem er nicht mehr Finanzminister ist. Das ist der Unterschied! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Kreisky hat auf den ausländischen und inländischen Kapitalmarkt hingewiesen. Sicherlich wird die Beanspruchung des inländischen Kapitalmarktes etwas ausmachen; das ist gar keine Frage. Natürlich wird es der Kapitalmarkt spüren. Aber es ist doch so, daß der ausländische Kapitalmarkt dann entsprechend reagiert, wenn die Bedingungen einer Anleihe bekannt sind. Es liegen Mitteilungen vor, denen zufolge die Möglichkeiten derzeit gegeben sind. Ob uns dieser Kapitalmarkt in einigen Jahren weiterhin zur Verfügung stehen wird, das kann man heute nicht sagen. Niemand kann das sagen, in der ganzen Welt nicht! Wenn Sie heute mit dem Bankhaus Warburg oder mit anderen großen Bankhäusern reden, so werden sie es Ihnen auch nicht voraussagen können, denn das ist praktisch nicht vorzusehen.

Aber sicher ist, daß durch eine Beschränkung auf dem Kapitalmarkt mit etwa 6 Milliarden doch noch jener Spielraum offengelassen wird, der notwendig ist, um auch der Privatwirtschaft Möglichkeiten zu eröffnen.

Sie sagen, daß die Investitionen des Bundes nicht genügend hoch und nicht genügend breit gestreut werden, um einen auslösenden Effekt zu erzielen. Darf ich darauf hinweisen: Einschließlich der Investitionsförderung betragen die Ziffern für das Jahr 1966 13,5 Milliarden, 1967 16 Milliarden, 1968 17,4 Milliarden, und unter Einschluß des Eventualbudgets — das sage ich absichtlich extra, damit das ja nicht vermischt wird — werden es noch plus 2,4 Milliarden sein. Ich glaube: wenn man Ziffern nennen kann, dann ist das ein unbestechlicher Maßstab als irgendwelche Hypothesen. Es ist also so, daß die Steigerung in diesen drei Jahren allein — ohne dieses Eventualbudget — 30 Prozent, mit dem Eventualbudget aber wesentlich mehr gebracht hat.

Nun fragt man: Ja hat man das alles nicht gesehen, was kommt, wie konnte das nur so kommen? Aber ich glaube, Sie haben vergessen, daß unser Generalsekretär, mein Freund Dr. Withalm, schon im Vorjahr bei den Budgetverhandlungen auf den Ernst der Lage hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht

hat, daß wir uns in keiner leichten Situation befinden, aus Gründen, die ich am Eingang meiner Rede geschildert habe.

Bei der Budgeterstellung — und das erscheint mir jetzt sehr wichtig, denn hier wird der Vorwurf erhoben: Wie konnte der Finanzminister so utopische Zahlen annehmen? —, bei der Budgeterstellung also, die bekanntlich wesentlich früher stattfindet, als das fertige Budget zur Verfügung steht, waren sowohl das Institut für Konjunkturforschung wie die Wissenschaftliche Abteilung der Nationalbank als auch der Beirat, Herr Dr. Kreisky — damals hat er 4 bis 5 Prozent genannt —, und die Arbeiterkammer der Meinung, daß diese Größenordnungen richtig seien. Das ist kein Vorwurf, man kann sich irren. Alle diese wissenschaftlichen Institutionen haben aber dann zurückstecken müssen, weil die wirtschaftliche Entwicklung leider ganz anders geworden ist. Was hätte man aber dem Finanzminister gesagt, wenn er sich darüber hinweggesetzt und erklärt hätte: Mag sein, daß die das alles so sagen, ich glaube es nicht, ich mache es anders!?

Ich bin auch der Meinung gewesen — und Sie wissen, ich habe es ja auch damals gesagt —, daß wir zu optimistisch geschätzt haben, aber alle wissenschaftlichen Institute haben dagegen gesprochen. Und was würde jemandem passieren, der sagt: Ich richte mich nur nach dem Praktiker, die Wissenschaft ist mir egal, um die kümmere ich mich nicht!?

So billig kann man es sich also auch nicht machen und einfach nachher, nachdem man weiß, was sich ergeben hat, den Vorwurf erheben. Sicher wird es richtig sein, Wissenschaft und Praxis mehr zusammenzulegen, aber sicher ist es auch so, daß diesen Grad der Rezession, der weitgehend aus der Bundesrepublik gekommen ist, niemand vorausgesehen hat.

Schließlich ist doch immer wieder die Frage aufgerollt worden: Wie wird die Reaktion der Sozialpartner sein? Lassen Sie mich hier ein ganz offenes Wort aussprechen. Auch der sorgsamst ausgewogene Haushalt, der keinerlei Mängel aufweisen würde, bliebe ein Torso ohne entsprechende Lohn- und Preisdisziplin. Das Beispiel Englands zeigt, wohin man kommt und wie schwer es dann ist, ganz egal, ob dort ein links oder rechts gerichteter Mann an der Spitze sitzt; aber derzeit ist es ein Sozialist. Er hat alle Hände voll zu tun, und nicht erst seit ein paar Monaten „als böses Erbe einer vorherigen Regierung“ — Sie sagen ja immer, man solle sich nicht auf das Vorherige berufen, die Jetzigen sind schuld —, er hat alle Hände voll zu tun und kämpft sich von einem Streik zum nächsten

Mitterer

durch. Sicher ist das nicht angenehm, und sicher hat ein Wirtschaftspublizist recht, wenn er sagt, man kämpft hier zwischen Szylla und Charybdis, zwischen der Nachfrageinflation und der Kosteninflation.

Aber wenn man sich die letzten Wochen der „Lohnrunden“, wenn ich so sagen darf, ansieht, dann muß man eine gewisse Besorgnis hegen, denn diese Lohnforderungen waren weit höher, meine Damen und Herren, als es auch die optimistischsten Wachstums- und Produktivitätsratensteigerungen nur irgendwie zuließen. Darf ich Ihnen sagen, daß zum Beispiel im Handel 12 Prozent verlangt wurden. Es weiß jedes Kind, daß das weder mit höheren Preisen noch mit einem Produktivitätszuwachs noch mit einer Wachstumsrate etwas zu tun hat, sondern daß das Forderungen sind, die wirklich zu ernster Sorge Anlaß geben müssen. Die Arbeitskosten werden damit in Österreich stärker steigen als in den Konkurrenzländern, mit denen wir ja zu konkurrieren gezwungen sind. Der Exportzuwachs wird wahrscheinlich nicht so rasch steigen, wie wir es wünschen, und die Gewinne werden nicht steigen. Und daß es ohne Gewinne keine entsprechenden Investitionen gibt, das ist, glaube ich, heute eine Binsenwahrheit, die man nicht weiter erläutern muß. Daß Gewinnrückgänge nicht von mir behauptet werden, sondern immerhin maßgebliche amerikanische Institutionen feststellen — ich habe die diesbezüglichen Unterlagen —, das ist auch Tatsache. Damals haben Sie mich gefragt: Wer sagt das? Ja, es ist so, daß weltweit die Gewinne zurückgehen, und wenn es drei Konzerne gibt, bei denen es nicht so ist, und ein Land, nämlich Japan, wo es nicht gestimmt hat, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Gewinne eben rückläufig geworden sind.

Ich glaube daher nochmals sagen zu müssen, daß das Verhalten der Sozialpartner entscheidend sein wird, daß es weder Wunder geben kann noch irgendein Theaterdonner eine Vollbeschäftigung sichern kann, sondern daß die Vollbeschäftigung, die Stabilität, steigender Wohlstand und eine aktive Zahlungsbilanz nur durch Leistung gesichert werden können.

Professor Dr. Machlup, einer der bekanntesten Nationalökonomien österreichischer Abstammung, der in Amerika lebt, hat sehr richtig gesagt, daß die magischen Vierecks- und Dreieckslösungen nichts für ihn seien, weil er eben kein Magier sei, und nur Magier könnten magische Vierecke lösen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß nur echte Leistungen auch einen echten Erfolg garantieren.

Die ersten echten Ansätze — und auch das möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und

Herren, und das gilt sehr umfassend als Antwort auf das, was der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky vorgebracht hat —, die ersten echten Ansätze einer Budgetsanierung, und zwar nicht nur einer heurigen, sondern einer Umschichtung: mehr Eigenbeitrag, weniger Staatshilfe, die Teilrevision der Agrarpolitik, mehr Wettbewerb, Abbau verschiedener unnötiger Verwaltungsarbeiten, sind in diesem Budget praktisch das erste Mal festgelegt worden. Natürlich nicht voll und ganz, und natürlich bleiben Fragen offen. Aber es ist ein erster wesentlicher Schritt getan worden. Es kann keine Neuverteilung von Gaben geben, wie es in der Zeit des Wachstums der Fall war, sondern ein Opfer für alle, das natürlich möglichst gerecht verteilt werden soll.

Wenn nun Herr Abgeordneter Dr. Kreisky immer wieder sagt und auch der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann diesen alten Schlager „Also laß die Reichen zahlen“ wieder gebracht hat, dann muß ich doch — ich weiß, Sie hören das nicht gerne — den Herrn Professor Fritz Klenner, den Sozialisten, zitieren, der gesagt hat:

„Nun könnte man sagen, nehmen wir den Unternehmern etwas weg und geben wir den Arbeitnehmern darum mehr. So einfach sind die Dinge nicht. Das Ergebnis wäre enttäuschend, denn wenn man wenigen etwas nimmt, um vielen etwas zu geben, kommt nicht viel dabei heraus.“ So Professor Klenner, nicht etwa ich. Und er schreibt dann: „Es gibt in der Wirtschaft keine Wunder. Nur menschliche Leistung schafft Wunder.“ — Ich darf also doch darauf Bezug nehmen, es ist sicher ein unweidlicher Zeuge. (*Abg. Dr. Kreisky: Vollkommen einverstanden!*)

Nun möchte ich auf einen Punkt kommen, der mir, wie ich glaube, doch sehr wesentlich erscheint. Es hat mich eigentlich sehr gewundert, fast muß ich, wenn man auch in der Politik abgebrüht wird, sagen, es hat mich sehr betroffen, daß der Herr Vizekanzler und derzeitige Klubobmann der SPÖ in seiner sonst gar nicht irgendwie gehässigen Rede plötzlich Töne angeschlagen hat, die wirklich nicht schön sind und die besser unterblieben wären. Er hat, laut dem vorliegenden Protokoll, unter anderem zu der Frage der Bauern gesagt: „Und da haben, kann man nur sagen, die Herren Bauernbündler in der ÖVP die Unverfrorenheit, von den Beamten zu verlangen, daß sie durch eine Erhöhung des Pensionsbeitrages auch ein Opfer auf sich nehmen sollen wie die Landwirtschaft in dem Fall bei einer Erhöhung des Preisausgleiches in der Milchwirtschaft allein um 311 Millionen Schilling.“ Er hat dann eine sehr unschöne Bemerkung bezüglich der Bauern gemacht.

Mitterer

Ich muß Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie erklärt haben, Sie haben die Bedenken, daß eine ernste Zeit kommen könnte — die haben wir auch, außenpolitisch sicher, es liegen die Dinge weltweit gesehen ja nicht gerade zum Besten —, und wenn man der Meinung ist, daß es im Fernen Osten oder auch hier zu irgendwelchen Verwicklungen kommen könnte, die wir alle nicht beeinflussen können, dann wird, meine Damen und Herren, wenn die Sturmglöckchen in dem Land läuten, der Bauer wieder die Ernährung sichern müssen und nicht irgendeine Theorie! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist sicher so, daß das Budget noch manche Wünsche offenläßt. Es wird auch weiter Wünsche offenlassen, und die Tatsache, daß alle Interessenvertretungen — wir alle haben keine Freude damit, meine Damen und Herren, denn wer hat denn Freude, wenn er etwas hergeben muß, anstatt etwas zu bekommen? — aufgejault haben und dagegen Sturm gelaufen sind, zeigt, daß doch offenbar die Lasten ziemlich gerecht verteilt worden sind. Daß man sie nicht mit der Apothekerswaage verteilen kann, das wissen Sie genauso wie wir. Und daß weitere Schritte folgen müssen, daß man selbstverständlich versuchen muß, dieses System einer Umstrukturierung des Budgets weiterzutreiben, ist kein Geheimnis; es ist nur ein erster Schritt.

Nun haben Sie gesagt: Wir, die Opposition, sind nicht dazu da, Ihnen ein Alternativbudget zu geben! Ja, meine Damen und Herren, sicherlich nicht, ganz klar. Wir haben auch nicht erwartet, daß Sie nun einen so dicken Wälzer bringen und sagen werden: Punkt für Punkt haben wir jetzt ein Alternativbudget. Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, Sie sind viel zu klug und routiniert, um glauben zu machen, daß Sie das wirklich angenommen hätten. Was wir angenommen hätten, war, daß Sie in großen Zügen, großzügig gesprochen, also nur im Rahmen gesehen, diese oder jene Partie vorgeschlagen hätten, daß Sie gesagt hätten: Wir bieten — nicht in einzelnen Positionen ausgeleuchtet, sondern in toto — eine Alternative; wir haben zwar eine Forderung an das Budget in dieser oder jener Richtung, aber wir schlagen euch vor, auf der anderen Seite diese Art der Bedeckung zu finden.

Das haben Sie nur in einem Punkt getan, als Sie gestern oder vor einigen Tagen hier im Hause gesagt haben — so ungefähr war ja diese Äußerung —: „Tausche Erbschaftsteuer gegen Studentenhilfe.“ So ungefähr war diese Annonce eingebaut. So billig, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, kann man sich das doch wirklich nicht machen! Sie wissen ganz genau, daß man zu großen anderen

Forderungen auch große Bedeckungen vorschlagen muß und daß die Alternativen anscheinend so schwierig zu stellen sind, daß Sie bisher keine gefunden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß uns die Tatsache, daß es bisher in der ganzen Debatte keine echte Alternative, sondern nur eine Addition der Forderungen gegeben hat, zu denken geben sollte. Sicherlich, ich bestreite es gar nicht: Wenn Sie diese und jene Forderungen aufstellen — wer wollte sie nicht auch erfüllen? Natürlich sind eine ganze Reihe von Forderungen berechtigt, aber zuerst muß man die Bedeckung wissen, dann kann man die Forderungen erst erfüllen.

Man redet immer wieder von steigenden Preisen. Es ist richtig, wir haben steigende Preise, so wie die ganze Welt, aber wenn wirklich einmal Dinge billig zu haben sind — denken Sie nur daran, was sich heuer mit den Paradeisern abgespielt hat —, dann nimmt sie doch kein Mensch, und es redet auch kein Mensch davon, sondern nur von dem, was teurer wird. Was billiger wird, was der Markt hergibt, was zu Schundpreisen offen hier liegt — der Artikel hier schreibt von „Schleuderpreisen“, die geboten werden —, das ist in dieser Wohlstandsgesellschaft offenbar nicht mehr sehr gefragt. *(Abg. Moser: Sagen Sie das einem Arbeiterrentner, daß wir in Wohlstand leben!)* Herr Kollege, ich habe gesagt: in der „Wohlstandsgesellschaft“. *(Abg. Moser: Haben Sie den Mut und reden Sie mit denen vom Wohlstand!)* Herr Kollege, mit Ihrem Mut nehme ich es noch auf! *(Abg. Sekanina: Das ist doch eine oberflächliche Argumentation, bar jeder Kenntnis der Situation! — Ruf bei der SPÖ: Alles Phrasen!)* Es ist keine Phrase, wenn ich Ihnen sage, daß Artikel, die in großen Massen angeboten werden, nur dann abgesetzt werden können, wenn sie mehr kosten; denn so viele Kapitalisten haben wir in Österreich nicht, daß das alles nur die Kapitalisten kaufen. Das sind billige Ausreden! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hat auch auf den Margarinepreis hingewiesen. Sicherlich ist es nicht erfreulich, wenn in der Frage des Margarinepreises eine Änderung kommen soll. Aber wenn Sie bedenken, daß diese Erhöhung für den Endverbraucher etwa 1,50 S pro Kilogramm ausmachen wird, können Sie nicht sagen, wie Sie es getan haben, das sei nicht tragbar; denn, und das muß ich Ihnen leider immer wieder vorhalten — der Herr Abgeordnete Lanc ist jetzt nicht da, er ist dann immer sehr böse und ungehalten —, wenn die Straßen-

5590

Nationalrat XI. GP. — 68. Sitzung — 27. Oktober 1967

Mitterer

bahn in Wien, die man täglich benutzen muß, um 1 S teurer wird, dann ist das tragbar, aber eine Erhöhung um 1,50 S pro Kilogramm Margarine sei des Guten zuviel. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wo sind da die ökonomischen Zusammenhänge?*) Verehrte Frau Doktor, die ökonomischen Zusammenhänge sind für die Familie: Wenn der kleine Verdienner zahlen muß, dann ist es für ihn völlig Wurst, ob für die Straßenbahn oder für etwas anderes. Was es seinen Geldbeutel kostet, das interessiert ihn, aber nicht die ökonomischen Zusammenhänge. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist doch das demagogischste, was es überhaupt gibt!*)

Nun sagt man: In der Frage der Bildung und der Investition haben wir nichts getan. Wenn Sie sich den Bausektor ansehen, wenn Sie sich das Kapitel Bildung ansehen, können Sie doch wirklich nicht sagen, daß nichts geschieht. Aber eines, meine Damen und Herren, sollte man dabei auch überlegen. Ich habe hier eine Nachricht aus der deutschen Bundesrepublik vorliegen, ähnliche Informationen bekomme ich nun auch laufend aus Norwegen, es soll aber auch in anderen Ländern so sein. An den Universitäten in der Bundesrepublik, in Norwegen und auch in anderen Ländern gilt bereits ein Numerus clausus, Gott sei Dank nicht jener, den wir einmal in übelster Form kennengelernt haben, sondern hinsichtlich der Anzahl der Studenten. Und es ist so, daß aus wesentlich reicheren Ländern Studenten nach Wien kommen und hier studieren, weil sie an ihrer eigenen Universität keinen Platz finden. Nun könnte man sagen: Das ist ja sehr gut, wenn sie zu uns kommen, wir werden dann besser angeschrieben sein. Aber wenn das so weitergeht, daß die deutschen Universitäten Hörer ablehnen und wir sie alle aufnehmen sollen — meine Herrschaften, gegen eine solche Explosion ist niemand gefeit, und man kann nicht sagen, es sei eine Kulturpleite, wenn man nicht gegenüberstellt, wie viele Studenten heute studieren und wie viele — nicht etwa vor 30, 40 Jahren, nein — vor fünf oder sechs Jahren studiert haben.

Ich glaube also, hier müssen wir der Wahrheit das Recht einräumen: Noch niemals in den letzten Jahren ist soviel für Kultur und Bildung getan worden, und es ist sehr bedauerlich, daß man das nur mit dem Wort „Kulturpleite“ quittiert. (*Abg. Lanc: Kulturpleite ist, wenn Sie Margarine mit der Straßenbahn vergleichen!*) Das gehört genauso zum Budget. Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann sprach von Margarine, und ich erlaube mir, auch von den Straßenbahnpreisen bei

den Lebenshaltungskosten zu sprechen. Das ist nur sehr unangenehm für Sie und keine Pleite für mich. (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich zum Schlusse kommen und sagen: Das Budget, das wir hier vorliegen haben, ist zweifellos kein Idealbudget, aber es ist ein Realbudget, es fußt auf echten Ziffern. Natürlich, meine Damen und Herren, werden Sie mir sagen können: Wer sagt denn, daß diese Ziffern auch so eintreffen werden? Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, Sie haben das in Ihrer Rede erwähnt: Noch niemals gab es in einem Land der Erde eine Voraus-schätzung, die apodiktisch so eingetroffen ist, wie man sie angenommen hat, denn wenn es das gäbe, gäbe es ja praktisch überhaupt keine Probleme, denn dann wüßte man die Einnahmen und Ausgaben alle schon im voraus. Man kann einen Teil der Ausgaben und einen Teil der Einnahmen entsprechend vorausberechnen, aber es gibt sehr viele Imponderabilien, die Sie niemals vorausberechnen können. (*Abg. Dr. Kreisky: Aber 4 Milliarden ist viel!*) Ich bedaure nur, ich habe Sie auch nicht unterbrochen, aber Sie lassen mich nicht einmal einen Satz sagen, weil Ihnen das so unangenehm zu sein scheint. (*Abg. Weikhart: Mitterer ist nie unangenehm! — Abg. Dr. Kreisky: Ich lasse Sie schon reden!*) Herr Dr. Kreisky, warum lassen Sie mich nicht doch wenigstens ausreden? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kreisky.*) Nein, nein, Sie haben ununterbrochen zu mir hergesprochen, ich habe nicht gewußt, daß das dort hinüber gilt.

Niemand kann präzise Konjunkturprognosen stellen, das ist sicher, und wir werden das auch niemals zustande bringen. Aber wir haben nach Wissenschaft und Praxis die Ziffern so erstellt, daß sie, falls nicht unvorhergesehene Dinge eintreten, stimmen werden. Darüber hinaus wurde ein Eventualbudget erstellt.

Bezüglich des Eventualbudgets wurde, ich weiß nicht, ob von Ihnen oder vom Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann, die Erklärung abgegeben, es sei völlig falsch formuliert. Darf ich Ihnen dazu sagen: Es gibt keine wissenschaftlich klare Definition des Eventualbudgets; es gibt sehr viele Auslegungen, aber keine davon ist gültig und unbestritten. Das Eventualbudget ist dafür geschaffen worden, falls die Flaute in der Konjunktur weiter anhalten sollte, entsprechende neue Investitionsstöße zu verabreichen. Die Nationalbank hat ihren Diskontsatz gesenkt und die Mindestreserven herabgesetzt — rascher, als wir es eigentlich geglaubt haben —, in der Familien- und Sozialpolitik haben wir eine ganze

Mitterer

Reihe von Dingen gemacht. Es wird hier so getan, als ob das nichts wäre. Es ist natürlich noch nicht alles. Ich glaube, wir haben auch in anderer Richtung tatsächlich sehr viel von dem erreicht, was heute offenbar als selbstverständlich gilt. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Zum Abschluß möchte ich sagen: Dieses Budget ist, wie gesagt, nicht erfreulich, aber wir haben uns sehr, sehr bemüht, der Wahrheit Rechnung zu tragen und die Bevölkerung schonungslos auf die Tatsachen aufmerksam zu machen. Vielleicht können wir uns eines Ausspruches erinnern, den der allzu früh verstorbene Präsident Kennedy nicht mehr bringen konnte, weil er zwar die Skizze der Rede schon in der Tasche trug, aber vorher dem Mordanschlag zum Opfer fiel. Er hat diese Rede mit dem sehr gut geprägten Satz abschließen wollen: „Frag nicht immer, was du vom Staat bekommen kannst, frag auch manchmal, was du ihm zu geben vermagst!“ Das sollte uns eine Richtschnur sein. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hertha Firnberg, auf die Bänke der ÖVPweisend: Dort hinüber sagen Sie das!)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen hat mich der Herr Generalsekretär der Volkspartei in einer Fernsehdiskussion aufgefordert, Ratschläge und Vorschläge der Freiheitlichen in dieser schwierigen Budgetsituation zu geben. Ich habe Ihrem Generalsekretär schon damals gesagt, daß es mit den Ratschlägen, die wir Freiheitlichen sehr oft und gerne in diesem Hause gegeben haben, eine eigene Bewandnis hat, weil Sie diese Ratschläge, die Sie wahrscheinlich selbst als gut empfinden, zwar aufnehmen, aber nicht befolgen.

Sie haben die von uns vorgeschlagene Verwaltungsreform und die Sparsamkeit in der Verwaltung in Ihr Wahlprogramm aufgenommen, aber aus dem Budget erkennen wir nun, daß Sie genau das Gegenteil machen. Sie haben unseren Ratschlag, die Staatsverschuldung in Grenzen zu halten, zwar durchaus bejaht, aber Sie haben, wie wir nun sehen, die Absicht, die Staatsschuld um 9,2 Milliarden Schilling zu vergrößern. Sie haben unseren Vorschlag, das EFTA-Abenteuer nicht einzugehen, sondern eine Annäherung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu suchen, zwar in Versammlungen bejaht, aber Sie haben unsere Vorschläge hier im Parlament zur Gänze niedergestimmt. Sie sehen

also: Unsere Ratschläge sind bisher bei Ihnen auf wenig fruchtbaren Boden gefallen.

Nun aber, da wir das Budget kennen, können wir Freiheitlichen der Volkspartei, der Regierung und den Ministern nur einen Rat geben: Herr Finanzminister, nehmen Sie Ihren Hut und treten Sie zurück! Wenn Sie dabei auch noch den einen oder anderen Ministerkollegen mitnehmen *(sich nach der Regierungsbank umwendend)* — einige sind anscheinend schon vorausgegangen —, wäre das der geringste Verlust, den Österreich in diesem Jahr erleiden würde! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Regierung muß die Verantwortung tragen. Das mag schwer sein, aber das Los des Volkes ist noch viel härter, denn das österreichische Volk muß diese Regierung ertragen. Das ist das bei weitem härtere Los.

Man hat heute hier von verschiedenen Finanzministern gesprochen. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß zum Beispiel der frühere Finanzminister Kamitz wiederholt auch die Zustimmung der Freiheitlichen zu seiner Finanzpolitik gefunden hat. Aber ebenso müssen wir Ihnen sagen, daß sehr vieles, was in diesem Budget Ausdruck gefunden hat, auf Vorschläge von Ihnen, Herr Finanzminister, auf Vorschläge des Herrn Bundeskanzlers und der Regierungspartei zurückgeht. Sie haben in Ihrer Budgetrede ganz offen zugegeben, daß dieses Budget nur dann durchführbar ist, daß die Regierung ihre Pläne überhaupt nur dann durchführen und nur im Amte bleiben kann, wenn es ihr gelingt, im nächsten Jahr die Preise zu erhöhen. Sie fügten hinzu, Sie möchten hier offen sagen, daß das unvermeidlich zu Preissteigerungen führen müsse. Damit ist, glaube ich, das Urteil über das Budget und über die Regierung gesprochen.

Sie haben in der Vergangenheit immer wieder das Schlagwort vom „Budget der Realität“ gebraucht. Ich muß Ihnen, Herr Finanzminister, heute sagen: Selten war ein Budget so wenig real wie das, das Sie hier vertreten. Real ist die Tatsache, daß es jetzt zu Steuererhöhungen kommt. Eine Realität ist Ihre Erklärung, daß diese Steuererhöhungen Preiserhöhungen für das ganze Volk mit sich bringen werden. Real ist die Tatsache, daß wir heuer mit einem Abgang von 7,5 Milliarden Schilling rechnen müssen, obwohl Sie auf Grund Ihrer Erkenntnis und der Erkenntnisse Ihrer Beamten — hunderte Beamte haben am Budget gearbeitet — dem Haus fest versprochen haben, daß wir mit 3,5 Milliarden auskommen werden. Jetzt sind Sie so klein und geben zu: es sind schon 7,5 Milliarden. Wir wissen nicht, wo die Grenze sein wird.

Zeillinger

Das alles, Herr Finanzminister, sind die Realitäten Ihrer Politik und der Politik der Regierung Klaus. Das sind die Realitäten, mit denen wir uns zu beschäftigen haben und mit denen sich auch das österreichische Volk abfinden muß.

Sie haben erklärt — allerdings muß ich hier gleich zu Ihrer Rehabilitierung sagen, daß das nicht heuer der Fall war —, daß Sie ein „währungsneutrales“ Budget anstreben. Sie haben heuer — das mußte man aus Ihrer Rede fein herauslesen — dieses Wort nicht mehr gebraucht. Denn ein währungsneutrales Budget setzt voraus, daß von ihm keine preissteigernden Impulse ausgehen. Wenn wir die Entwicklung der Verbraucherpreisindexe in der Zeit, in der Regierungszeit, die Sie zum Teil auch mitzuverantworten haben, anschauen, dann stellen wir fest: Wir hatten im Jahr 1964 einen Gesamtindex von 119,1; er stieg 1965 auf 125,5 und 1966 auf 127,8. Wir erfahren, daß der Verbraucherpreisindex in den ersten acht Monaten des Jahres 1967 um 3,9 Prozent über dem Vorjahrsstand lag. Er hat sich also in vier Jahren um rund 13 Prozent erhöht.

Sie haben immer wieder sehr viele Professoren beigezogen, und da muß doch einer darunter gewesen sein, der Sie aufmerksam gemacht hat, daß ein währungsneutrales Budget dann nicht mehr vorliegt, wenn die Zahlen ein solches Ergebnis zeigen. Trotzdem sind Sie immer wieder vor das Hohe Haus hingetreten und haben erklärt, daß Sie ein währungsneutrales Budget vorzulegen entschlossen sind. Heuer haben Sie aber zum erstenmal zugegeben, daß all das, was voriges Jahr im Regierungsprogramm Ihrer Partei gestanden ist, Illusionen waren und daß dieses Budget praktisch das Gegenteil davon herbeiführen wird.

Ich weiß nicht, Herr Finanzminister, warum Sie sich in einen solchen Gegensatz zum Programm Ihrer eigenen Partei setzen. Es mögen parteiinterne Schwierigkeiten sein, die Sie möglicherweise haben. Es ist geradezu der Eindruck entstanden, daß Sie bewußt das Gegenteil von dem machen, was Kanzler Klaus und die Volkspartei im vorigen Jahr dem österreichischen Volk versprochen haben.

Reform der Umsatzsteuer — eine Reform kommt jetzt! Die „Reform“ der Umsatzsteuer kommt, indem Sie die Umsatzsteuer erhöhen. Das ist Ihre Reform der Umsatzsteuer. Und dabei sagen Sie schon wieder die Unwahrheit. Man sagt nach außen hin: Welche Rolle spielt schon ein Viertelprozent? Sie verschweigen dabei, daß Sie erstens nicht die Umsatzsteuer erhöhen, sondern einen Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer, damit die Länder und Gemeinden ja leer ausgehen; denn die Re-

gierung Klaus hat, seitdem sie im Amt ist, eine gemeinde- und länderfeindliche Politik betrieben und alles getan, um sich selber im Amt halten zu können. Auch hier stecken Sie ohne Rücksicht auf Länder und Gemeinden die ganze Steuererhöhung für den Bund ein. Sie verschweigen aber, daß dieses Viertelprozent Steuer vielfach erhoben wird, denn jeder, der Umsatzsteuer bezahlt — bei jedem Vorgang muß Umsatzsteuer bezahlt werden —, leistet ein Viertelprozent! So, wie einmal ein Mann gesagt hat, er lebe von den berühmten drei Prozent, so leben Sie von den mehrmals eingehobenen Viertelprozenten. Am Schluß haben wir wieder die Preiserhöhung, die Sie ja selber in Ihrer Regierungserklärung angekündigt haben.

Sie haben sich leider Gottes, als Sie Minister geworden sind, nicht von der Regierungserklärung distanziert, die damals der neben Ihnen sitzende Dr. Klaus abgegeben hat. Wenn Sie ehrlich gewesen wären, hätten Sie damals sagen müssen: Der Kanzler kann reden, was er will, ich, Schmitz, erhöhe die Umsatzsteuer und denke gar nicht an die Sparsamkeit und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung!

Wenn wir jetzt das Ganze durchschauen — ich werde mir erlauben, das eine oder andere Beispiel herauszugreifen —, dann muß ich Ihnen sagen, daß genau das Gegenteil von Sparsamkeit gemacht wird. Von Sparsamkeit ist überhaupt keine Rede, im Gegenteil: Sie haben die Staatsausgaben für das nächste Jahr wesentlich erhöht. Ich weiß nicht, wie weit Ihnen die Regierungspartei folgen wird. Aber für den Fall, daß Sie sich an Ihr Programm gebunden fühlen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, dann empfehle ich Ihnen, Ihr eigenes Wahlprogramm und Ihre Regierungserklärung vom Vorjahr noch einmal genau durchzulesen. Ich bin überzeugt, Sie werden dann in der nächsten Klub-sitzung den Finanzminister abberufen, denn Sie werden feststellen, daß er in allen Punkten zum Programm der Regierungspartei in Widerspruch geraten ist.

Der Bundeskanzler sprach damals allerdings von einer erfolgreichen Budgetpolitik, aber die Erfolge sehen wir jetzt an den nüchternen Ziffern. Damals wurde vom Kanzler erklärt: Wir bleiben auf der Straße des Fortschrittes! Erlauben Sie mir, daß ich mich mit diesen Fortschritten etwas befasse.

Einer dieser „Fortschritte“ ist zum Beispiel gestern hier in Form der Regierungsvorlage 641 der Beilagen: 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967, auf unsere Schreibtische geflattert. Da stellen wir fest, daß große Einnahmehäufungen, beispielsweise bei der Post 200 Millionen, bei der Bahn 250 Millionen, eingetreten sind;

Zeillinger

insgesamt sind es bei den Betrieben 600 Millionen, und das trotz der Tarifierhöhungen. (*Abg. Steininger: Gerade wegen der Tarifierhöhungen!*) Herr Finanzminister! Erinnern Sie sich noch an die Ausführungen der freiheitlichen Opposition, die gesagt hat: In der Zeit einer Rezession kann man keine Tarife erhöhen. Das hat gegenteilige Folgen, Sie werden Abgänge haben! — Damals sind Sie hier gesessen und haben genauso wie heute von oben herab gelächelt. Wenn man 85 Mandate hat, hat man auf jeden Fall „die Mehrern“ und glaubt, auch klüger zu sein. Sie lächeln auch jetzt über meine Ausführungen. Lesen Sie unsere Reden von damals! Genau das ist eingetreten. Der Herr Finanzminister und der Herr Kanzler wollten es nicht glauben. Aber jeder, der die Verhältnisse einigermaßen kennt und bereit ist, sich auf diesem Gebiet ein bißchen weiterzubilden, hat Ihnen bestätigt: Man kann in der Zeit der Rezession die Tarife nicht erhöhen. Das führt unweigerlich zu einem Ausfall auf der Einnahmenseite. Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie alle haben das bestritten. Nun kommt plötzlich eine Regierungsvorlage, die wortwörtlich das bestätigt, was die Freiheitlichen in diesem Hause erklärt haben, und die Sie in allen Punkten widerlegt. Es war merkwürdig: Kein Sprecher — weder der Herr Generalsekretär noch Kollege Mitterer — hat nur ein Wort über diese Fehleinschätzung verloren. Es kam also zu einer Fehleinschätzung von 600 Millionen, weil Sie unseren Worten — dem, was an und für sich die Wissenschaft weiß und was wir Freiheitliche gar nicht als eigenes Wissen ausgeben, sondern was wir gelesen und hier objektiv wiedergegeben haben — nicht geglaubt haben. Mit einem Federstrich gehen Sie darüber hinweg und sagen: Das war eben eine der vielen Fehleinschätzungen, die wir im vergangenen Jahr gemacht haben. Das ist einer der vielen „Fortschritte“, die wir hier erleben.

Auf einen legistischen „Fortschritt“ möchte ich auch noch zu sprechen kommen, auf einen sogenannten Fortschritt, mit dem wir uns jetzt zu beschäftigen haben: Wir führen augenblicklich die Generaldebatte über das Budget 1968 durch. Wir besitzen ja dieses Budget noch gar nicht; das soll kein Vorwurf gegen jene sein, die sich sicher bemühen, daß wir es rechtzeitig bekommen. Wir haben erst einzelne Teile davon erhalten, aber wir wissen schon folgendes: Es ist auf jeden Fall ein Budget mit falschen Ziffern! Das ist unbestritten, und es kann auch kein Sprecher der Regierungspartei bestreiten. Denn in diesem Budget sind Ansätze enthalten, die durch die gegenwärtige Steuerlage nicht gedeckt sind. Das heißt: Dieses Budget kann mit den vor-

liegenden Ziffern nur dann verwirklicht werden, wenn auch noch Steuergesetze mit Steuererhöhungen, entsprechenden Preiserhöhungen und damit Mehreinnahmen für den Staat kommen; das ist unbestritten.

Wir wissen ja auch bereits, daß die Regierung die Absicht hat, jene Gesetzesvorlage in das Parlament zu bringen, die die entsprechenden Steuererhöhungen nach sich ziehen werden. Diese Gesetzesvorlagen sind aber noch nicht da. Und wir wissen auch, daß das Parlament — das möchte ich in aller Offenheit sagen — nicht in der Lage ist, Herr Finanzminister, diese Steuererhöhungen noch heuer zu beschließen. Das ist ein schlechtes Timing, das ist geradezu ein Merkmal der Regierung Klaus. Sie legen ein Budget vor; Sie wissen aber genau, daß dann, wenn Sie ein wahrheitsgetreues Budget vorlegen, die Regierung noch am gleichen Tage zurücktreten müßte. Sie legen ein Budget mit bewußt falschen Ziffern vor, nur um sich noch auf Ihren Ministerstühlen zu halten. Sie kündigen kommende Steuererhöhungen an, wissen aber, daß diese Steuererhöhungen nicht mehr kommen können. Voraussetzung für Ihr Budget ist aber, daß die Steuererhöhungen am 1. Jänner in Kraft treten. Das ist jedoch völlig ausgeschlossen, weil sich das Parlament erst im nächsten Jahr mit den viel zu spät vorgelegten Steuererhöhungen wird befassen können.

Dazu kommt noch eine durchaus fragliche Situation: Ich bin zwar kein Prophet — es sitzt auch kein Freiheitlicher im Bundesrat —, aber ich könnte mir vorstellen, daß der Bundesrat diese Gesetze nicht wird durchgehen lassen. Sie werden also wieder zurück in den Nationalrat kommen; es wird nach einiger Zeit ein Beharrungsbeschluß zustande kommen, und irgendwann einmal im März oder April werden dann jene Steuererhöhungen realisiert werden. Sie werden vor der Tatsache stehen, die Steuern entweder mit rückwirkender Kraft zu erhöhen — das wird eine recht interessante Situation werden, Sie müssen dann bereits ab 1. Jänner auf Grund falscher Ziffern die entsprechenden Steuern und Abgaben einheben —, oder Sie müssen dann im März jedem Geschäftsvorgang nachrennen und eine Nachversteuerung vornehmen. Ich weiß nicht, für welchen Weg Sie sich entschieden haben; Sie haben das bisher dem Hause noch nicht mitgeteilt. Aber es wird bei gewissen Produkten sehr schwierig sein, dann noch nachträglich Steuererhöhungen durchzuführen. Oder Sie stellen den gesetzmäßigen Zustand her, das heißt: Die Steuererhöhungen können erst ab dem Zeitpunkt in Kraft treten, wenn das Gesetz vom Parlament ordnungsgemäß verabschiedet

Zeillinger

wurde. Dann ist aber Ihr Budget zusammengebrochen, denn dann ist nur ein Bruchteil von dem, was Sie wollen, erfüllbar.

Das verstehen Sie unter „Fortschritten“: Einmal sind es die Druckfehler, das nächste Mal kommen Gesetze zu spät ins Haus, dann kommen Gesetze her, die, kaum daß sie beraten wurden, wieder zurückgezogen werden.

Jetzt legen Sie ein Budget vor, das von A bis Z mit falschen Ziffern ausgestattet ist, das überhaupt nur erfüllt werden kann, theoretisch erfüllt werden kann, wenn Sie eine Mehrheit für Gesetze finden, die Sie erst in der Zukunft einbringen wollen, wobei aber feststeht, daß das vor Ende dieses Jahres einfach nicht mehr sein kann, und wobei Sie sich auch mit größter Wahrscheinlichkeit — Sie sagen, Sie seien ein Realist — als Realist sagen müssen: Diese Steuererhöhungen gehen im Bundesrat nicht durch, sie kommen also in den Nationalrat zurück, es kommt zu einem Beharrungsbeschluß. Es vergehen Monate, und es ist daher das, was Sie vorgetragen haben — Ihre Rede mit den beigedruckten Einnahmen —, von A bis Z falsch!

Das nennen Sie anscheinend eine Politik des „Fortschrittes“. Aber ich frage ernsthaft, Herr Finanzminister: Hat das Parlament nicht Anspruch darauf, Beratungen über wahre Ziffern zu führen? Was sind nun die wahren Ziffern? Jene ohne Steuererhöhungen? Dann sind die Ziffern, die Sie uns vorgelegt haben, falsch. Oder die Ziffern mit den Steuererhöhungen? Wenn wir diese dem Budget zugrunde legen, dann müssen wir sagen: Sie können nicht etwas annehmen, was Sie nicht sicher wissen. Es könnte sein, daß bei Abgeordneten der Volkspartei auf Grund der Wahlergebnisse Bedenken auftauchen und sie nicht bereit sind, Ihr Vabanquespiel und Lizitationsspiel bei den Steuererhöhungen mitzumachen. Dann bricht Ihr Budget zusammen. Dann haben Sie im Dezember von der Mehrheit ein Budget bekommen, das nicht verwirklicht werden kann!

Herr Finanzminister! Das ist eine Frage, die vor Eingang in die Generaldebatte, vor der ersten Lesung geklärt werden sollte, denn alles, was wir jetzt sprechen und beraten, ist illusorisch, ist aufgebaut auf Möglichkeiten: Möglicherweise wird die Regierung im Hause eine Regierungsvorlage einbringen; möglicherweise wird sich dafür eine Mehrheit finden; möglicherweise wird der Bundesrat zustimmen oder nicht zustimmen, und es muß dann ein Beharrungsbeschluß gefaßt werden. Auf jeden Fall steht aber fest: Sie müssen die Gesetze rückwirkend in Kraft setzen. Ich weiß nicht, wie Sie das legislatisch werden vertreten können. Ich mache Sie

schon jetzt darauf aufmerksam, daß ich bereits den Verfassungsgerichtshof zusammenreten und den Stab über den rechtlosen Zustand brechen sehe. Ich frage Sie: Wie lange wollen Sie noch den Weg der Rechtlosigkeit und der Mißachtung des Parlamentes gehen?

Das ist, Herr Finanzminister, eine sehr ernste Situation. Ich gehöre dem Hause „erst“ seit 13 Jahren an. Ich habe mich bei alten Beamten dieses Hauses erkundigt und erfahren: Eine solche Situation, daß ein Budget eingebracht worden ist, das Gesetze voraussetzt, die erst in der Zukunft von der Regierung ins Haus gebracht werden, und ein Budget, das nur dann erfüllt werden kann, wenn diese in der Zukunft einzubringenden Gesetze hier eine Mehrheit finden — all das ist keinem Mann dieses Hauses bekannt. Es wäre interessant, zu erfahren, ob Sie ein Beispiel dafür bringen können, daß es jemals eine so einmalige Situation in der Budgetpolitik gab.

Man kann nun der Regierungspartei — jetzt werde ich fast ein Verteidiger der Regierungspartei — an vielem die Schuld geben, man kann darüber streiten, ob dieses und jenes richtig ist, aber man muß von einem Minister und einer Regierung verlangen, daß sie ihre beschworenen Pflichten erfüllen. Im Hinblick darauf, wie Sie hier dem Parlament gegenüber treten und Budgetpolitik betreiben, erklären wir Ihnen: Sie verletzen bewußt die Gesetze oder Sie mißachten das Haus! (*Abg. Dr. Pittermann: Beides!*) Vielleicht beides. Ich glaube, es wäre notwendig gewesen, daß Sie heute vor Beginn der Sitzung — da nun feststeht, daß Ihr Wunschtraum ausgeträumt ist, daß beides, nämlich Steuererhöhungen und Budget, noch in diesem Jahr verwirklicht werden können — dem Hause eine offene Erklärung abgeben, wie Sie sich das vorstellen. Ich erkläre Ihnen, Herr Finanzminister: Wenn Sie diese Erklärung nicht abgeben, dann nehmen wir Freiheitlichen an, Sie haben selber zur Stunde noch keine Vorstellung, wie es weitergehen soll. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum Sie schweigen, einfach alles dem Zufall überlassen und weiter den Weg der Gesetzlosigkeit und der Gesetzwidrigkeit gehen. (*Abg. Dr. Pittermann: Und die Verlässlichkeit der Mamelucken! Die stimmen für alles!*)

Herr Finanzminister, eine andere Frage: Wir haben heute schon sehr oft von anderen Möglichkeiten gesprochen. Wir Freiheitlichen haben wiederholt die Regierung aufgefordert, doch einmal dem Gedanken der Erfüllung ihres eigenen Regierungsprogrammes näherzutreten und die versprochene Sparsamkeit und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung herbeizuführen. Ich glaube, man müßte in diesem Falle in diesem Hause, nicht bei den Beamten

Zeillinger

und Angestellten des Hauses, sondern bei der Gesetzesarbeit dieses Hauses beginnen. Denn eine Verwaltungsreform hat ja nur dann einigermaßen Aussicht, erfolgreich zu sein, wenn die entsprechenden Gesetze als Voraussetzung geschaffen werden.

Sie sprechen andauernd von der Modernisierung und Sparsamkeit der Verwaltung, bringen aber andauernd Gesetze ein, die nach den Erfahrungen, die man in anderen Staaten gewonnen hat und bei denen man leicht Vergleiche anstellen kann, die Verwaltung nur verkomplizieren und verteuern. Wenn Sie diesen Weg weitergehen wollen, dann kommen Sie mit Ihrem Budget — das sage ich Ihnen gleich — auch im nächsten Jahr nicht aus. Das wird sicher der Fall sein, wenn Sie sich nicht den Standpunkt zu eigen machen können, daß eine modernere und sparsamere Verwaltung notwendig ist.

Ich möchte nun in diesem Hause eine Anregung bringen: Wie wäre es, wenn wir bei jedem neuen Gesetz im Zuge des Begutachtungsverfahrens — das wäre eine Aufgabe, die man dem Rechnungshof übertragen könnte — feststellen ließen, welche Kosten, welcher neue Verwaltungsaufwand mit dem betreffenden neuen Gesetz verbunden sind. Ich glaube, daß man sich dadurch manche Blamage ersparen könnte. Man müßte ein Gesetz — ich vermute, es betraf die Schaumweinsteuer oder so etwas — wieder außer Kraft setzen, weil der Verwaltungsaufwand größer als das Ergebnis war. Solche Blamagen blieben uns erspart, wenn wir wüßten: Hier ist ein Gesetz, das soundsoviel hundert neue Beamte erfordert, das soundso viele Millionen kostet, und es fraglich ist, ob es auch nur annähernd das hereinbringt, was es kostet.

Ich möchte gar nicht auf den Dschungel in der österreichischen Steuergesetzgebung näher eingehen, darf aber nur das Beispiel Lohnsteuer bringen; das ist also ein Faktor, der sicher einen Großteil der Österreicher betrifft. Es gibt da 86 Ausnahmsbestimmungen. Das ist eine Situation, bei der sich fast niemand mehr auskennt. Es gibt ernst zu nehmende Artikel — ich kann allerdings kein Urteil darüber sprechen —, die behaupten, bei einer Vereinfachung der Lohnsteuer könnte man die Tarife der Lohnsteuer um 15 Prozent senken. Ich sage gleich, diese Zahl ist nicht von mir, ich gebe sie zur Diskussion weiter. Das wäre doch zum Beispiel etwas, worüber man diskutieren könnte.

Wie viele Beamte, wieviel Verwaltungsaufwand könnte man einsparen, wenn man — ich habe die Lohnsteuer nur als Beispiel gebracht — die Auswirkung der zu beschlie-

ßenden Gesetze auf unsere Verwaltung vor der Beschlußfassung prüfen und beurteilen könnte!

Die Regierung hat ja einen Einsparungskommissär in der Person des Staatssekretärs Gruber ernannt. Ich muß hier sagen: Soweit wir Freiheitlichen die Situation beurteilen können, hat der Einsparungskommissär bis zur Stunde nichts erreicht. Er hat zuerst einmal eine Aufnahmesperre — das ist immer das einfachste Mittel — ins Auge gefaßt, hat diese Idee wieder fallengelassen, und wir stehen heute vor der Situation, daß wir Hunderte und Hunderte Planposten überhaupt nicht besetzen können und daß wir einen Mangel an Fachkräften haben. Wir haben es ja in der letzten Zeit erlebt: Wir beschließen Gesetze, wo wir von vornherein wissen, daß gar nicht die notwendigen Fachleute und Techniker vorhanden sein werden, um dieses Gesetz zu verwirklichen.

Man spricht heuer — und hier ist es mir bis zur Stunde nicht gelungen, eine Aufklärung zu finden — von einer einprozentigen Verminderung des Personalstandes, das wären also zirka um 2700 Bedienstete weniger. In Wahrheit sind es aber nur um 600 weniger. Der Sollstand ist doch in der Vergangenheit nie erreicht worden. Was haben Sie denn jetzt gekürzt? Die sowieso nicht besetzten Posten sind gekürzt worden! Also erspart ist nichts worden, es ist eine Augenauswischerei. Wir haben einige tausend nicht besetzte Posten. Das war, unter uns gesagt, das Körberlgeld des Herrn Finanzministers. Es waren soundso viele Planstellen vorhanden, die einfach nicht besetzt werden können, weil keine Arbeitskräfte dafür vorhanden sind. Er bekommt aber vom Parlament Jahr für Jahr, obwohl die Posten seit Jahren nicht besetzt sind, die Mittel zugesprochen; das ist ein Betrag, der ungefähr in der Höhe von 250 Millionen Schilling liegt. Das ist so die Watte oder das Körberlgeld des Herrn Finanzministers. Von diesen einigen tausend nicht besetzten Posten sind nun 600 gestrichen worden. Das heißt mit anderen Worten: In Wirklichkeit handelt es sich um keine echte Ersparung.

Oh, es gab schon Rationalisierungsvorschläge. Da ist bekannt geworden, daß das Verteidigungsministerium einmal eine Rationalisierungsfirma beauftragt hat, Vorschläge zu machen, mit dem Ergebnis, daß — ich kann es nicht beurteilen, ich kenne das Gutachten nicht, ich kenne nur einzelne Punkte daraus — von dort recht gute Vorschläge gekommen sind. So ist von dieser Rationalisierungsfirma der Vorschlag gekommen, die Personalsektion aufzuheben, weil sie einen viel zu großen Personalstand hat, weil sie personalmäßig so groß ist, daß es in keinem Verhältnis zu der

Zeillinger

von ihr zu leistenden Arbeit steht. Diese Rationalisierungsfirma hat den Vorschlag gemacht, einfach eine wesentlich kleinere und schneller arbeitende Abteilung im Präsidium einzurichten. Ich kenne das Schicksal dieses Vorschlages nicht, ich weiß nur, daß bis zur Stunde nichts geschehen ist. Wir sehen also, daß selbst dann, wenn von politisch völlig unbedenklichen Kreisen Rationalisierungsvorschläge kommen, dieselben von den Ministern der Regierung Klaus eiskalt abgelehnt werden.

Meine Damen und Herren! Wir ersticken doch heute in der Verwaltung. Jeder von uns weiß es, jeder von uns sagt: Ja, ja, da muß etwas geschehen!, aber nach echt österreichischer Sitte geschieht gar nichts.

Darf ich hier nur auf ein Beispiel, das mir untergekommen ist, hinweisen: auf das Problem der Beschaffungssämter. Es soll immer korrekt zugehen bei der Beschaffung, aber es stellt sich heraus: Obwohl wir Beschaffungssämter mit ungeheuer viel Beamten haben, kommt es doch immer wieder vor, daß nicht der Bestbieter, sondern der, der mit der betreffenden Partei am besten in Verbindung steht, den Auftrag bekommt.

Darf ich hier auf das eine Beispiel, von dem ich gelesen habe, hinweisen: Bei einem Beschaffungsakt sind 64 Unterschriften auf dem Akt festgestellt worden! 64 Unterschriften! Und bei der Überprüfung ist dann festgestellt worden, daß sich durch den ganzen Akt ein primitiver Rechenfehler durchgezogen hat! Nichts gegen die Beamten, aber alles gegen die Tatsache, daß 64 Leute einen solchen Beschaffungsakt überprüfen und sich dann herausstellt, daß alle 64 nicht daraufgekommen sind, daß irgendwo ein primitiver Additionsfehler steckt.

Oder ein anderes Beispiel — ich möchte mich nicht mit fremden Federn schmücken, ich glaube, es ist sogar von einem Regierungsmitglied hier in diesem Haus gebracht worden —: Die Ernennung eines Hochschulprofessors erfordert heute 32 Leute, die diesen Akt bearbeiten, und dauert mindestens drei Monate. Ich habe hier schon wiederholt erklärt, daß ich die Zeit der Monarchie aus eigenem nicht kenne, aber ich stehe mit Verwunderung vor der Tatsache, daß damals einschließlich des Kaisers — da könnten wir die Kanzlerunterschriften sogar mitzählen — nur vier Unterschriften notwendig waren und daß ein solcher Akt nur drei Wochen gedauert hat. Stellen Sie sich vor: ein Vorgang, der genau gleich geblieben ist, die Ernennung eines Hochschulprofessors vor 50 Jahren und heute. Vor 50 Jahren mit dem Kaiser 4 Unterschriften, und heute mit dem Bundeskanzler 32 Unterschriften!

Sehen Sie, daran ersticken wir. Das ist es, wo wir immer wieder feststellen: Wir brauchen immer mehr, die Verwaltung wird immer größer. Das hat auch die Regierungspartei erkannt. Sie hat uns eine Besserung versprochen und hat erklärt, daß sie die Verwaltung sparsamer und moderner gestalten wird. Geschehen ist nichts, und es geschieht auch nichts, und wenn wir das Budget anschauen, es wird auch weiter nichts geschehen.

Ich konnte mir bis zu einem gewissen Grad diese aufgeblähte Verwaltung in der Zeit der Koalition noch erklären. Da war das Mißtrauen. Der eine Koalitionspartner war mißtrauisch gegenüber dem anderen, und der andere war wieder mißtrauisch gegenüber dem einen. Es mußte also alles doppelt abgesichert werden. In dem Fall war es noch verständlich. Aber heute, wo nur noch eine Partei die Verantwortung trägt, stellen wir fest, daß das Mißtrauen innerhalb der Partei von Jahr zu Jahr wächst. Offenbar ist heute das Mißtrauen der ÖVP-Bünde untereinander größer als früher das zwischen ÖVP und SPÖ und umgekehrt. Und das alles müssen wir mit solchen Verwaltungsvorgängen und mit einem solchen Verwaltungsapparat bezahlen. (*Abg. Weikhart: Innerhalb der Regierung ist das Mißtrauen noch viel ärger!*) Es mag auch innerhalb der Regierung sein. Ich bin nicht in der Lage, das zu beurteilen. Da haben Sie, Herr Kollege Weikhart, als ehemaliges Regierungsmitglied mehr Erfahrung als wir Freiheitlichen.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, wollen wir einmal sagen, unabhängig von allen Parteigrenzen: Der Zustand ist doch unbefriedigend. Ich glaube, wir stimmen doch — egal, ob jetzt ÖVP, SPÖ oder Freiheitliche — darin überein: Das kann nicht so weitergehen, hier muß etwas geschehen. Wir haben ja gar nicht mehr die Möglichkeiten, das Geld und die Kraft, um wirklich produktive Maßnahmen zu setzen. Wir sehen das heute schon. In wenigen Tagen wird die Regierung eine Anleihe über eine Milliarde Schilling auflegen, weil sie einfach das Geld braucht. Sie wird eine Milliarde Schilling den Banken und damit der Wirtschaft entziehen. Sie wird die Banken zwingen, diese Anleihe, die doch kein Mensch mehr kauft, zu übernehmen. Das nehmen Sie doch der Wirtschaft weg. Der Wirtschaft fehlen die Mittel für Investitionen. Trotzdem hat der Wirtschaftsbund zugestimmt, daß diese Milliarde praktisch der Wirtschaft entzogen wird, um Klaus noch bis zum Juni hinüberzureden, wo sich dann nach den Ratschlägen, die Sie bekommen haben, die von Klaus und Schmitz beantragten Steuer-

Zeillinger

erhöhungen und Preiserhöhungen auswirken werden. Also Sie wursteln von Monat zu Monat fort, aber ich hoffe, daß es auch in der Volkspartei, in der Regierungspartei Abgeordnete gibt, die diesen Zustand als unbefriedigend empfinden. Auch Ihnen liegt jetzt ein Budget vor, bei dem Sie zugeben müssen, daß alle Grundsätze, die Sie im Vorjahr, vor der Wahl und in der Regierungserklärung vertreten haben, über den Haufen geworfen werden, ein Budget, in dem offen gesagt wird: Wir, die Regierung Klaus und Schmitz, denken nicht daran, einzusparen, wir blähen weiter die Staatsausgaben auf, wir machen noch mehr Schulden.

Und hier sage ich Ihnen: Ich kann verstehen, daß Sie als Regierungspartei einen solchen Finanzminister und einen solchen Kanzler nicht auffordern, zurückzutreten. Aber Sie können doch um Gottes Willen parteiintern einmal sagen: So geht es nicht weiter, zumal ja, glaube ich, die Diskussion in der Öffentlichkeit klar darüber ist. Es gibt kaum noch eine Zeitung, außer Ihren Parteizeitungen, es gibt kaum eine unabhängige Zeitung, die diesen Teil der Regierungspolitik noch verteidigt. Ja gibt es denn in der Volkspartei keinen Abgeordneten mehr, der bereit ist, zu sagen: Nein, da gehen wir nicht weiter mit, damit muß Schluß sein, es muß ein anderer Weg eingeschlagen werden. Muß es so weit kommen, daß bei der Ernennung eines Universitätsprofessors 32 Unterschriften notwendig sind, daß es drei Monate dauert und daß jeder einzelne Verwaltungsakt in Österreich noch mehr Geld kostet?

Aber wenn Sie das Budget anschauen, wenn Sie die Steuergesetze anschauen, wenn Sie alle Regierungsvorlagen bis in die jüngsten Tage hinein hernehmen, dann werden Sie als erfahrene Parlamentarier zugeben müssen: Die Regierung Klaus macht alles, was im Gegensatz zu ihrem eigenen Regierungsprogramm, im Gegensatz zu ihrem Wahlprogramm steht und was dazu dient, im nächsten Jahr die Verwaltung weiter aufzublähen, die Verwaltung weiter zu verteuern, die Staatsausgaben weiter zu erhöhen und die Staatsverschuldung weiter zu vergrößern.

Hier müssen wir als Opposition fragen: Wann wird endlich einmal ein Abgeordneter der Regierungspartei aufstehen und sagen: Nein, hier machen wir nicht mehr mit!

Wir Freiheitlichen haben in der Vergangenheit die Entwicklung verfolgt und festgestellt, daß sehr viel auf den Gegensatz zwischen den beiden Regierungsparteien zurückzuführen war. Aber wir müssen jetzt feststellen, wenn wir die Ergebnisse und die Berichte der jüngsten Tage anschauen: Es ändert sich nichts.

Früher war die Verstaatlichte immer ein Zankapfel im Parlament. Heute ist sie auch noch ein Zankapfel. Aber heute trägt doch einwandfrei die Regierungspartei, also die Volkspartei, die Verantwortung dafür. Ich lade Sie ein: Verfolgen Sie die Berichte der letzten Wochen, aber auch die, die jetzt ins Haus kommen. Verfolgen Sie die Berichte, mit denen wir uns beschäftigen müssen, und Sie müssen doch, soweit Sie in der Wirtschaft stehen, zugeben: Das ist doch bar jeder Vernunft, was hier auf manchen Gebieten geschieht. Ich muß geradezu sagen: Ich verstehe es nicht, daß nicht irgendwo einmal ein Wirtschaftsständler aufsteht und sagt: Das geht so nicht weiter! Wir stürzen ja nicht nur die Unternehmungen ins Unglück, wir gefährden nicht nur die Budgetpolitik, wir gefährden ja auch Tausende Arbeitsplätze! Ich möchte jetzt keine Firmennamen nennen, es wird in den nächsten Wochen sowieso notwendig sein, im Zuge der Diskussion die Firmen zu nennen.

Aber wir haben einen verstaatlichten Betrieb, der beispielsweise heuer — es ist ein mittlerer Betrieb — einen Abgang von 42 Millionen Schilling hat. Das hindert ihn nicht, laufend Offerte unter dem Selbstkostenpreis und — ich kann es Ihnen zeigen — Offerte mit fünf Jahren Zahlungsfrist zu erstellen, denn die Firmenleitung sagt: Es ist mir vollkommen gleichgültig — wenn ich das Geld nicht habe, der Finanzminister gibt es mir ja widerspruchslos! Keiner von Ihnen, auch kein Angehöriger des Wirtschaftsbundes, sagt: Du richtest ja ein gleichgelagertes Privatunternehmen damit allmählich zugrunde, du bringst es an den Rand des Ruins. Nein, das Gegenteil geschieht. Wir bekommen jetzt die Mitteilung, daß dieser Betrieb, der bisher in der Starkstromindustrie gearbeitet hat, nunmehr auch in die Schwachstromindustrie hineinsteigt. Er betreibt dort dieselbe Politik und gefährdet nun ein anderes staatliches Unternehmen. Das heißt: Es wird nicht nur die Lage eines Privatunternehmens, sondern auch die eines verstaatlichten Unternehmens immer katastrophaler.

Ich lade Sie ein: Prüfen Sie diesen Fall! Jeder von Ihnen wird wissen, welchen Betrieb ich meine. Ich möchte aus Konkurrenzgründen jetzt nicht die Namen nennen. Prüfen Sie das und sagen Sie dann, ob das noch mit einer gesunden Wirtschaft oder gar mit privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu vereinbaren ist. Selbst in einer Planwirtschaft, selbst in der übelsten Planwirtschaft, die wir Freiheitlichen bekämpfen und die angeblich Sie vom Wirtschaftsbund und von der Volkspartei auch bekämpfen, sind solche Zustände nicht möglich. Aber hier dulden Sie es, hier genehmigen

Zeillinger

Sie die Beträge, und keiner steht auf und sagt: Ja, um Gottes Willen, das geht ja nicht so weiter, hier tritt doch eine katastrophale Situation ein!

Meine Damen und Herren! Es wäre viel, sehr viel zu dem vorliegenden Budget und zu der Budgetsituation zu sagen. Es war zum Teil ein Mangel der heutigen Diskussion, daß man immer nur vom Budget und von der Politik, aber überhaupt nicht von der budgetären Gesamtsituation gesprochen hat, das heißt von all den Nebengesetzen und Steuergesetzen. Im Grunde genommen spreche auch ich jetzt über etwas, von dem uns niemand sagen kann, wie es weitergehen soll. Auch der Finanzminister konnte uns nicht sagen, ob er damit rechnet, daß die Steuergesetze im Jänner, im Februar, im März oder im Juni kommen. Wir wissen gar nicht, welche Komplikationen und politischen Erschwernisse in den nächsten Monaten eintreten. Wir beraten hier ein Budget, das einfach in der vorliegenden Form unreal, unwirklich und von A bis Z mit falschen Ziffern ausgestattet ist.

Etwas anderes wäre es — damit man nicht sagt, wir machen keinen Gegenvorschlag —, wenn die Regierung das erkannt hätte, und sie hat es ja hoffentlich nicht erst im Oktober erkannt. Sie hätte dann zuerst die Steuergesetze vorlegen und sagen müssen: Die Steuern zum 31. Dezember 1967 zu erhöhen, das ist eine unpopuläre Maßnahme. Das hätte sie zuerst machen müssen. Dann hätte sie, nebenbei gesagt, diese Gesetze noch durchgebracht, wenn sie diesen Rat befolgt hätte. Aber jetzt ist es schon zu spät; jetzt hat sie noch zusätzlich die Schwierigkeiten mit dem Bundesrat. Und dann erst, wenn die neuen Steuergesetze vorliegen, wäre dieses Budget dem Hause vorzulegen und hier zu beraten gewesen. Statt dessen geschieht das Gegenteil. Wir haben ein Budget, wir haben aber noch nicht die Gesetze, die notwendig sind, um dieses Budget zu decken. Das ist die einmalige Situation, die wir heute haben.

Meine Damen und Herren! Sie werden daher verstehen — nachdem die Regierung alles getan hat, um ihre eigenen Grundsätze über Bord gehen zu lassen: keine Verwaltungsreform, keine Modernisierung, keine Reform der Staatsausgaben —, daß wir Freiheitlichen dem Budget nicht die Zustimmung geben können. Bei der Reform der Staatsausgaben muß eine Regierung beweisen, was sie zu leisten in der Lage ist. Keine Subventionen, nur demagogische Reden. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich hier sage: demagogische Reden; es ist nach allen Seiten hin gemeint. Die eine Seite sagt, Subventionen bekommen nur Leute wie der Fürst Liechtenstein, die es nicht

verdienen. Nun gut, genausogut bekommt die Gemeinde Wien Subventionen für ihren landwirtschaftlichen Betrieb. Also jeder ist bereit, die Subventionen, soweit sie der eigenen Partei nahestehen, einzustecken, aber nur die ungerechtfertigten Subventionen bei der politisch anderen Gruppe anzukreiden.

Wir sollten uns alle zu dem Standpunkt durchringen, daß Subventionen nur jene Kreise bekommen sollen, deren Wirtschaftslage eine Subventionierung erfordert oder rechtfertigt. Wenn wir uns objektiv auf diesen Grundsatz einigen würden, wären wir einen wesentlichen Schritt weiter in unserer Budgetpolitik. Es ist nicht der Mangel an Geld, der diese schwierige Situation hervorgerufen hat. Geld ist vorhanden, das sehen wir ja. Es wäre leicht, ein Budget zu erstellen mit gleich viel Ausgaben wie im heurigen Jahre. Das Geld ist vorhanden, es kommt nur darauf an, wie es verwaltet, wie es verteilt wird. Hier liegt die Wurzel des Debakels, dem sich die Regierung nicht nur hier im Parlament, sondern in der gesamten Kritik der Öffentlichkeit gegenüber sieht. Es gibt kaum noch Wähler — auch die treuesten ÖVP-Wähler sagen zumindest hinter verschlossenen Türen: Das, was ihr uns jetzt eingebrockt habt, ist mehr als unerfreulich und jedenfalls nicht zu vereinbaren mit dem, was ihr im Vorjahr versprochen habt —, die nicht auf diesem Standpunkt stehen.

Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß wir Freiheitlichen in einer rechtlich so unklaren Situation — wobei ich im Moment noch nicht sagen kann, daß sie rechtswidrig ist, sie wird es aber, wenn wir das Budget beschließen — der Regierung und dem Budget nicht unsere Zustimmung und Unterstützung geben und daß wir selbstverständlich nicht nur die einzelnen Budgetposten, wenn sie falsch sind, bekämpfen, sondern grundsätzlich auch jene Budgetpolitik, die ich hier als rechtswidrig aufgedeckt habe, ablehnen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ulbrich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Ulbrich** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat es für notwendig befunden, über die Gefahr des politischen Streiks durch die Eisenbahner zu sprechen. Ich bin irgendwie erstaunt darüber, daß er diese Frage hochspielt, während Herr Bundeskanzler Dr. Klaus überhaupt keine Ahnung hatte, daß eine diesbezügliche Gefahr bestand, denn bei seiner Abreise nach Bulgarien hat er doch erklärt, er wisse nichts davon, daß die Gefahr eines Streiks besteht.

Ulbrich

Wir möchten grundsätzlich eines sagen, Herr Generalsekretär: Das, was Sie hier gesprochen haben, ist eine Unterschiebung gegenüber unserer Meinung in der Frage des Streiks. Wenn Sie sagen: Der Streik ist mit dem Ziel angesetzt worden, die Regierung zu stürzen!, dann mag das vielleicht Ihre Meinung sein, aber es ist nicht die unsrige. (*Abg. Dr. Withalm: Das haben ja Sie gesagt! Das habe nicht ich gesagt!*) Nein, Sie irren sich. Ich kann Ihnen vorlesen, was Sie gesagt haben, denn das steht in Ihrer Zeitung, im „Volksblatt“. Dort heißt es: „Die Volkspartei warnt vor politischen Streiks.“ (*Abg. Dr. Withalm: Für ihn ist das „Volksblatt“ authentisch! Das freut mich! — Abg. Dr. Pittermann: Für Sie ist es authentisch!*)

Zuerst haben Sie über die Opposition gesprochen, und zwar über die parlamentarische Opposition, die Sie uns zugestehen nach Ihrem Grundsatz: Reden könnt ihr, was ihr wollt, bestimmen tun wir, denn wir sind die Mehrern! Das haben Sie im vergangenen Frühjahr erklärt. Und dann steht: „Zu diesen Kampfmitteln gehöre aber nirgends und niemals der rein politische Streik. Ich werfe daher in diesem Zusammenhang die Frage auf, was der SPÖ-Abgeordnete Ulbrich in seinem Fernsehinterview am Dienstag, den 10. Oktober gemeint hat, als er sagte: „Wir werden innerhalb der Zentrallleitung der Eisenbahnergewerkschaft die gewerkschaftlichen — und wenn es sein muß, mit der letzten Konsequenz — Maßnahmen beschließen, daß wir noch unter Umständen so weit gehen, daß die Bundesregierung des Herrn Bundeskanzlers Klaus zurücktreten soll.““

Ich bleibe bei dem hier Erklärten aus folgender Überlegung (*Abg. Dr. Withalm: Genau das habe ich gemeint: Politischer Streik!*): Hier geht es um den Streik der Dienstnehmer des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Dienstgeber Regierung — Österreichische Volkspartei. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. J. Gruber: Das ist etwas anderes!*) Ich möchte dazu erklären (*Abg. Dr. Withalm: Die Konsequenz, die Sie ziehen, ist ja von mir gar nicht bestritten worden!*), daß Ihre Regierung Klaus, ohne mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes überhaupt nur eine Frage zu ventilieren, in einer Ministerklausur beschlossen hat, uns gegenüber der gesamten österreichischen Bevölkerung 320 Millionen Schilling Sonderbelastung aufzuerlegen. Das müssen Sie zugeben! (*Abg. Dr. Withalm: Schön! Das ist eine ganz andere Frage, Herr Kollege!*)

Wie hat die Sache ausgesehen? Sie haben verlautbart: Ihr Budget ist 18 Tage vor dem Termin fertig. Es sei also endlich so weit,

daß man keine Budgetnächte mehr hat. Es wird im Ministerrat beschlossen und dann dem Parlament vorgelegt. Hat irgendein Regierungsmitglied mit uns in dieser Frage verhandelt? — Nein! Und ich sage es noch einmal: Nein! Sie haben nur in Ihrem Komitee, das diese Fragen zu klären hat, die Terminverschiebung einer Vereinbarung vom 24. Juli des heurigen Jahres, wo wir mit der Bundesregierung zu einem Übereinkommen über die Nachziehung der Gehälter der öffentlich Bediensteten gelangt sind, festgelegt. Sie haben nicht gefragt, ob wir ja oder nein sagen. Sie haben beschlossen! (*Abg. Weikhart: Diktirt!*)

Sie haben noch etwas getan: Sie haben die Erhöhung des Pensionsbeitrages um 1 Prozent beschlossen. Wenn ich mir hier das Budget anschau, dann muß ich feststellen, daß auf Seite 16 im Teilheft unter dem Kapitel „Bundesbahnen“ eine Erhöhung des Pensionsbeitrages um 15 Millionen Schilling enthalten ist. Das werden wir morgen unseren Eisenbahnern sagen. Man gibt Flugblätter heraus, und zwar im Namen der ÖVP, des ÖAAB und der christlichen Gewerkschafter, die es nicht für notwendig befunden haben, zeitgerecht aufzustehen, sondern die sich erst im Bundesvorstand des ÖGB, nachdem wir gesagt haben, welchen Weg wir gehen, bereit erklärt haben, endlich dafür einzustehen, daß dieser Raub an den öffentlich Bediensteten verhindert wird. Wir werden mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, das zu verhindern wissen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Solche Flugblätter kann man nicht hinaus-schicken und zum Thema Erhöhung des Pensionsbeitrages sagen: Es gibt keine Erhöhung des Pensionsbeitrags!, wenn es im Budgetvoranschlag aber drinnensteht. Vielleicht stimmen die Zahlen nicht. Ich weiß es nicht. Kollege Zeillinger hat darauf hingewiesen, daß es möglich ist, daß die Ziffern nicht stimmen. Das wäre nicht das erste Mal, daß wir Korrekturen bekommen.

Es heißt weiter: Es gibt keine Verschiebung des Wirksamkeitsbeginnes der vereinbarten Gehaltserhöhung. Es gibt keine Streichung der Haushaltszulage. Es gibt keine Erhöhung der Lehrverpflichtung für Lehrer, weil sie sich sofort gewehrt haben, und es gibt keine Streichung oder Kürzung von Nebengebühren. Das bekennt die Schuld der Vertreter des ÖAAB ein, denn bei all den Verhandlungen, die wir mit dem Herrn Finanzminister Schmitz und mit dem Herrn Bundeskanzler Klaus geführt haben, war von einer Streichung von Nebengebühren überhaupt keine Rede. Wie kommt man dann hier zu

5600

Nationalrat XI. GP. — 68. Sitzung — 27. Oktober 1967

Ulbrich

dieser Aussage? (*Abg. Glaser: Weil ihr es behauptet habt!*) Nein, nein, das haben wir nicht behauptet. Lieber Freund Glaser, bleib freundlich! Denn das zählt sich gar nicht aus. (*Heiterkeit.*) Tatsache ist, daß ihr in der Auseinandersetzung etwas zu leise getreten habt. Ich nenne nur nicht den Namen, aber hat vielleicht Herr Dr. Gasperschitz von diesen Dingen und von den Wünschen innerhalb der ÖVP nichts gewußt?

Am 26. September hörten wir auf dem Bundeskongreß des ÖGB ganz leise die Töne: Das Budget machte furchtbare Schwierigkeiten, man werde wahrscheinlich den Pensionsbeitrag um 1 Prozent erhöhen müssen. Man müsse die Vereinbarung um einen Monat verschieben. Das wurde von Ihren ÖAAB-Funktionären so im Vertrauen gesprochen. Und dann hörten wir im Vertrauen auch von Ihren Freunden im ÖAAB: Hoffentlich bleiben die Roten stehen, denn dann kann man es verhindern. — Wir sind stehengeblieben. Wir haben uns zur Wehr gesetzt und haben erklärt, worum es geht.

Ich darf Ihnen sagen: Diese Unterschiebung des politischen Streiks ist doch ein Propagandamittel, mit dem Sie vielleicht irgendwo glänzen können. Uns können Sie damit keinen Schrecken einjagen. Wenn man bewußt diesen Weg geht und dem gesamten öffentlichen Dienst diese Belastungen auferlegt, dann müssen Sie damit rechnen, daß sich der öffentliche Dienst zur Wehr setzt.

Wir können daran nichts ändern, wenn Sie eine Umsatzsteuererhöhung durchführen. Wir können uns nicht zur Wehr setzen, wenn die Ausgleichsteuer erhöht wird; das sind Beschlüsse, die im Haus gefaßt werden. Aber man soll nicht glauben, uns überrollen zu können, indem man uns überhaupt keine Antwort gibt! Wir haben die Regierung gefragt, wie sie zu den im Budget grundsätzlich festgelegten Forderungen steht. Wir bekommen keine Antwort. Wartet man, bis die Personalvertretungswahlen bei den Eisenbahnern, beim Bundesdienst vorbei sind? (*Rufe bei der SPÖ: Genau!*) Und dann geht man ins Haus und beschließt? (*Ruf bei der ÖVP: Geh, geh!* — *Abg. Dr. Pittermann: Er stimmt ja dafür!*)

Sie sagen: geh, geh. Ich werde es Ihnen beweisen. Da haben Sie einen Brief. Ich hoffe, Sie kennen die Unterschrift. Es ist Ihr Regierungschef, Herr Dr. Klaus. Er schreibt:

„Im Besitze Ihres Schreibens vom 10. Oktober 1967 darf ich zunächst einmal feststellen, daß die Bundesregierung niemals die Absicht gehabt hat, den öffentlichen Dienst berührende

Maßnahmen durchzuführen, über die nicht mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhandelt wurde.“

Ich stelle fest, daß wir erstmalig von diesen Erfordernissen aus der Presse in einer Verlautbarung vom 5. Oktober erfahren haben. Auf einer Konferenz des Bau- und Bahnerhaltungsdienstes habe ich ein entscheidendes Nein ausgesprochen. Am nächsten Tag zu Mittag hat uns dann der Herr Finanzminister zu einer Aussprache gebeten, aber es war keine Rede davon, daß das, was wir behauptet hatten, zurückgenommen werde. Nein, sondern man wollte von uns Verständnis dafür haben, daß wir die 320 Millionen aus den Taschen der Arbeitnehmer des Bundes auf den Tisch legen.

Und dann heißt es weiter:

„Auf Grund Ihrer Einwendungen, die Sie in einer Besprechung am Montag, den 9. Oktober vorgebracht haben, hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen veranlaßt gesehen, die bisher ventilerten Bedeckungsvarianten im Budget nicht zu fixieren.“

Er hat nur die Bedeckungsvarianten nicht ausgesprochen, aber die 320 Millionen Schilling fehlen im Budget. Und jetzt fragen wir nur noch: Wo, wie, wann, wer bezahlt? Zahlen soll es der öffentliche Dienst, weil sich die Herren des Bauernbundes in ihrer Partei durchgesetzt haben? (*Abg. Fachleutner: Ein größeres Opfer haben wir gebracht, das sage ich Ihnen! Sie haben ja keine Ahnung!*) Die Umsatzsteuer ist eine Belastung der österreichischen Industrie. Es tut mir leid, daß ich mit dem Schrieb das Glück machen kann. Ich könnt' Ihnen vorlesen, was in der Presse steht.

Nachdem sich das Fünferkomitee geeinigt hatte, die Industrie das Opfer der Umsatzsteuer auf sich nehmen mußte und dem ÖAAB das Beamtenopfer aufgepfropft wurde, haben Sie sich mit Ihrer sogenannten Belastung zufriedengegeben. Wir wären zufrieden, wären wir nur so belastet wie Sie. Unser ganzes Leben lang keine größere Belastung als Sie! Einverstanden! Von 1945 bis heute möchten wir die Belastungen der Landwirtschaft! (*Abg. Dr. J. Gruber: Ulbrich, du verstehst etwas von den Eisenbahnern, aber nichts von der Landwirtschaft!*) Ja, der versteht ja auch nichts von den Eisenbahnern! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Aber vielleicht darf ich zu dem zurückkehren, was ich behauptet habe. Der Herr Bundeskanzler schreibt weiter:

„Wenngleich selbstverständlich die Bundesregierung nicht in der Lage ist, das Parlament zu binden, dessen verfassungsmäßige Aufgabe

Ulbrich

es ja ist, das Budget zu beschließen, so wird nunmehr versucht werden, mit den Vertretern der vier genannten Gewerkschaften eine übereinstimmende Lösung zu finden.“

Vorher hat man es nicht versucht. Jetzt, nachdem also der Krach da war, hat man uns eingeladen.

Jetzt werde ich Ihnen ein Detail aus der Verhandlung vom 9. Oktober bringen: Wir haben mit dem Herrn Bundeskanzler verhandelt. Er hat uns mitgeteilt, daß die Überlegungen, die zuerst angestellt wurden, zurückgestellt worden sind. Das wäre ja eine Belastung gewesen, die man dem öffentlichen Dienst nicht zumuten kann. Das hat einen Betrag von 320 Millionen ausgemacht. Aber wenn man die große Haushaltszulage einbehalten hätte, dann hätte er 494 Millionen Schilling einbezogen.

Und jetzt frage ich: Wo liegt die Richtigkeit einer solchen Politik? Und weil wir uns dagegen wehren, deswegen machen wir einen politischen Streik? Es ist eine rein wirtschaftliche Auseinandersetzung, denn 150 S mehr oder weniger für die Eisenbahner, für die Landesbediensteten ist doch eine Frage des monatlichen Einkommens, Herr Generalsekretär! (*Abg. Dr. Withalm: Das Durchsetzen einer Forderung oder der Sturz der Regierung — das ist ein politischer Streik!*) Wenn die Regierung der Brotgeber ist, muß sie als Konsequenz die Auseinandersetzung auf sich nehmen. Gegen wen sollen wir uns denn wehren? (*Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege, Sie reden nicht zu dem Thema! — Abg. Weikhart: Wenn die Regierung dazu nicht imstande ist, dann soll sie zurücktreten!*) Ich werde Ihnen folgendes sagen. (*Abg. Weikhart: Es ist das Recht der Gewerkschaften, die Bediensteten zu verteidigen! Das Recht dieser Gewerkschaft ist es zu streiken! Die Eisenbahner haben recht, wenn sie sich dagegen zur Wehr setzen!*)

Herr Generalsekretär! Ich möchte folgendes feststellen: Wenn Sie meinen, das sei ein politischer Streik, dann können wir Sie nicht davon abhalten. Ich sage Ihnen noch einmal: es ist keiner. Aber die Situation ist so, daß aus einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung der öffentlich Bediensteten infolge des politischen Organs Regierung im Endfazit unter Umständen das zustande kommen kann. (*Abg. Dr. Withalm: Ja schön, warum haben Sie das nicht im Fernsehen gesagt?*) Dann ist das aber niemals ein politischer Streik, dann ist es das Fazit einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer. (*Abg. Dr. Withalm: Dagegen ist nichts einzuwenden! Das hätten Sie im Fernsehen auch sagen sollen!*) Wenn Sie das deklarieren, dann können wir es nicht

ändern. Aber wir lehnen diese Argumentation ab.

Und ich sage Ihnen noch etwas: Die Methoden, die man angewendet hat, und die Begründung des politischen Streiks Ihrerseits nenne ich, kurz und bündig, faschistische Methoden. (*Heftiger Widerspruch bei der ÖVP.*) Für die sind wir nicht zuständig. Danke schön. (*Starker Beifall bei der SPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Kommunist! — Abg. Glaser: Das war eine kommunistische Rede! — Abg. Ulbrich: Ich fahre nicht nach dem Osten wie euer Kanzler! — Heiterkeit bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Klaus**: Hohes Haus! Ich möchte nur eine ganz kurze Erklärung des Verhandlungskomitees des Dienstgebers Bund zu den Verhandlungen, die wir mit den Vertretern der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geführt haben, geben. Wir sind am 9. Oktober mit den Vertretern der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in einer längeren Verhandlung beisammen gewesen und haben ihnen erklärt: Wenn die Vorschläge, die wir selbstverständlich mit ihnen besprechen wollen — und dazu haben wir uns ja getroffen —, wenn diese Vorschläge ... (*Abg. Ulbrich: Warum erst am 9. und nicht am 5. oder 6., als Sie in Ihrem Klub diese Beschlüsse bereits gehabt haben?*)

Etwa am 5. habe ich mich mit dem Herrn Präsidenten Benya zusammengesetzt, habe diese Frage besprochen und von ihm die Empfehlung, den Rat bekommen, den Verhandlungsausschuß einzuberufen. Ich weiß nicht, was da falsch gegangen ist. Wir haben dort gesagt: Wenn unsere Vorschläge nicht angenommen werden, dann machen Sie Gegenvorschläge! Wir sind mit der Vereinbarung friedlich auseinandergegangen, daß Sie nun Gegenvorschläge machen werden.

Es war daher kein Grund, am nächsten Tag im Fernsehen zu sagen: Man verlangt von uns etwas, was wir ausdrücklich am Tage vorher zurückgestellt hatten. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Welche Gegenvorschläge? — Abg. Dr. Pittermann: Also es bleibt bei der Pensionsbeitragserhöhung, Herr Bundeskanzler? — Bundeskanzler Dr. Klaus: Was wir zurückgestellt hatten! — Abg. Dr. Pittermann: Wie lange? — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich weise die Regierungsvorlage dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

5602

Nationalrat XI. GP. — 68. Sitzung — 27. Oktober 1967

Präsident Wallner

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 15. November, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (509 der Beilagen): Vertrag über die Grundsätze, welche die Tätigkeiten der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, regeln (614 der Beilagen);

2. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (521 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend die Errichtung der Diplomatischen Akademie (615 der Beilagen).

Diese Sitzung beginnt mit einer Fragestunde.

Mit einer Ergänzung der Tagesordnung gemäß § 38 Abs. 5 der Geschäftsordnung muß gerechnet werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 55 Minuten